

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis: 2,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. vierteljährlich, 2,00 Mk. halbjährlich, 3,50 Mk. jährlich. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingeklagen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erkheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Belegnamen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Mittwoch, den 8. November 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Parteigenossen! Auf zur Stadtverordnetenwahl!

**Beseitigt den Freisinn aus der Wählerklasse der werktätigen Bevölkerung!
 Niemand fehle bei der Wahl! Wählt möglichst zeitig!
 Die dritte Wählerklasse gehöre der Sozialdemokratie!**

Die Verschuldung des preussischen Junkertums.

Das ostelbische Junkertum hat von jeher eine ausgeprägte Virtuosität im Schuldenmachen besessen. Mit dem Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der großen Güter stieg auch stets zugleich die Verschuldung des ländlichen Großgrundbesitzes — oft noch in schnellerem Tempo als die Bodenpreise. Selbst in den Zeiten des größten Aufstieges der Grundwerte, um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, als in schneller Folge die Gütererträge emporschnellten und dem ostelbischen Junkertum reiche Einkünfte brachten, kamen die Edelsten der Nation gewöhnlich zu früh mit ihrer Einnahme aus und ergänzten das Fehlende durch weitere hypothekarische Belastung ihres Besitzes.

Selten hat der ländliche Großgrundbesitz eine solche Periode wirtschaftlichen Aufschwunges erlebt als in Preußen während der 60er und 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse stiegen ständig auf dem Weltmarkt, indes sich die Produktionskosten kaum erhöhten. Der Weizenpreis stand z. B. auf dem Londoner Markt während der beiden Jahrzehnte 1850 bis 1870 durchschnittlich um fast 50 R. höher als auf den Märkten Ostelbiens, und ähnliche Preisunterschiede finden wir zwischen anderen Getreidearten und Agrarprodukten. Dem preussischen Großgrundbesitz bot sich in England ein höchst vorteilhaftes Absatzgebiet. So erhielt Großbritannien nach seiner amtlichen Statistik aus den deutschen Häfen (ohne jene Schleswig-Holsteins) 1860 fast 7 Mill. Zentner Weizen, über 1 1/2 Millionen Zentner Gerste, 1/2 Millionen Zentner Hafer. Außerdem gingen bedeutende Mengen von Vieh, Flachs, Hanf, Talg, Holz usw. nach England. Im Jahre 1855 stellte sich der Wert des von Deutschland nach England ausgeführten Flachses auf 47 Millionen Mark des Hans auf 16 Millionen Mark, des Talgs auf 37 Millionen Mark, des ungesägten und ungeschälten Holzes auf 26 Millionen Mark.

Diese Lage des englischen Marktes bot dem ostelbischen Großgrundbesitz umso größeren Vorteil, als sich die Produktionskosten in den ostelbischen Provinzen auf äußerst niedriger Stufe hielten und besonders die Arbeitslöhne keine wesentliche Erhöhung erfuhren. Die preussische „Bauernbefreiung“, diese lächerlichste aller Satiren auf die Abschaffung längst überlebter Abhängigkeitsverhältnisse, hatte den Junkern über 1 1/2 Millionen Morgen Land, an 58 Millionen Mark „Ablösung“ und nebenbei noch eine jährliche Rente von beinahe 5 Millionen Mark eingebracht, ohne auch nur halbwegs mit den Feudalrechten und Privilegien aufgeräumt zu haben. Die alten Gesinde- und Tagelöhnerverhältnisse mit ihrer Auslieferung des Arbeiters an die Willkür des abtugigen gnädigen Herrn bestanden unbehindert weiter. Der Junker behielt seine billigen Arbeitskräfte, die er zumeist mit einer ihn bitterwenig kostenden Naturalvergütung absand. Der Geldlohn betrug selbst in den Sommermonaten nur wenige Silbergroschen pro Arbeitstag. Die Folge war ein stetiges Aufsteigen der Boden- und Pachtpreise. Nach den Conrad'schen Berechnungen stiegen zum Beispiel in den östlichen Provinzen Preußens in der Zeit von 1849 bis 1869 die Pachtpreise um nicht weniger als 124 Prozent.

Für die ostelbischen Junker waren jene Jahrzehnte eine schöne Zeit des Ueberflusses. Im Vertrauen darauf, daß der Aufschwung anhalten werde, folgten sie ihrer Neigung zum Grand-Seigneur-Spielen; aber dieses Spiel nach dem Muster der feudalen französischen Barone des XVIII. Jahrhunderts erforderte Geld, mehr Geld, als die Erträge der Güter lieferten. Um die fehlenden Summen zu beschaffen, wurde eine Hypothek nach der anderen aufgenommen und der Grundbesitz immer stärker belastet.

So stand das Junkertum, als in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts der Umschwung auf dem Agrarmarkt eintrat, der Export landwirtschaftlicher Produkte nach England schnell abnahm, und auf dem deutschen Markt die russische und überseische Lebensmittellieferung rasch an Umfang gewann. Sollte das Junkertum nicht auf seine wirtschaftliche und politische Position und die Befriedigung seiner bisherigen feudalen Neigungen verzichten, sollten nicht die Güterpreise einen Rückgang erleiden, der bei der hohen Verschuldung des Bodens gar manche Sprossen der alten edlen Geschlechter der Jzpenplize und Jizewitze in eine

prekäre Lage gebracht hätte, so mußten künstlich die Einkünfte auf der Stufe, die sie erreicht hatten, gehalten, die Bodenrente vor einem Absturz bewahrt werden. Die Mittel zu diesem Zweck fanden sich schnell. Dasselbe Junkertum, das bis dahin den leichtesten Abpüßlich der englischen Freihandelslehre mit Behagen geschlürft hatte, dessen Wortführer noch am 26. Mai 1873 im Reichstage die Abschaffung der Eisenzölle mit den Worten begründet hatte: „Verlassen Sie sich darauf, meine Herren, solange ein deutsches Schiff unsere Ostsee befährt, solange wir in den Provinzen an der Ostsee, wo wir kein Eisen herausgraben, sondern sehr viel Eisen hineingraben müssen, um eine Ernte zu haben, so lange dort der Landmann seinen Boden zu bestellen haben wird, so lange werden wir das freie Eisen verlangen“ — dieses selbe Junkertum knüpfte nun Unterhandlungen mit dem unter der Regide des Reichsgrafen Kommiss, des Herrn v. Kardorff, entstandenen „Zentralverband deutscher Industrieller“ an, um durch die Einführung höherer Schutzzölle auf landwirtschaftliche Produkte nicht nur seine Einkünfte aus seinem ländlichen Besitz auf bisheriger Höhe zu halten, sondern weiter zu steigern. Und in dem seiner Klasse angehörenden damaligen Leiter der deutschen Politik fand das Junkertum eine gleichgestimmte Seele, die für sein „nationales Bestreben“ umso mehr Verständnis bewies, als die Regierung für die Durchführung der beabsichtigten Heeresrüstungen dringende Verneuerung der Reichseinnahmen bedurfte. So begann denn im Jahre 1879 jene Ära des Zollschutzes, der künstlichen Preissteigerung und Preissteigerung, die seitdem zu immer stärkeren Belastungen der Lebensbedürfnisse der ärmeren Volksschichten geführt hat.

Doch, obgleich nebenher dem Junkertum in den letzten Jahrzehnten Hunderte von Millionen Mark an allerlei Liebesgaben zugeslossen sind, seine weitere Verschuldung haben alle Spenden auf Volkskosten nicht aufzuhalten vermocht. Den Beweis dafür liefert eine vor kurzem von der „Statistischen Korrespondenz“ veröffentlichte Verschuldungsstatistik des preussischen ländlichen Grundbesitzes. Nach dieser sind von den preussischen Grundbesitzern der Grundsteuerreinertrags-Klasse im Betrage von 300 bis 750 Mark (die kleineren Landwirte bleiben hier außer Betracht) 17,6 Proz., der Klasse von 750 bis 1500 Mark 22,6 Proz., der Klasse von 1500 bis 3000 Mark 34,1 Proz., der höchsten Klasse (über 3000 Mark) 41,2 Proz. mit mehr als der Hälfte ihres Gesamtvermögens (nicht nur ihres Grundbesitzes) verschuldet, und zwar verhält sich die Verschuldung des Grundbesitzes in den westlichen zu der in den östlichen Provinzen folgendermaßen:

| In der Grundsteuerreinertrags-Klasse von Mark | Von je hundert Grundbesitzern waren verschuldet: | | In Prozenten ihres Gesamtvermögens | | | |
|---|--|-------------|------------------------------------|-------------|--------------|------------|
| | unverschuldet | verschuldet | 25 bis 50 % | 50 bis 75 % | 75 bis 100 % | 100 % mehr |
| in den westlichen Provinzen: | | | | | | |
| 300 bis 750 | 33,9 | 37,6 | 19,4 | 7,0 | 1,8 | 0,4 |
| 750 - 1500 | 24,7 | 89,8 | 23,1 | 9,8 | 2,7 | 0,4 |
| 1500 - 3000 | 18,5 | 35,3 | 29,2 | 14,8 | 4,8 | 0,5 |
| 3000 u. mehr | 17,1 | 33,6 | 27,5 | 16,2 | 5,1 | 0,6 |
| in den östlichen Provinzen: | | | | | | |
| 300 bis 750 | 4,2 | 31,6 | 33,5 | 22,8 | 7,3 | 1,1 |
| 750 - 1500 | 3,2 | 23,0 | 31,8 | 27,9 | 12,5 | 1,6 |
| 1500 - 3000 | 1,9 | 12,8 | 22,6 | 35,4 | 25,0 | 2,8 |
| 3000 u. mehr | 2,5 | 14,4 | 24,7 | 34,0 | 21,8 | 2,6 |

Es sind demnach in den Provinzen Ostelbiens ungefähr 60 Proz. der den höchsten Grundsteuerklassen angehörenden Großgrundbesitzer mit mehr als 50 Proz., 23 Proz. der Besitzer mit mehr als 75 Proz. und fast 3 Proz. mit mehr als 100 Proz. ihres Gesamtvermögens verschuldet. Eine enorme Ueberlastung, denn eine Verschuldung von 75 oder mehr Prozent des Gesamtvermögens bedeutet in den meisten Fällen schon eine Ueberverschuldung, weil sie den Wert des Grundbesitzes bestehenden Vermögens durchweg bereits erreicht, in ihren höheren Graden sogar übersteigt, d. h. mit einem Teil, den Personalschulden, schon auf dem beweglichen Vermögen lastet.

Tatsächlich ist bereits heute das Junkertum zu einem großen Teil bankrott. Es hält seine wirtschaftliche Position nur durch die künstliche Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte und des Bodens, d. h. auf Volkskosten. Würde die heutige Zollpolitik fallen, so fielen damit

zugleich die mächtigste Stütze seiner Herrschaft in Preußen und im Deutschen Reiche. Doch auch ohnehin zerschneidet die wirtschaftliche Entwicklung dem Junkertum die Wurzeln seiner Existenz. Gewiß verfügt es noch heute über eine starke Kraft, stehen ihm doch fast alle wichtigen organisierten Machtmittel des Staates zu Gebote. Dennoch vermag es sich des ihm drohenden Schicksals der wirtschaftlichen Vernichtung nicht zu erwehren. Es vollzieht sich darin ein geschichtlicher Fortschritt, der nicht nur notwendig und unabwendbar, sondern auch im Interesse des Proletariates liegt. Mag man auch das deutsche Bürgertum in politischer Hinsicht noch so niedrig einschätzen, so ist doch das Verschwinden der Junkerkaste die notwendige Vorbedingung für die Ebnung des Kampfplatzes, auf dem die große entscheidende Schlacht zwischen Bourgeoisie und Proletariat ausgefochten werden wird.

Neuer Wortbruch des Zaren.

Die offiziöse russische Telegraphen-Agentur teilt nunmehr die Grundlinien des neuen Wahlrechtsentwurfes mit. Sie meldet:

Petersburg, 7. November. Der Ministerrat hat ergänzende Bestimmungen für die Wahlen zur Reichsduma ausgearbeitet. Danach soll das Wahlrecht auch den Mietern übertragen werden, die eine Mietsteuer mindestens der dritten Klasse zahlen; den Kaufleuten, die Gewerbesteuer der zweiten Klasse zahlen, und allen, die das Abgangszugnis einer höheren Lehrauskunft besitzen; den Beamten, die ein Gehalt von mindestens 1200 Rubeln in den Hauptstädten, von mindestens 900 Rubeln an anderen Orten beziehen; den Eigentümern, die Immobilien im Werte von schätzungsweise mindestens 300 Rubeln in Städten bis zu 25 000 Einwohnern, von mindestens 1000 Rubeln in Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern besitzen. Die Zahl der Arbeitervertreter wird auf 21 festgesetzt, ungefähr einer auf 250 000. Die Wahlen der Arbeitervertreter werden bezirksweise vorgenommen werden. Die Mitgliederzahl der Duma wird auf 600 erhöht. — Der Ministerrat hat die Verhandlungen über die Bestimmungen betreffend die Aufhebung der Präventivzensur für die Presse beendet.

So löst der Zar das Versprechen ein, das er am 30. Oktober feierlich gegeben hat. Damals versprach er:

„Die Klassen der Bevölkerung zu berufen, welche jetzt des Wahlrechts völlig entbehren, wobei sodann die weitere Entwicklung des Grundgesetzes des allgemeinen Wahlrechts der neuerdings begründeten gesetzgeberischen Ordnung der Dinge überlassen wird.“

Die Heranziehung der bisher rechtlosen Klassen zum Wahlrecht besteht also in der Ausdehnung des Wahlrechts auf die mittleren Klassen des Bürgerturns und der Beamtenchaft; das Kleinbürgertum und die unteren Beamten sind vom Wahlrecht nach wie vor ausgeschlossen. Vollends lächerlich ist aber das den 7 1/2 Millionen Proletariern „verlehenes“ Wahlrecht, daß ihnen von 600 Eigen in der Duma ganze 21 einräumen soll! Dies „Zugeständnis“ ist geradezu eine Verhöhnung der Arbeiterschaft, die im Kampfe um die Freiheit, im Dienste der Kultur so viel edeles Blut verspritzt hat.

Daß diese Sorte von „allgemeinem“ Wahlrecht anders als eine unerhörte Provokation aufgefaßt werden wird, hat sich der „liberale“ Herr Witte zweifellos selbst gesagt. Wenn der Kampf fortgesetzt wird und es zu neuen Schlächtereien kommt, trägt dieser traurige Staatsmann und Zarenjungling die Verantwortung für das vergossene Blut!

Wittes einzige Stütze.

Herr Witte ist sich übrigens nur zu gut bewußt, daß der neue Wahlrechtsentwurf nur einen neuen heftigen Ausbruch der Revolution entfesseln kann. Er rechnet denn auch kaltblütig mit neuen Meutereien als den selbstverständlichsten Manipulationen. Von der Duma hält er viel weniger als von den bestialischer Aderlassen seines Grundes Trepotow, des Oberführers der kosakischen Bluthunde, des Anstifters der grauenvollen Judenerschlächtereien, des Arrangeurs der Verdriftungen und Nordzesse der Zuhälter und der Verbrechertaste. Wie die „Nowoje Wremja“ berichtet, erklärte Witte den Vertretern der Sensitivbureau und Stadtverwaltungen, daß die Regierung irgend eines Teiles der Gesellschaft als Stütze bedürfe. Er gab zu verstehen, daß er auf ein günstiges Ergebnis des am 19. November zu-

Sammentretenden Semstovkongresses hoffe; wenn er auch in der Reichsduma kein Altheilmittel fände, so sei doch gegenwärtig die Berufung der verlangten konstituierenden Versammlung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts unmöglich. Bitte wies darauf hin, daß die Zahl derer, die gegen die Reform Opposition machten, sehr zahlreich sei. Der einzige Mensch, der ihn unterstützte, sei — Trepow.

So wird denn die Revolution ihren Fortgang nehmen und zugleich mit dem Schlichter Trepow auch den politischen Godstapler Witte hinwegfegen!

Die „Ordnungs“-Grenel in Odessa.

Nach in London eingelaufenen Telegrammen sollen in Odessa im ganzen 3500 Personen getötet und gegen 12000 verwundet worden sein. Alle Hospitäler, ein halbes Duzend großer Schulgebäude und viele Kliniken und Privathäuser sind, weiteren Meldungen zufolge, voller Verwundeter. In der Vorstadt Moldavanka lagen Sonnabend von Mitternacht bis Mittag an tausend Leichen und Verwundete auf der Straße. Sie wurden dann von den Behörden aufgeföhren und die Leichen in große Massengräber geworfen. Im Judenviertel wurden ungläubliche Grenel verübt, alte Leute, Frauen und Säuglinge wurden massakriert, viele Kinder erwürgt und Hunderte von ihnen lebendig von hohen Häusern aus den Fenstern geworfen. Die Blirgebundenen Trepows folgerten die Opfer zu Tode, indem sie ihnen Nägel in die Köpfe schlugen, die Augen ausbrüdten, die Ohren abschüttelten und die Zungen mit Nagen ausrißten, vielen Frauen wurden die Eingeweide ausgerissen; alte Leute und Kranke, die sich in Kellern versteckten, wurden mit Petroleum begossen und lebendig verbrannt. Die Kasernen wurden von Polizisten und Soldaten organisiert und geleitet. In den Privathäusern allein wurden über 300 Kinder an schweren, von Soldaten erhaltenen Säbelwunden an Köpfen und Schultern behandelt. Der in Odessa angerichtete Schaden wird auf 20 Millionen Mark geschätzt.

Odessa, 7. November. Der Vorsitzende der Handelskammer sandte ein dringliches Telegramm an den Finanzminister, worin er ihm mitteilt, daß die Plünderungen und Verbrechen, durch die der Handel schwer geschädigt würde, immer noch fortbauern. Der völlige Ruin des Handels sei unabwendbar. Eine Anzahl Geschäfte und Banken hatten gestern geöffnet, mußten aber um 8 Uhr, als die Marenen wieder begannen, schließen. Der Präsident der Handelskammer sandte ein zweites Telegramm an Witte, indem er ihn bat, seine Vaterstadt zu retten. Eine Antwort von Witte ist noch nicht eingetroffen. Die Stadt Akerman in der Nachbarschaft Odessas steht in Flammen. In Bezirk von Odessa bauern die antisemitischen Bewegungen fort. Agitatoren haben sich auf das Land begeben, wo sie dem Volke erklären, der Zar habe einen Ullas unterzeichnet, worin es gestattet sei, Juden zu verdrängen und zu mordern. Infolge dessen ist es schon vielfach bedrohen zu Zudengehen gekommen.

Kriegszustand im Kaukasus.

Petersburg, 6. November. Im Kaukasus herrscht Krieg. Die Transkaukasische Eisenbahn ist stillgelegt. Die militärischen Verstärkungen müßen ihr Ziel zu Fuß erreichen. 17 Brücken sind zerstört. Die Eisenbahnstrecken sind an 40 Stellen aufgesperrt, die Telegraphenleitungen sind außer Betrieb. Georgien und Daghestan sind von der übrigen Welt abgeschnitten. Die ganze männliche Bevölkerung des Kaukasus ist in Waffen. („Daily Mail“.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. November.
Blinder Eifer.

Die von uns abgedruckten Aeußerungen eines Teiles unserer Parteipresse und die Erklärungen der sechs ausgeschiedenen Redakteure haben unseren Lesern gezeigt, mit welcher heillosen Inzulten man die gegenwärtige Redaktion des „Vorwärts“ beehet. Wir haben in der Ueberzeugung, daß auch dieser Gegenstand bald als belanglose Episode unserer Parteigeschichte angehören wird, mit aller Gelassenheit die Angriffe, in denen Verblendung und Ingrimm sich austobten, unerwidert gelassen und gedenken auch ferner so zu verfahren. Die Generalabrechnung wird an anderer Stelle vielleicht um so gründlicher erfolgen.

Nur ein Moment, das in den Angriffen gegen den „Vorwärts“ in seiner jetzigen Gestalt immer schärfer hervortritt, glauben wir an dieser Stelle hervorheben zu müssen: die Verleumdung, dem „Vorwärts“ den Charakter des Zentralorgans der Partei höchst eigenmächtig abzuernennen. Nachdem in Jena der Antrag Großberlins, den „Vorwärts“ zum Berliner Lokalorgan zu machen, nach Belieben bekannter Erklärungen durch Annahme des § 26 des Organisationsstatutes abgelehnt worden war, behält der Eifer verschiedener Blätter, dem „Vorwärts“ den Stempel eines Lokalorgans aufzubringen, um so feltamer. Zumal gerade diese Blätter noch vor kurzem die Verwandlung des Zentralorgans in ein Organ der Berliner Genossen keineswegs als zweckmäßig, geschweige denn als dringende Notwendigkeit anerkannt haben. Und jetzt mit einem Male erklären die nämlichen Blätter, die „Münchener Post“ an der Spitze, aus souveräner Machtvollkommenheit, daß der „Vorwärts“ einfach nicht mehr als Zentralorgan anzuerkennen sei!

So wenig tragisch wir nun diese diktatorischen Aspirationen nehmen, als parteipolitische Symptom verdienen sie alle Beachtung. So lange der „Vorwärts“ sich in mehr oder minder offener Opposition gegen die von den Parteitagen festgelegten Grundsätze gefiel, hatte man in dem revisionistischen Lager an seinem Charakter als Zentralorgan nichts auszufehen, jetzt, wo er sich bemüht, nach der durch die Fünfzehnerkommission erneut als Nichtschwur bezeichneten Dresdener Resolution zu handeln, soll er seine Stellung als Zentralorgan verwirkt haben!

Wir werden auch dies Mißtrauensvotum einer glücklicherweise noch nicht maßgebenden Richtung innerhalb der Partei mit Haltung zu ertragen wissen. Einstweilen entscheiden ja noch nicht ein paar Redakteure über Organisation und Prinzipien der Partei, sondern deren Gesamtvertretung, die Parteitage. Der Stellungnahme des nächsten Parteitages zu unserer Redaktionsführung in prinzipieller Hinsicht aber sehen wir mit ebensolcher Zuversicht entgegen wie seinem Urteil über unser persönliches Verhalten während des Redaktionskonfliktes.

Amerikales Flottenevangelium.

Ueber die kommende Flottenvorlage scheidet allerhand durch. Man will in Erfahrung gebracht haben, daß die neuen Linien- schiffe ein Displacement von 18000 Tonnen, die neuen Kreuzer ein solches von 15000 Tonnen haben sollen. Sechs große Kreuzer und vier Torpedobootdivisionen sollen in der Flotten- vorlage gefordert werden, doch wird daran gezeweifelt, ob diese Annahme nicht zu niedrig greift. In der „Sönnischen Volkszeitung“, dem rheinischen Zentrumsorgan, hat ein Parlamentarier bereits eine Berechnung der jährlich notwendig werdenden Mehrausgaben vorgenommen. Er kommt dabei zu dem Resultat, daß die jährliche Mehrausgabe 70 Millionen, die ganze Mehrforderung also die Summe von 750 Millionen betragen werde,

eine Summe, die sich auf die Jahre 1906 bis 1917 verteilt. Da das Flottengesetz von 1900 für die nächsten 12 Jahre eine Gesamtmehrausgabe von circa 800 Millionen bedeutete, würden die zu erwartenden Mehrforderungen also eine Verdoppelung dieser kolossalen Zahlen darstellen. Der Marine- Etat, der noch im Jahre 1895 81 Millionen Mark, 1905 bereits 233 Millionen Mark betrug, würde damit in naher Zukunft bereits auf 320 Millionen Mark anwachsen.

Man sollte nun meinen, daß das Zentrum eine solch' ungeheure Volksbelastung mit größtem Nachdruck bekämpfen werde. Aber die Zentrums- und Reichspresse macht nur höchst laue Bedenken gegen die Vorlage geltend. So meint die „Germania“, daß man die Flottenforderungen „nicht völlig losgelöst von der Deckungsfrage“ behandeln könne und daß die Flotten- entlastungen wohl auch „in den sauren Apfel einer kräftigen krankenlosen Erbschaftsteuer“ würden beissen müssen. Daß das nur naive Illusionen sind, weiß die „Germania“ natürlich selbst; sie kann sich keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß die neue Flotte nicht von den Erträgen der Erbschafts- steuer oder anderer direkter Steuern, sondern von den durch die neuen indirekten Steuern aufzubringenden Einnahmen gebaut werden wird. Die Haltung des Zentrums hat sich eben vollständig gewandelt. Während im Jahre 1895 das Zentrum die Schaffung einer Flotte ersten Ranges für einen Unsinn und eine Unmöglichkeit erklärte, muß es sich jetzt von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ das kompromittierende Kompliment machen lassen, daß es selbst Stimmung für die neue Flottenvorlage gemacht habe!

Deutsches Reich.

Die Lage im Ruhrrevier.

Die Antwort des Bergbauischen Vereins auf die Eingabe der Siebener-Kommission hat die Gärung im Ruhrrevier noch verstärkt, denn schon die Schnelligkeit, mit der die Antwort erfolgte, zeigt, daß von einer ernstlichen Prüfung der Beschwerden durchaus keine Rede sein kann. Die Antwort der Gewerkschaften ist nichts als eine bewusste Provokation, eine Kriegserklärung an die Vergleute. Als Beweis dafür, mit welcher Unversöhnlichkeit der Bergbauische Verein die öffentliche Meinung irre zu leiten sucht, kann folgendes Beispiel dienen: Durch das neue Vergesetz wird bestimmt, daß an Betriebspunkten mit einer Temperatur von über 28 Grad nur sechs Stunden gearbeitet werden darf; Ueber- und Nebenarbeiten sind verboten. Der juristische Beirat der Zechenbarone Dr. Bodenstein hat daraus einfach geschlossen, daß Beschäftigten, welche an den heißen Betriebspunkten ihre sechsstündige Schicht verfahren haben, noch zu Ueber- und Nebenarbeiten an kühleren Betriebspunkten verwendet werden dürfen. Wegen dieser Auslegung des Gesetzes wendet sich mit Recht die Beschwerde der Siebener-Kommission. Und was erwidert darauf der Bergbauische Verein? Die Beschwerde sei unbegründet, denn die Ausführungen der Siebener-Kommission fußen auf einer mißverständlichen Auffassung des von Dr. Bodenstein verfaßten Kommentars bezug auf einer unrichtigen Auslegung des § 93d des Vergesetzes.

Allerdings ist das neue Vergesetz unrichtig ausgelegt worden, aber nicht von der Siebener-Kommission, sondern vom juristischen Beirat des Bergbauischen Vereins, auch hat die Siebener-Kommission den Kommentar Dr. Bodensteins durchaus nicht mißverstanden. Wörtlich heißt es in diesem Kommentar:

An Betriebspunkten über 28 Grad sind Ueber- und Nebenarbeiten unzulässig; andererseits können Arbeiter, die an Betriebspunkten mit über 28 Grad gewöhnlich beschäftigt werden, an anderen Betriebspunkten Ueber- und Nebenarbeiten verfahren.

Das ist, sollte man annehmen, deutlich genug!

Deutsche Arbeiter für Südwestafrika.

Vergangene Woche haben sich in Hamburg 18 Metallarbeiter der kaiserlichen Wehr in Kiel nach Swakopmund eingeschifft, unter Bedingungen, die das Engagement für die Beteiligten fast als ebenso gefährliches Risiko erscheinen lassen, wie es der Kriegsdienst in Südwestafrika für die Angehörigen der Schutztruppe bedeutet. Die Arbeiter, die sich freiwillig gemeldet hatten, sind zwar dazu bestimmt, den Stamm für das Personal einer erst zu errichtenden Betriebswerkstatt der dortigen Eisenbahn abzugeben, verschiedene Bestimmungen ihres umfangreichen Vertrages sind jedoch so abgefaßt, als ob man eventuell auch beabsichtige, sie zu anderer Tätigkeit als der gewohnten Handlung mit Hammer und Feile heranzuziehen. Sie sind dem Kommando der Schutztruppe unterstellt und haben sich, wie es in dem Vertrag heißt, in ihren Disziplin- verhältnissen (1) als Angehörige der Schutztruppe zu betrachten. Bei ihrer Ankunft in Südwestafrika haben sie sich beim Kommandeur der Schutztruppe oder dessen Stellvertreter „zum Dienstantritt zu melden“ und deren Anordnungen „unwiderlich Folge zu leisten“. Der Kommandeur der Schutztruppe lautet eine weitere ominöse Bestimmung des Vertrages, ist berechtigt, ihnen auch andere, ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeiten zu überweisen, wenn auch „nach Möglichkeit“ (1) auf ihre Stellung als vertraglich angenommene Arbeiter Rücksicht genommen werden soll. Die Vertragsschließenden sind also mehr als Arbeits- soldaten wie als freie Arbeiter zu betrachten. Auch sonst enthält ihr Vertrag Bestimmungen, die sich ein Arbeiter in Deutschland wohl kaum gefallen lassen würde und die überdies mehrfach gegen die gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag verstoßen. Die Dauer der Dienstzeit im Schutzgebiet wird auf drei Jahre festgesetzt, jedoch mit der Maßgabe, daß bei Mangel an geeignetem Ersatz oder aus ähnlichen wichtigen Gründen der Entlassungstermin verschoben werden kann. Dem Kommando der Schutztruppe steht jedoch das Recht zu, den Vertrag jederzeit nach einmonatiger Kündigung aufzuheben. Bei groben Verstößen gegen die Disziplin (1) und anderen schweren Vergehungen kann die Entlassung des Arbeiters sofort erfolgen und der Entlassene geht dann sämtlicher Rechte, vor allem des Rechtes auf freie Rückfahrt, verlustig. Das gleiche passiert ihm, wenn er den Dienst vor Ablauf der Kündigungsfrist verläßt; in diesem Falle hat er dem Fiskus auch noch die Kosten für die Herrreise und die Aus- stattung zu ersetzen! Es wird dann nochmals hervorgehoben, daß „der Mann“, bis die Bahn an die Zivilbehörde übergeht, „direkt der Disziplinargewalt der Militärbehörden untersteht“.

Als Entschädigung für diese beneidenswerte Stellung werden 2400 M. pro Jahr bei freiem Logis gezahlt, eine Summe, die bei den erorbitanten Preisen für alle Lebensbedürfnisse in jener heillosen Gegend als Reallohn gewiß bedeutend niedriger zu tragnieren ist als der in Deutschland in solchen Arbeits- verhältnissen gezahlte Lohn. Gegenüber den vielen Fuhgeln vollends, mit denen der Vertrag in seinen von der Disziplin han- delnden Stellen geradezu gespickt ist, wird es dem Vertragsschließenden bloß dann möglich sein, zu seinem Gelde zu kommen, wenn er seine Stellung als eine militärische auffaßt und auf seine freie Persönlichkeit von vornherein verzichtet. Man kann unter diesen Umständen nur annehmen, daß die Leute, die den Vertrag unter- schrieben haben, sich über die Folgen ihrer Handlungsweise absolut

nicht klar gewesen sind, und die Arbeiterkchaft, an die ähnliche Lockungen herantreten, kann nicht einbringlich genug vor solchen afrikanischen Abenteuern gewarnt werden.

Der Zentralverband der Scharfmacher und die Flottenvorlage.

In der vorigen Woche hielt der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller seine Generalversammlung ab. Aus dem von dem Geschäftsführer des Vereins, unserem vielgeliebten Herrn Vued, erstatteten Geschäftsbericht interessiert die weitere Öffentlichkeit besonders die Mitteilung, daß der Zentralverband der Industriellen es auch für die neue Flotten- vorlage nicht an kräftiger Agitation fehlen lassen werde. Herr Vued erklärte offiziell: Die im Laufe des letzten Jahres von verschiedenen Seiten an ihn ergangenen Aufforderungen, eine Flottenkundgebung zu veranstalten, seien abgelehnt worden. Wenn der Zentralverband auf diese Anträge eingegangen wäre, so würde er nach einem bekannten Worte sein Pulver zu früh verschossen haben. Sollte die Regierung, wie bestimmt zu erwarten, mit einer Flottenvorlage kommen, und sollte dieselbe im Reichstag gefährdet erscheinen, so werde der Zentral- verband, wie er es im Jahre 1898 getan hätte, es an einer kräftigen Aktion für das Zustandekommen der Vorlage nicht fehlen lassen.

Herr Vued hat leider nicht verraten, ob er zu diesem Versprechen einer „kräftigen Aktion“ für die neue Vorlage mehr durch die seinen Brotgebern durch jeden Schiffsbau gewährleisteten Millionenprofite an Panzerplatten und anderen Schiffsbaumaterialien getrieben wurde oder durch einen direkten Wink, den er vielleicht in einem Briefe an die Mitglieder seines Zentralverbandes also zum Ausdruck bringen konnte:

Das Auswärtige Amt hat mir persönlich gegenüber den Wunsch geäußert, daß die Industrie ihm 12000 Mark zum Zweck der Agitation für die neue Flotten- vorlage zur Verfügung stellen möchte. Ich habe diese Angelegenheit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralverbandes, Herrn Geh. Finanzrat Jentke, unterbreitet, der es aus nahe- liegenden Gründen für zweckmäßig erachtet hat, dieses etwas eigentümliche Verlangen nicht zurückzuweisen. Herr Geheimrat Jentke hat für die Firma Krupp 5000 M. zu dem erwünschten Zweck zur Verfügung gestellt.

(gez.) H. A. Vued.

Herr Vued hat, wie man weiß, schon in dem von ihm vergleichsweise erwähnten Jahre 1898 einen sehr ähnlichen Brief schreiben können.

Selbst den Knutenverehrern zu viel!

Die „Deutsche Tageszeitung“ erhält die Zuschrift eines Landwirtes aus Oberhessen über die skandalösen Grenz- verletzungen durch die zarische Solbateska. Die sechs Meter breiten neutralen Wege würden ständig durch die russischen Grenz- soldaten okkupiert. Aber die dreizehn Grenzposten lämen fast täglich auch — Schreiber weiß das aus 23jähriger persönlicher Beobachtung — auf deutsches Gebiet. Eine deutsche Grenz- bewachung sei so gut wie nicht vorhanden. Bei ihren Patrouillen- gängen hielten sich die deutschen Grenzposten mindestens 500 bis 1000 Meter von der Grenze entfernt, d. h. hieß so, daß sie ja nicht von den russischen Soldaten gesehen werden! Ihm selbst sei es passiert, daß auf seinem Gute, das auf 6 bis 8 Kilometer an die russische Grenze höhe, in verschiedenen Nächten mindestens 120 bis 180 Stämme 40—50jähriger Fichten abgefaßt und über die Grenze geschleppt worden seien. Aus diesem gestohlenen Holz hätten sich dann väterlichen Hofes Schuppen und dergleichen erbaut. Eine Anzeige beim Landrat sei erfolglos gewesen. Das sei aber nur ein von vielen Ungerechtigkeiten. Durch die unbegreifliche Zurückhaltung der deutschen Behörde seien die russischen Grenzsoldaten immer frecher geworden. Sie treiben ruhig Vieh, das dem Grenzposten und Wachmeister gehöre, auf deutsche Gras- und Wiesenflächen. All das seien geradezu unerhörte Zustände und der deutsche Bürger müsse sich alles gefallen lassen, ohne Schutz bei der Behörde zu finden. Wäre es denn wirklich der deutschen Regierung unmöglich, hier Wandel zu schaffen?

Das Agrarierblatt erklärt, daß es jetzt wohl wirklich die höchste Zeit sei, daß diese Zustände beseitigt würden. Durch das Dulden derartiger Uebergriffe ermede man ja geradezu den Anschein, als ob man zu schwach sei, seine Rechte zu wahren. Und der Anschein solcher Schwäche sei für die Aufrechterhaltung guter Beziehungen keineswegs förderlich.

Also erst jetzt, wo sich auch konservative Grund- besitzer über die Unversöhnlichkeit des Zarengefindels beschweren, kommt endlich die „Deutsche Tageszeitung“ zu dieser Einsicht. All die viel ärgeren Ausschreitungen gegen die Person deutscher Staatsbürger vermochten ihr Nationalgefühl nicht zu empören!

Ob aber selbst jetzt etwas geschieht?!

Bekrafung edler Beweggründe.

Nach den „Danziger Neuesten Nachrichten“ hat der Gerichtshof im Stolper Prozeß über die pommerischen Schulzustände in den wesentlichen Punkten den Wahrheitsbeweis für er- bracht erklärt: Pastor Poetter habe einen Lehrer aus dem Amte vertrieben, er sei ein Virtuos in Verleumdungen gewesen, von denen eine Menge festgesetzt worden sei. Er habe gegen Wadenfuß unwahre Beschuldigungen erhoben, er habe in anderen Fällen leichtfertig und aus Nachsicht eine Anzeige erstatet, er habe sich durch seine Handlungen in Gegensatz zu seinem Eid gestellt. Als nicht bewiesen wurden in dem Urteil nur einige nebensächliche Punkte betrachtet. Trotzdem nun bei dem Urteil auf die „edlen Beweggründe“ des angeklagten Redakteurs Rücksicht genommen worden sei, habe man doch auf eine Geldstrafe von 500 Mark erkennen müssen.

Bürgerliche Blätter stellen sich höchst verdutzt darüber, wie ein Gericht bei alledem überhaupt noch zu einer Verurteilung habe gelangen können, da doch in allen wesentlichen Punkten der Wahrheitsbeweis als erbracht angesehen worden sei. Dieser Presse ist eschämlichweise bis jetzt ganz unbekannt, daß solch befremdende Urteile ganz an der Tagesordnung sind. Unzählige Male sind sozial- demokratische Redakteure verurteilt worden, obwohl alles wesentliche bewiesen war und nur in irgend einem ganz nebensächlichen Punkte der Wahrheitsbeweis nicht vollständig erbracht werden konnte. Eine solche Gerichtspraxis ist nur eine der bekannten Schönheiten unserer Jurisdiction, die kennen zu lernen die bürgerliche Presse nur deshalb in Ausnahmefällen Gelegenheit hat, weil bei ihr die edlen Be- wegründe, öffentliche Mißstände aufzudecken, höchst selten vorhanden sind!

Die Sanierung des Reichs-Invalidenfonds.

Daß der Reichs-Invalidenfonds, der seinerzeit aus den fran- zösischen Milliarden in Höhe von 561 Millionen Mark reserviert wurde, rapide zur Reize zu gehen droht, ist bekannt. Am Ende des Kalenderjahres 1905 werden kaum noch 200 Millionen vor- handen sein, während die Invaliden-Unterstützungsausgaben trotz der schädigsten Sparpolitik sich erheblich mehren. Die afrikanischen Kriegsabenteuer werden die Anforderungen noch ganz erheblich steigern. Es soll deshalb endlich eine „Sanierung“ des Fonds vorgenommen werden. Diese „Besundung“ will man aber damit erreichen, daß man einfach eine Reihe von Ausgaben, die jetzt aus dem Fonds bestritten werden, künftig der Reichskasse zur Last schreibt. Mit der Sanierung des Reichs-Invalidenfonds ist es also wie mit der berühmten Reichsfinanzreform. Die Ausgaben werden einfach anders verrechnet! Dadurch wird an der Tatsache selbst, daß die militärischen Ausgaben auf allen Gebieten lawinengleich anschwellen, nicht das geringste geändert!

Die Antwort der russischen Studenten. Ein Privattelegramm meldet uns aus Jena: Durch die verleumdenden Beschuldigungen der deutschen Studenten veranlaßt, besuchen die russischen Studenten keine Vorlesungen mehr, bis die Unversitätsbehörden gegen ihre Ankläger einschreiten. —

Der sächsische Landtag.

Man schreibt uns aus Sachsen: Der sächsische Landtag hat seine Tätigkeit mit all den formellen Umständen begonnen, die ihm noch aus der konstitutionellen Zeit als Weigewicht anhängen. Dieser alte formelle Plunder paßt natürlich vortrefflich zu dem Landtag, in dem sich die Borniertheit des Volks als unter dem Schutze der Dreiklassenwahl breitet. Initiative ist nur bei der Opposition zu finden, die durch unseren Genossen Goldstein und zwei freisinnige Vertreter ist. Interpellationen über die Fleischnot und die Wahlrechtsfrage sind bereits eingegangen, aber mit der letzteren treibt die Regierung die Verschleppungspolitik weiter, die sie schon vor den Wahlen durch die Erklärung angekündigt hatte, sie werde dem Landtag keine Vorlage zur Änderung des Wahlrechts machen. Und in der Tat ist sie so verfahren. Da nun aber eine Interpellation über die Wahlrechtsfrage vorliegt, hat sie es durchgesetzt, daß auf ihren Wunsch die Beratung der Wahlrechtsfrage auf längere Zeit vertagt wird. Diese Verschleppungspolitik hindert natürlich die Opposition nicht, bei jeder passenden Gelegenheit selbst die Frage anzuschneiden. Es fehlte gerade noch, daß sich die konservativen Wahlrechtler den Zeitpunkt ausuchen könnten, der ihnen am geeignetsten für die Besprechung der brennendsten Frage für das Land erscheint. Bei jeder reaktionären Freiheit, die von ihnen im Landtag verübt wird, werden sie zornigen Widerhall im Lande und scharfen Widerspruch im Landtag finden, denn jede wird die Entrüstung über die Wahlrechtsänderung immer aufs neue aufwecken.

Die Hinausschiebung der Beratung der Wahlrechtsfrage soll auch verhindern, daß vor der Staatsberatung die ganze reaktionäre Wirtschaft bereits ausgerollt und dadurch der Boden erschüttert wird, auf dem die Regierung sich bei der finanziellen Kalamität nur zaghaft bewegen kann. Es handelt sich bei derartigen Interpellationen nicht darum, welche Stellung die Regierung einnimmt, denn es ist landbekannt, daß sie auf dem rückschrittlichsten Standpunkt in der Wahlrechtsfrage steht; aber die Nationalliberalen wollen nur eine andere Wahlrechtsverteilung zu ihren Gunsten, und da soll erst hinter den Kulissen ausgehandelt werden, wie man durch einige kleinliche Änderungen die Entrüstung gegen das Dreiklassenwahlrecht abschwächen könnte. Indessen wird unsere Partei das Interesse für die Wahlrechtsfrage noch erhalten, so daß die Winkeltätigkeit des Dreiklassenlandtages und der Regierung ihren Zweck nicht erreichen werden.

Die alte Reaktionswirtschaft unseres herrlichen Parlaments ist auch infolge neuer Befähigung worden, als die konservativen und nationalliberalen Wahlrechtler unseren Abgeordneten Goldstein von allen Deputationen ausschlossen. Eine neue Gesetzgebung, die den Vertreter der stärksten Partei, für die im Lande über drei fünfzig aller Reichstagswähler stimmen, von der Kontrollierenden und intensiveren Tätigkeit der Kommissionen (Deputationen) ausschließt! Das ist ruffisch-autokratische Annahme, gegen die ununterbrochener Kampf erforderlich ist, um grundstürzende Änderungen durchzuführen. —

Neue Gesetze in Südwestafrika.

Amlich wird gemeldet: In der Gegend zwischen Kunu und Awadob östlich des Ausb fanden vom 27. bis 29. Oktober kleine Zusammenstöße mit Gontottoten des Simon Kopper statt. Hierbei fielen im ganzen dreißig Gontottoten, auf deutscher Seite wurden drei Reiter verwundet. Die bisher in Aminuis stationierten Truppen unter Major v. d. Heide und eine unter Hauptmann Morath bei Stamprietfontein gesammelte Abteilung setzen die Bekämpfung dieser Vandalen fort.

Auf der Verfolgung des Cornelius kam es am 29. Oktober zu einem kurzen Gefecht der 4. Erschlagungskompanie am Chamhambirebier. Ehe der die Verfolgung leitende Hauptmann v. Bettow Vorbed mit seinen beiden anderen Kompagnien herankommen konnte, hatte sich Cornelius weiter zurückgezogen, durchquerte abermals den Schwarzgrund und überfiel schon am 2. November am Ubbib-Rebier nördlich Gellap einen Wagentransport, wobei vier deutsche Reiter fielen.

Außer der Abteilung Lettow nahmen je eine Kompagnie über Berjeba und Ties seine Verfolgung auf. Die in der Gegend von Grünborn gemeldeten feindlichen Vandalen haben sich geteilt, ehe Major v. Storr sie angreifen konnte. Einen Teil verfolgt Hauptmann Brentano in nördlicher Richtung, andere scheinen sich Cornelius angeschlossen zu haben.

Die Gontottoten tun also Trots konsequent nicht den Gefallen, sich einzufinden zu lassen. Sie nehmen den Kampf nur dann auf, wenn ihre Chancen günstig sind, namentlich betreiben sie den Ueberfall von Transportskolonnen ebenso systematisch wie erfolgreich. —

Ausland.

Schweiz.

Die Nationalrats-Wahl.

Jürich, 6. November. (Fig. Ver.) Die Nationalrats-Wahl am gestrigen Sonntag brachten die Wahl unseres Genossen Dr. Brühllein in Basel, für den die freisinnig-konservative Kompromißliste eine Linie frei ließ. Brühllein wurde mit 4917 Stimmen gewählt. Seine vier bürgerlichen Gegner erhielten zusammen 6111 bis 6193 Stimmen. Die Stärke unserer Partei in Basel beträgt also rund 4000 Stimmen, womit sie dort die stärkste Partei ist. Freilich sind am Sonntag von 20 133 Stimmberechtigten nur 10 488 zur Urne gegangen. Unsere Partei hat nun zwei Vertreter im Nationalrat, und wenn sich Ramonzi-Tessin der Fraktion anschließt, deren drei. Dazu kommt möglicherweise noch ein dritter in der Person unseres Genossen Abisser in Luzern, wo die Stichwahlen erst am nächsten Sonntag stattfinden. Abisser erhielt am 29. Oktober 2714, der ultramontane Kandidat 2080 und die drei freisinnigen Kandidaten 4094 bis 4471 Stimmen. Vor drei Jahren betrug die sozialdemokratische Stimmenzahl 2278, sie ist also um 463 gestiegen. Unsere Luzerner Genossen richteten an die freisinnige Partei die Aufforderung, ihnen im Hinblick auf ihre Parteistärke ohne Kampf einen von den drei Sitzen zu überlassen. Das lehnte die freisinnige Delegiertenversammlung mit 68 gegen 44 Stimmen ab, eine starke Minderheit war also dafür. Nun haben unsere Genossen einen Kompromiß mit den Ultramontanen geschlossen, wonach beide Parteien eine gemeinsame Liste aufstellen. Da beide Parteien zusammen stärker sind als die freisinnige, so hängt es nur von der Disziplin der Anhänger der beiden Parteien ab, ob die Kompromiß- oder die freisinnige Liste siegt.

Unsere Genossen in St. Gallen, wo der bisherige sozialdemokratische Nationalrat Brandt unterlegen ist, haben wegen vorgerückter Unregelmäßigkeiten an den Nationalrat einen Wahlprotest gerichtet, um die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Liberalen Dr. Näf herbeizuführen. Ob sie damit Erfolg haben, ist sehr zweifelhaft; denn die radikale Mehrheit ist sehr gewalttätig und rücksichtslos. Wenn der Fall umgekehrt läge, wäre die Ungültigkeitserklärung sicher!

In Winterthur, wo durch Schwindel, Volksbetrug und politische Gaunerei der Bürgerlichen unsere Partei um ihr einziges von den fünf Mandaten betrogen wurde, war wenige Tage vor der Wahl an den dortigen Schlotjunfer Sulzer-Ziegler ein „anarchistischer Bombenbrief“ gerichtet worden, der sofort als eine schamlose Spille und Wahlmanöver bezeichnet werden mußte. Nun veröffentlicht die dortige Bezirksanwaltschaft das Fassische des Briefes, das eine sehr gelehrte Herren-Gandfahrt verrät und unsere Auffassung von der schamlosen Wahlmanöver bestätigt. Der Brief lautet: „Herrn Sulzer-Ziegler. Da Sie zu wiederholten Malen während Ihrer Amtsdauer als Nationalrat die Arbeiterklasse schädeln, wird beschloffen: Sulzer-Ziegler hat bis zum 17. Oktober d. J. öffentlich zu erklären, daß er eine Nationalratswahl nicht mehr annehme. Sulzer-Ziegler darf den Ratsaal nicht mehr betreten und wird die

Bombe in seinem eigenen Geschäftshergestellt, die ihn in Stücke reißt. Er ist dem Tode verfallen. Winterthurer Anarchie: „Stamm.“ Auch der Inhalt, die ganze Schreibweise läßt mit aller Sicherheit annehmen, daß ein guter Ordnungsmann und Patriot den elenden anarchistischen Bombenbrief geschrieben hat, um die Wahlsituation zugunsten der sozialdemokratischen Partei zu verschleppen; denn „natürlich“ kann ja nach der von der forumpirierten bürgerlichen Presse fabrizierten öffentlichen Meinung ein solcher Brief nur aus dem sozialdemokratischen Lager kommen. Die Bezirksanwaltschaft schreibt 300 Fr. Belohnung für die Ermittlung des Täters aus. Er wird aber nicht ermittelt werden, auch wenn 100 000 Fr. Belohnung ausgesetzt wäre. Der politische Gauner, der diesen Brief geschrieben hat, steht zweifellos so hoch, daß er nicht ermittelt wird — auch wenn er ermittelt wäre! —

Einen Ertrags haben am Sonntag unsere Genossen in Winterthur ausgeführt. Die Gemeindeferversammlung hatte 20 eidgenössische und 112 kantonale Geschworene zu wählen. Da die Bürgerlichen mit 176 gegen 103 sozialdemokratische Stimmen in der Mehrheit waren, verließen unsere Genossen demonstrativ unter Protest die Versammlung. Die Bürgerlichen tagten weiter und überließen gnädigst eine Anzahl Sitze unserer Partei. Die Parteikämpfe verschärften sich. Obstruktion auf der ganzen Linie wird von nun an die Lösung sein. —

Frankreich.

Generalfreist.

Paris, 5. November. (Fig. Ver.) Die letzten Nachrichten aus den Kriegshäfen rufen die Möglichkeit des Generalfreist sehr nahe. Gestern nacht haben die Delegierten der roten Gewerkschaft von Vrest den Generalfreist im Prinzip mit 57 gegen 2 Stimmen angenommen. Der Streik soll ausbrechen, wenn den Arbeitern die Freiheit, außerhalb der Werkstätten nach ihrem Belieben zu sprechen und zu schreiben, nicht voll zugebilligt wird. Eine allgemeine Versammlung der Arsenalarbeiter findet Dienstag statt. Die zu Strafurlaub verurteilten Arbeiter begeben sich nach den anderen Kriegshäfen, um die dortigen Kameraden über die Vorgänge in Vrest aufzuklären. —

Schweden.

Der Regierungswechsel.

Die beiden liberalen Staatsräte Staaf und Wiesert haben durch ihre Weigerung, nachdem der Konflikt mit Norwegen erledigt ist, noch weiter mit Lundeberg und seinen konservativen Kollegen zusammenzuarbeiten, das Koalitionsministerium zu Fall gebracht. Lundeberg hat zwar auf Wunsch des Königs versucht, das Koalitionsministerium zu reorganisieren, aber vergeblich. Da sah sich denn der König genötigt, Staaf mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu betrauen. Die Vergangenheit dieses liberalen Politikers wird auch sein vernünftiges Verhalten im Unionskonflikt eine gewisse Bürgschaft dafür bieten, daß nun die großen demokratischen Fragen, namentlich die des allgemeinen Wahlrechts, einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden, wenngleich man ja immer noch, besonders in der ersten Kammer, mit einflussreichen Mächten zu rechnen hat, die alles daransetzen, der Masse des Volkes sein wichtigstes Staatsbürgerrecht vorzuenthalten oder doch möglichst zu beschneiden. Die letzten Kammerwahlen haben aber bewiesen, daß das alte konservative Regime nach und nach unmöglich geworden und daß die Wendung nach links, die ein Ministerium Staaf mit sich bringen muß, notwendig ist. Selbstverständlich wird die schwedische Arbeiterpartei nach wie vor ihre ganze Kraft einsetzen, um ihr nächstes Ziel, die politische Gleichberechtigung, für die sie schon so viele aufopfernde Kämpfe geführt hat, auch wirklich unverkürzt zu erringen. Sie wird jetzt umso eher auf Erfolg rechnen können, da der neue Reichstag statt vier 14 sozialdemokratische Abgeordnete zählt.

Stockholm, 6. November. Die Svenska Telegrammbureau erfährt, soll das neue liberale Ministerium folgende Zusammensetzung erhalten, die morgen oder übermorgen veröffentlicht werden wird: Staatsminister Staaf, Minister des Äußeren Selandter Trolle in Stenohagen; Kriegsminister Oberst Ringen; Marineminister Konteradmiral Sidner; Minister des Innern Albert Ehrenward; Finanzminister Wiesert; Kultusminister Nordfeldt; Justizminister Freiherr Marks von Würtemberg; Landwirtschaftsminister Reichstagsmann Behrson; Minister ohne Portefeuille Bureauchef Detmer und Dr. David Bergström. —

Balkan-Staaten.

Die macedonische Frage.

Man wird vielleicht gut tun, den Vorgängen auf der Balkanhalbinsel nunmehr einige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wenn sonst kein größeres weltpolitisches Ereignis dazwischen kommt, dürfte die Zeit der türkischen Herrschaft in Europa bald abgelaufen sein. Die gegenwärtige Konstellation der Mächte ist ein solcher Prozeß günstig. England, Frankreich und Italien sind schon seit mehreren Jahren für eine fortgeschrittene Balkanpolitik, Ausland wird sich ohne Zweifel diesen Mächten anschließen, und Deutschland kann bei seiner völligen Isolierung nichts gegen das europäische „Konzert“ unternehmen.

Es handelt sich gegenwärtig um die Uebernahme der macedonischen Finanzen durch die europäischen Mächte. Auf Grund des russisch-österreichischen Uebereinkommens in Würzburg wurde die Verwaltung der macedonischen Polizei und Gendarmerie im Februar 1903 von europäischen Offizieren übernommen. Aber da die macedonischen Finanzen unter türkischer Verwaltung blieben, so konnte die Reform der Polizei nichts helfen. Die Notwendigkeit einer Finanzreform ist die Folge der Polizeireform. Aber die Wirkung dieser Reform auf die Souveränität des Sultans ist nicht die gleiche. Während die Polizeireform das Wesen der türkischen Herrschaft nicht berührt, kann die Finanzreform nicht verfehlen, Macedonien der Souveränität des Sultans zu entziehen und es zu einer autonomen Provinz zu machen. Die Trennung Macedoniens von der Türkei hätte aber noch andere Folgen. Macedonien liegt zwischen Albanien und Konstantinopel. Hört das erstere auf, türkisch zu sein, so ist auch Albanien losgelöst, und die türkische Herrschaft in Europa ist zu Ende. —

Kein Wunder, daß der Sultan sich gegen diese Amputation wehrt und die Finanzverwaltung Macedoniens nicht preisgeben will. Es ist nun wahrscheinlich, daß die europäischen Mächte im Notfall schließlich doch noch zu einer Flottendemonstration greifen werden. —

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine Heerschau nach dem Streik war die Versammlung der Wäschearbeiter und Arbeiterinnen, welche am Montagabend in der Bränerel Friedrichshain tagte. Der Besuch der Versammlung zeigte, daß das Interesse, welches die in der Wäsche-Industrie Beschäftigten für ihre Organisation an den Tag legen, auch nach dem Streik nicht im mindesten nachgelassen hat. Der große Saal war gedrängt voll und Hunderte fanden nach der polizeilichen Absperrung keinen Einlaß mehr. Der Referent Keller führte aus, im allgemeinen sei die Wiederaufnahme der Arbeit ziemlich glatt vorstatten gegangen. Nur wenige Fabrikanten seien ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen. Die infolgedessen ausgebrochenen Differenzen seien in der Hauptsache beigelegt. Etwa 20 Ausgesperrte seien noch vorhanden, dazu kommen einige 60 Ausländer von der Firma Gebr. Ritter, wo immer noch der Konflikt besteht, der wegen Nichteingestellung der Fußneider ausgebrochen ist. Im ganzen seien also gegen 100 Personen vorhanden, die aus Anlaß des Streiks noch außer Arbeit sind. Wo einzelne Fabrikanten nach Wiederaufnahme der Arbeit versuchten, die eine oder andere Bestimmung des Schiedsspruches außer acht zu lassen, da habe die anerkanntswerte Solidarität der Arbeiter und Arbeiterinnen die Beachtung der Vereinbarungen durchgesetzt. Jetzt komme es vor allem darauf an, daß die laut Schiedsspruch auszuarbeitenden Tarife für jede Fabrik beraten und die Wünsche, welche die Arbeitnehmer in dieser Hinsicht haben, der Organisationsleitung mitgeteilt

werden. — Die der Verhandlungskomitee Eue ausführte, wird die Feststellung der Tarife nicht ohne Schwierigkeit vor sich gehen. Die Festlegung der Tarife werde jedenfalls eine Reihe von Kleinlämpfen zur Folge haben, denn die Unternehmer würden sich nach Möglichkeit gegen jede Verbesserung, welche der Tarif fordert, sträuben. Der Gang der Tarifberatung sei der: Die Arbeiterinnen der einzelnen Fabriken teilen der Organisationsleitung mit, wie hoch die einzelnen Artikel bisher bezahlt wurden und welche Erhöhungen sie wünschen. Danach wird ein Tarif aufgestellt und dem Fabrikanten eingereicht. Kommt auf diese Weise kein Tarif zustande, dann hat sich die Schlichtungskommission und erforderlichenfalls das Einigungsamt damit zu beschäftigen. — Daß die Tarifberatung zugunsten der Arbeitnehmer ausfallen werde, dafür bürge die Stärke der Organisation, die während des Streiks von etwa 1000 auf mindestens 5000 Mitglieder angewachsen sei. — In der regen Diskussion beteiligte sich eine Anzahl Redner und Rednerinnen, die im allgemeinen ihre Befriedigung über die gegenwärtige Situation ausdrückten. Mitgeteilt wurde noch, daß bei der Firma Cohn u. Daniel Differenzen ausgebrochen sind. Die Firma will wohl die Lohnerhöhung zahlen, aber nicht unterschreiben. Da die Arbeitnehmer auf der Unterseite bestanden, sind sie gezwungen worden und infolgedessen am Sonnabend ausgetreten. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verurteilt auf das schärfste das Verhalten der Inhaber der Firma Gebr. Ritter. Die Anwesenden erklären, keine Arbeit für diese Firma zu machen. Ferner appelliert die Versammlung an das Ehrgefühl der noch bei der Firma Gebr. Ritter beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, daß sie die Arbeit niederlegen und nicht eher wieder in den Betrieb gehen, als bis sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen eingestellt werden.

Lohnbewegung und Streik der Berliner Kranzbinder und Kranz-

binderinnen. Ueber den gegenwärtigen Stand der Bewegung ist zu berichten, daß bis Montag drei weitere Firmen (Steinert, Meberstraße 37, G. Zieffensee, Ballisadenstr. 33 und E. Klinge, Wilmersdorf, Fürtstr. 6—7) den Tarif bewilligt haben, nachdem die Arbeiter in einem Falle zwei Stunden lang, in dem anderen fünf Stunden in den Ausnahm getreten waren. Zwischen weiteren fünf Firmen und der Organisationsleitung haben Verhandlungen stattgefunden, welche, da auf diese Betriebe die Tariffrage nicht anzuwenden waren, eine entsprechende Änderung ergaben. Die Größe der Kranzbindel und das zu verwendende Material waren da in Betracht zu ziehen und ist Verständigung erfolgt. Nachmal werden die Berliner Arbeiter gebeten, die Bewegung dadurch zu unterstützen, daß sie die Kranzbinder und Kranzbinderinnen, mit denen sie in Verbindung kommen, auf diese Bewegung hinweisen und ihnen die Organisationspflicht einschärfen. Die betreffenden Arbeitnehmer haben sich über ihre Zugehörigkeit zum Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein auszuweisen. Die Ortsverwaltung Groß-Berlin des Allg. Deutsch. Gärtnervereins, Berlin N. 37, Meberstr. 3.

Rebel!

Der Streik in der Wäsche-Industrie endete besamlich damit, daß allen Arbeitern und Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung von 6 Proz. durch Schiedsspruch zugebilligt wurde. Ein Fabrikant hat nun das Bedürfnis gefühlt, sich gegenüber den Arbeiterinnen, die sich dem Streik nicht angeschlossen hatten, als den noblen Chef auszuweisen. Er sandte den arbeitswilligen Arbeiterinnen ein Schreiben des Inhalts: Da Sie die Arbeit nicht niedergelegt haben, kann ich nicht umhin, Ihnen meine Anerkennung dadurch auszudrücken, daß ich auch Ihnen die 6 Proz. vom 30. Oktober bewillige, für Sie aber mit rückwirkender Kraft auf die beiden vorhergehenden Wochen. Sie erhalten demnach: für die Zeit vom 18. bis 22. Oktober Lohn 8 M., 6 Proz. Zuschlag = 48 Pf., vom 23. bis 30. Oktober Lohn 8,25 M., 6 Proz. Zuschlag = 49 Pf.

Also ganze siebenundneunzig Pfennige werden den Streikbrecherinnen als Prämie für ihre zwei Wochen hindurch fortgesetzte selbstlose Handlung zugebilligt. — Von den Arbeitsgenossen verurteilt, von den Unternehmern mit einigen Pfennigen prämiert, und darum Verräter an der eigenen Sache.

Der Kampf der Berliner Stuhl-Arbeiter und Arbeiterinnen dauert

fort. Die Arbeiter der Stuhlfabrik H. Roed, Stallschreiberstr. 18, hatten sich bisher dem Streik nicht angeschlossen. Da aber die Firma an verschiedene bestreikte Betriebe Arbeit lieferte, nahm die Lohnkommission im Einverständnis mit dem Vorstande des Holzarbeiter-Verbandes Veranlassung, sich mit den Arbeitern der Firma in Verbindung zu setzen. Die Arbeiter haben auch das Unwürdige ihres Verhaltens ein und legen einmütig die Arbeit nieder, nachdem der Inhaber der Firma die Annahme des Tarifs abgelehnt hatte und auch die Unterlassung der Streitarbeit nicht garantieren wollte. — Bewilligt haben bis jetzt die Firmen A. Priester u. Sohn, Schott u. Co. und Rud. Linz. Letztere Firma hatte noch bis zum 21. Oktober die Sitzungen der Fabrikanten-Vereinigung besucht. Arbeitswillige haben sich nicht gefunden und auch die wenigen, welche vorher selbstständig gearbeitet haben und bei Ausbruch des Streiks in Betriebe der Fabrikanten-Vereinigung gegangen waren, haben das Unwürdige ihrer Handlungsweise eingesehen und sich jetzt auch den Streikenden angeschlossen. Die Situation ist für die Streikenden besonders günstig und werden die Herren Prinzhale wohl bald eingesehen haben, daß es für sie besser gewesen wäre, wenn sie sich mit ihren Arbeitern auf Grundlage des eingereichten Tarifs geeinigt hätten.

Deutsches Reich.

Die Kleier Bauhandwerker-Aussperrung, die 16 Wochen dauerte und circa 2400 Maurer und Zimmerer umfaßte, ist nunmehr beendet. Die Organisationen der Gezellen haben mit der Bauinnung einen Vertrag abgeschlossen, der bis zum 31. Dezember 1903 gilt und der vom 1. Januar 1907 den Arbeitern einen Stundenlohn von 65 Pf. und den neunstündigen Arbeitstag zugest. Bis jetzt hatten die Gezellen einen Lohn von 60 Pf. und die 9 1/2 stündige Arbeitszeit. Die Verhandlungen bürgerlicher Blätter, daß die Kleier Bauhandwerker die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen hätten, sind also falsch.

Eine erfolgreiche Lohnbewegung führten, wie schon gemeldet, die Hafnarbeiter in Königsberg in der vorigen Woche sehr schnell durch. Der Stundenlohn wurde von 40 auf 50 Pf. erhöht. Jetzt gehen die Hafnarbeiter energisch daran, das Ertrugene tariflich festzulegen, damit es ihnen in flauer Zeit nicht wieder genommen werden kann. Sie haben an das Vorsteheramt der Kaufmannschaft, an die Reeder, Kaufleute und Stauermeister einen Lohn- und Arbeitstarif gesandt mit der Bitte, bis Mittwoch, den 8. November, zu antworten. Erfolgt keine Antwort, so wollen die Hafnarbeiter den letzten Schritt tun. Aus ihren Forderungen heben wir hervor: 1. Zehnstündige Arbeitszeit. 2. Ein Stundenlohn von 50 Pf. für die Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, für die Zeit von 6—8 Uhr abends 60 Pf. und von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens 1 M. pro Stunde. Arbeiten an Sonn- und Feiertagen sollen mit 1 M. pro Stunde bezahlt werden. Beim Lösen resp. Verladen von schwerer und gesundheitsgefährlicher Ladung soll der Stundenlohn entsprechend erhöht werden. Ferner sind noch besondere Bestimmungen aufgestellt, die besagen, wie viel Personen bei den verschiedensten Arbeiten auf den Schiffen zu beschäftigen sind. Die Stauermeister dürfen keine schwarzen Listen ausgeben und werden verpflichtet, die jetzt noch existierenden Listen sofort einzuziehen. Kein Hafnarbeiter darf wegen seiner Zugehörigkeit zum Hafnarbeiterverband oder aus Anlaß dieser Lohnbewegung irgendwie gemahregelt oder benachteiligt werden. Der Tarif soll Gültigkeit bis zum 1. November 1906 haben und gilt immer als auf ein weiteres Jahr verlängert, wenn er nicht drei Monate vorher gekündigt wird.

Ausland.

Der Ausschuss des Verbandes der Kriegshafen- und Arsenalarbeiter Frankreichs erließ einen Aufruf, in welchem die Wiederaufstellung der entlassenen Vrest-Hafnarbeiter gefordert und die Regierung auf das schärfste angegriffen wird.

Am Vorabend der Kommunalwahl.

Seit Jahren haben die Freisinnigen auf das Mittel der öffentlichen Agitation bei den Stadtverordneten-Wahlen fast ganz verzichtet. Ihre Tätigkeit im Rathhause beträgt nicht eine Erörterung vor der breiten Masse der dritten Wählerklasse. Die Freisinnigen können im Kampfe nicht ihren Mann stehen. Deshalb hat man auch in der jetzigen Wahlbewegung fast nichts von ihnen bemerkt. Um so rühriger waren dagegen unsere Parteigenossen in der Wahlkämpfe. Seitern abends, in letzter Stunde vor dem Beginn der Wahlschlacht, waren von unserer Seite 14 Versammlungen einberufen, um die Arbeiter, die ja nur als Wähler der dritten Klasse in Frage kommen, noch einmal zum Kampfe aufzurufen für die Rechte und Interessen der arbeitenden Bevölkerung Berlins, der rechtlosen Wähler der dritten Klasse.

„Die Sünden des Freisinn“ lautete die Tagesordnung in allen Versammlungen. Natürlich begnügten sich unsere Redner nicht mit der Aufzählung des erblosen Sündenregisters der freisinnigen Stadtverordneten-Mehrheit. Sie zeigten vor allem, daß der Eintritt von Sozialdemokraten in die Stadterwaltung erst den Anstoß gab zu Verbesserungen, die zwar nur gering sind im Vergleich zu den Aufgaben, welche wir uns auf kommunalem Gebiete gestellt haben, die aber demnach nur in unermüdlichem zähem Kampfe gegen die freisinnige Sippe durchgesetzt werden konnten. Aber wir müssen weiter auf dem Wege, der uns zur Verwirklichung einer weitverbreiteten, von großen Gesichtspunkten geleiteten Kommunalpolitik führt. Das größte Hindernis auf diesem Wege ist das sich freisinnig nennende Philistertum, welches in der Gemeindevverwaltung die Interessen des Privatkapitals den Bedürfnissen der Allgemeinheit noch immer vorangestellt hat. Darum gilt es, den Vertretern des Freisinn die Mandate der dritten Wählerklasse zu entreißen. Sie, die Vertreter der Geldsachinteressen, sind nicht befugt, sich als Vertreter der entrechteten Klasse der arbeitenden Bevölkerung aufzuspielen. Unsere Aufgabe ist es, sämtliche Sitze der dritten Klasse für die Vertreter des Proletariats, für die sozialdemokratischen Kandidaten zu erobern. Der Wahlsieg muß ein Siegstag für die Arbeiter Berlins werden.

So lang es durch die Reden der Referenten und durch die Ausführungen der Diskussionsredner. In dieser Stimmung treten unsere Parteigenossen in 16 Bezirken in den Wahlkampf.

Im ersten Kommunalwahlbezirk hielt Genosse Liebschicht ein von oftmaligem Beifall unterbrochenes Referat. Von den Gegnern meldete sich trotz mehrmaliger Aufforderung niemand zum Wort. Die von circa 20 Personen besuchte Versammlung nahm einen begeisterten Verlauf.

Im 6. Kommunalwahlbezirk fand die Versammlung bei Büchse, Dönnelstraße 13, statt. Stadtv. Genosse Schubert charakterisierte an der Hand eines reichhaltigen Materials das heutige Wahlgeseh, durch welches das Rechtsbewußtsein des Volkes aufs ärgste erschüttert wird. Weiter behandelte er eingehend unsere heutige Volksschule, welche trotz der warmen Befürwortung eines Pädagogen, Schleiernmacher, Diefenweg, die Erziehung der gesamten Volksgemeinde einer wirklichen Volksschule anzubringen, das Stiefkind der preussischen Regierung geblieben ist. In der Diskussion ergänzten Riischke und Kwind die Ausführungen des Referenten. Der Kandidat des 6. Bezirks, Genosse Röhling, gab das Versprechen, im Fall seiner Wahl seine Pflicht nach Kräften zu erfüllen. In ferniger Weise forderte der Vorsitzende Häcker die Anwesenden auf, am Wahltag ihre Pflicht zu erfüllen.

Im 7. Kommunalwahlbezirk sprach der Stadtv. Bruns. Er schilderte die abstoßende Haltung der Freisinnigen und der Bürgerpartei in bezug auf Erweiterung des Kommunalwahlrechtes, die Mißstände im Submissionswesen, die mangelhafte Fürsorge unserer Gegner in Schulfragen, auf dem Gebiete der Krankenhäuser u. s. w. Gleichzeitig gerpflüchte der Redner das von Jürgen Kraspande Flugblatt der Bürgerpartei. Nachdem Genosse Bruns die Forderungen, welche unsere Partei auf kommunalem Gebiete stellt, beleuchtet hatte, forderte er unter lebhaftem Beifall der Versammlung zu energischer Agitation für den Genossen Herzfeld auf. Gegner meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort. Nunmehr hielt der Kandidat Genosse Herzfeld eine Ansprache, in der er sich besonders über das Wohnungswesen, die Selbstverwaltung der Gemeinden, die Volksschulen und Leichenhallen verbreitete. Hierbei forderte Redner, daß der Magistrat von den in seinen Händen befindlichen Legaten ausgiebig Gebrauch macht. Auch diese Ansprache erzielte lebhaften Beifall. Nach einem Appell des Vorsitzenden Schredder zu reger Wahlbeteiligung schloß derselbe die gut besuchte Versammlung.

15. Kommunalwahlbezirk. Im Lokal „Südost“, Waldemarstraße, referierte Genosse Stadthagen. Derselbe kennzeichnete den Berliner Freisinn, servil wie er nach oben, ist er brutal nach unten. Der Referent führte einige traffe Beispiele dafür an und ging dann dazu über, zu schildern, wie der Freisinn im Verkehrswesen die Zeit verpaßt habe. Auch in der Eingemeindungsfrage hat der Freisinn einen sonderbaren Standpunkt eingenommen. Redner ging dann die einzelnen Forderungen durch, für deren Durchführung wir unbedingt im Stadtparlament zu sorgen hätten. Zum Schluß forderte der Referent auf, dafür zu sorgen, daß der Genosse Tolksdorf mit einer immensen Stimmzahl wiedergewählt werde. Der Kandidat Genosse Tolksdorf hielt sodann eine kurze Ansprache und ergänzte die vortrefflichen Ausführungen des Referenten. Zum Schluß forderte der Vorsitzende Hadelbusch noch auf, daß jeder Genosse am morgigen Tage seine Schuldigkeit tun möge.

In der sehr gut besuchten öffentlichen Wählerversammlung für den 20. Kommunalwahlbezirk gerpflüchte der Referent Genosse W. Pfannkuch das freisinnige Märchen, daß diese Partei es gewesen, die alle bis heute errungenen Einrichtungen für die Bürger Berlins geschaffen hat. In scharfen Worten kritisierte Redner ein beträchtiges Gebaren, indem er an der Hand zahlreicher Beweise nachwies, daß die bisherigen Fortschritte auf dem Gebiete der Schule, des Krankenhauses und des Wohnungswesens nur durch das Drängen der sozialdemokratischen Fraktion im Stadtparlament erreicht worden sind. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. — Der Kandidat des Bezirks, Genosse Walded Manasse, ergänzte in trefflichen Worten die Ausführungen des Referenten. — Der Vorsitzende Weise forderte die anwesenden Parteigenossen auf, am Wahltag ihre Schuldigkeit zu tun, damit der Sieg der Sozialdemokratie gehöre.

In der Wählerversammlung des 21. Kommunalwahlbezirks, welche in den Andreas-Festhallen tagte, sprach Stadtverordneter Genosse Dr. Beyl. Der Referent wies scharf die Vorwürfe der Gegner zurück, daß die sozialdemokratischen Vertreter ersonnenen Forderungen stellen. Er geißelte das Verhalten des Freisinn und legte in seinen weiteren Ausführungen speziell die Berliner Krankenhausbekämpfung dar. Er bemängelte die Schulverhältnisse im Osten Berlins, besonders die fliegenden Klassen usw. Im weiteren legte er unter dem Beifall der Versammlung die traurige Durchführung des Schulärztensystems dar, da in 24 Schulen nur 33 Schulärzte angestellt sind. Am Schluß seiner Ausführungen forderte der Referent zur regen Wahlbeteiligung auf. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. In der Diskussion kritisierte Stadtverordneter Genosse Frey Wille das Wahlflugblatt, welches die Freisinnigen herausgegeben haben. Der Vorsitzende, Genosse Wächter, forderte die Anwesenden auf, am Wahltag ihre Pflicht auszuüben, in den Wahlvereinen einzutreten, sowie auf die Arbeiterpresse zu abonnieren.

Eine gutbesuchte Versammlung für den 26. Kommunalwahlbezirk tagte im „Elythum“, Landberger Allee. Referent war der Kandidat des Bezirks, Stadtverordneter Genosse Hugo Heiman. Scharf geißelte er das Gebaren der Liberalen, welche die Stadterwaltung als eine Institution zur Vertretung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen ansehen. Die Volksschule, das Armenwesen, Krankenhäuser, städtische Betriebe, Verkehswesen, das Dreiklassenwahlrecht usw. fanden eine entsprechende Kritik. Mit einem warmen Appell, am Tage der Wahl Mann für Mann an die Wahlurne zu treten und so den übrigen einen neuen Siegstag für die Sozialdemokratie anzureichen, schloß der Referent unter fröhlichem Beifall seine trefflichen Ausführungen.

In der Brauerei „Friedrichshain“ referierte der Kandidat des 27. Kommunalwahlbezirks, Genosse Adolf Hoffmann, vor einer gut besuchten Versammlung. Nachdem der Redner unter großem Beifall der Anwesenden die Forderungen der Freisinnigen in Wort und Tat trefflich beleuchtet hatte, gerpflüchte er in eingehender Weise die Vorwürfe, die die Freisinnigen und die Mittelstandsblätter in ihren Flugblättern gegen die Sozialdemokratie erheben. Zum Schluß seiner Rede führte Hoffmann eine Episode an, die sich jüngst abgespielt habe. Gelegentlich der Staatsverhandlungen seien in der Kommission die Gehälter der Hausdiener im Obdach (Anfangsgehalt 35 M. und Höchstgehalt 50 M.) besprochen worden. Hierbei habe sich herausgestellt, daß ein Hausdiener, der seit nahezu 10 Jahren im Dienste der Stadt stehe, demnach gestellt sei, daß er, um seine Frau und 5 Kinder zu ernähren, unter Durchbrechung des Stats heimlich Nahrung aus der Obdachlofen-Küche erhalten. Angesichts solcher standalösen Vorgänge sei es Pflicht eines jeden Einzeligen, am Wahltag für den Kandidaten der Sozialdemokratie zu stimmen. — Nach einigen kurzen Worten schloß der Vorsitzende, Genosse Buchi, die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

30. Kommunalwahlbezirk. Die in Ledders Salon in der Sophienstraße tagende Versammlung war sehr zahlreich besucht. Genosse Singer wies in zündender Rede darauf hin, daß alle Fortschritte in der Kommune Berlin fast ausnahmslos auf das Drängen und die Initiative der Sozialdemokratie zurückzuführen seien. Alle Mittel ergreifen die vereinigten Gegner im gegenwärtigen Kampfe. Sogar der Streit der „Vorwärts“-Redaktion müsse herhalten; die Herren sollten sich nicht unseren Kopf zerbrechen. Wir werden unseren internen Streit allein ausfechten, allein entscheiden. Sogar die jüdisch-orthodoxe Gemeinde mache für Rettung mobil. Es mache sich eigentümlich, wenn ein jüdisches Komitee gegen den Sozialdemokraten aufstehe. Wer kämpft in Russland für die Rechte der Israeliten? In erster Linie die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Ohne die Arbeiterschaft hätten wir in Berlin Zustände a la Tizga Szlar. (Donnerstags Beifall.) An Dugantinsbus, Liebedienerei und Friederei leierte der Liberalismus geradezu Erbärmliches. Für jeden Fuchstritt quittiere er mit einer neuen Verbeugung. Wir stehen aufrecht für die Interessen des Volkes und der Arbeiterklasse, sorgen Sie dafür, daß Sassenbach, daß ein Sozialdemokrat gewählt werde. (Anhaltender Beifall.) Der Kandidat Sassenbach besprach dann das letzte freisinnige Flugblatt. Nicht nur um die Stimmen der Antisemiten bettelt der Freisinn, auch das Zentrum werde mobil gemacht. Eintracht wolle der Freisinn zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fördern, und zwar dergestalt, daß die Arbeitgeber stets der duldbende und leidtragende Teil seien. Der Stadtverordnete Goldschmidt habe als Führer der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften bei dem Elektrizitätsstreik sich gedrückt und sei nicht für die Arbeiter eingetreten. — Eine Resolution, das allgemeine gleiche Wahlrecht auch für die Stadtverordneten-Wahl zu fordern, wird einstimmig angenommen. — Nachdem noch einige Genossen in eindringlicher Weise gesprochen und der Vorsitzende Weiss zu reger Mitarbeit am Wahltag aufgefordert, wurde die Versammlung mit Hochrufen auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie geschlossen.

Im 38. Bezirk, in den Humboldt-Sälen, referierte der Genosse Augusti in vor einer stark besuchten Versammlung über die freisinnigen Sünden im Kotten Hause. Der Referent entlegte sich seiner Aufgabe unter starkem Beifall. In der Diskussion sprach der Kandidat Genosse E. Wars. Gegner meldeten sich trotz mehrfacher Aufforderung nicht zum Wort. Die Versammlung nahm einen begeisterten Verlauf.

Die Versammlung für den 46. Bezirk in Funks Gesellschaftshaus war von etwa 500 Personen besucht. Genosse Fritz Kubel geißelte in seinem zweifundigen, oft von starkem Beifall unterbrochenen Referat die Sünden der freisinnigen Stadterwaltung und forderte die Anwesenden auf, am Wahltag dem Freisinn die gebührende Antwort zu geben. Nachdem der Kandidat des Bezirks, Genosse Hingge, das Wort ergänzte die Ausführungen des Referenten und gab in der Folge einen kurzen Bericht über seine Tätigkeit als Stadtverordneter. Der Leiter der Versammlung schloß dieselbe mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Versammlungen.

Eine öffentliche Wählerversammlung, die sehr gut besucht war, tagte am Dienstag in Kellers Saal. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Schneid mit ehrenden Worten der Wädereggellen, die aus Anlaß des Streiks in Kottbus durch die Augen der Jarenshergeren geblendet worden sind. — Darauf hielt der Verbandsvorsitzende Alimann-Hamburg einen Vortrag. Er erinnerte daran, daß die vorjährige Lohnbewegung den Abschluß eines Tarifvertrages mit einem Teil der Berliner Wädereggemeister brachte. Im kommenden Jahre, wo dieser Vertrag abläuft, werde es Aufgabe der Wädereggellen sein, für Verbesserung des Tarifs zu sorgen, die Löhne zu erhöhen, die Arbeitszeit zu kürzen und den so verbesserten Vertrag auf weitere Kreise der Wädereggemeister auszuweiten. Das werde wahrscheinlich nicht ohne ernste Kämpfe durchgeführt werden können, darum gelte es für die Wädereggellen, die Organisation zu stärken und sich für den Kampf zu rüsten. — In demselben Sinne sprachen die Gauleiter Gahner-München, Kahle-Reipzig und Lanke-Mannheim. — In der hierauf folgenden Diskussion machte Heichold aufmerksam auf einen Plan der „Germania“-Jungung. Derselbe beabsichtigt, eine Innungs-Krankenkasse zu errichten, und zwar hat sie es mit der Verwirklichung dieser Absicht so eilig, daß die Krankenkasse schon nach acht Tagen ins Leben treten soll. Diese Eilfertigkeit wird darauf zurückgeführt, daß auch die „Concordia“-Jungung mit dem Gedanken, eine Krankenkasse zu gründen, umgeht, und da voraussichtlich nur eine Innungs-Krankenkasse die Genehmigung der Aufsichtsbehörde bekommt, so will die „Germania“ der „Concordia“ zuvorkommen. Aus dem schon veröffentlichten Statut der „Germania“-Jungungs-Krankenkasse geht hervor, daß die Beiträge niedriger angelegt sind als in den bestehenden Wäderegg-Krankenkassen. Das sei aber, wie der Redner meinte, nur ein Lockmittel. Habe die Jungung die Krankenkasse erst unter Dach und Fach so sei es leicht, die Beiträge zu erhöhen und die Versicherten weiter zu benachteiligen. Der Redner beantragte hierzu eine Resolution, deren wesentlichster Inhalt besagt:

Die Versammlung protestiert gegen die Absicht der beiden Jungungen, eine Innungs-Krankenkasse zu errichten. Die Versammlung erklärt: Ein Bedürfnis für die Errichtung einer Innungs-Krankenkasse besteht nicht, denn die beiden jetzt bestehenden Krankenkassen für das Wädereggewerbe Berlins haben den Versicherten gegenüber in vollem Maße ihre Pflicht getan. Der Gedanke der Errichtung einer Innungs-Krankenkasse ist auf die schlechtesten Motive zurückzuführen. Die Krankengründung erfolgt nicht deshalb, um die Lage der Versicherten zu verbessern, sondern vielmehr deshalb, um die Berliner Wädereggellen zu entrechten und die Leistungen herabzusetzen, wie das veröffentlichte Statut der „Ger-

mania“ beweist. Dadurch, daß die Innungs-Krankenkasse die weiblichen Mitglieder ausschließt, will sie sich auf Kosten anderer Krankenkassen günstiger stellen und diese dadurch schädigen, ja vielleicht dem Ruin zuführen. Die Versammelten erwarten, daß die Gesellen-Ausschüsse die Errichtung von Innungs-Krankenkassen zurückweisen und daß die Behörden der Errichtung nicht zustimmen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Kämpfe und Erfolge des Holzarbeiter-Bandes besprach am Montag der Genosse Raith-München in einer bei Keller abgehaltenen, gut besuchten Holzarbeiter-Versammlung. Redner wies u. a. darauf hin, daß entsprechend dem Fortschritt der wirtschaftlich-kapitalistischen Entwicklung auch die Lohnkämpfe in der Holzindustrie an Zahl und Ausdehnung größer und wichtiger geworden sind. So sind beispielsweise im Jahre 1900 nur 57 Angriffsstreiks unternommen worden, im Jahre 1902 sank diese Ziffer sogar auf 16 herab. Sie stieg dann im Jahre 1903 auf 11 und im Jahre 1904 auf 24. Die meisten dieser Angriffsstreiks waren erfolgreich für die Organisation, aber auch dort, wo die Streiks verloren gingen, blieben sie nicht ohne Einwirkung auf die Arbeitgeber. Außer den Streiks wurden über ganz Deutschland noch an Hunderten von Orten Lohnbewegungen eingeleitet, wobei es mit den Arbeitgebern ohne Arbeitsniederlegung zu einer Verständigung und damit auch zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse kam. Durchschnitlich sind während der letzten beiden Jahre für die an den Lohnbewegungen beteiligten zehntausende von Holzarbeitern 2 1/2 Stunden Arbeitszeitverlängerung und circa 2 M. Lohnerhöhung pro Woche erzielt worden. Diese an sich recht beachtenswerten Erfolge gewinnen noch eine größere Bedeutung dadurch, daß sich die Arbeitgeber resp. die Arbeitgeberverbände in den meisten Fällen zum Abschluß von Tarifverträgen mit dem Holzarbeiter-Band veranlaßt sahen und sich damit zur Anerkennung der verhassten Organisation bequemen mußten. In den Tarifverträgen, so führte der Redner weiter aus, liege aber auch gleichzeitig der Kasporn zu einem noch besseren Ausbau der Organisation. Denn abgeschlossen seien die Verträge nur worden, weil die Arbeitgeber die Arbeiterorganisation als einen nicht mehr zu ignorierenden Nachfaktor kennen gelernt hätten. Deshalb könnten neue verbesserte Verträge auch nur dann zustande kommen, wenn die Organisation noch besser ausgebaut werde. Eine schwache Organisation würde naturgemäß bei dem isolierten Unternehmertum keinerlei Beachtung finden und die weitere Folge sei, daß sich die Unternehmer dann auch auf keine Tarifverträge, geschweige noch auf verbesserte, einzulassen bräuchten. Nun habe der Holzarbeiter-Band gegenwärtig zwar etwa 127 000 Mitglieder in Deutschland; mindestens aber die Hälfte der Holzarbeiter stände der Organisation noch fern. Diese Indifferenten, besonders in den kleineren Provinzorten, heranzuziehen, müsse nunmehr als eine Hauptaufgabe des Verbandes betrachtet werden. Sie sei um so wichtiger, weil heutzutage die Einführung von Maschinen auch bei den Meistern in den Kleinstädten einen Abstand kaum für möglich gehaltenen Umfang annimmt. Elektrische Kraftanlagen zu Beleuchtungszwecken in vielen kleineren Kommunen ermöglichen den Meistern auch die Aufstellung von Maschinen, weil sie gleich den denkbar praktischen Kraftanschluß haben. Früher verhinderten sowohl haupolizeiliche Anordnungen wie auch Raumangel in den kleinen Orten meistens die Arbeitgeber, Dampfessel anzulegen und mit Maschinen zu arbeiten, selbst wenn sie die Geldschwierigkeiten überwunden haben würden. Nach Einführung der Motore aber und besonders bei Uebertragung elektrischer Kraft fallen jene Schwierigkeiten größtenteils fort. Die Sägen, Hobel-, Präse- und sonstigen Maschinen können dadurch jetzt auch ganz bequem in jenen Orten Verwendung finden, wo bis in die letzte Zeit hinein nur ausschließlich nach alter Väter Weise Handarbeit geleistet wurde. Ja, die Meister der Kleinstädte sind infolgedessen schon in der Lage, recht erfolgreich in die allgemeine Produktionskonkurrenz mit den Großstädten treten zu können. Und das umsomehr, weil sie die nötigen Arbeitskräfte in jenen Gegenden zu billigeren Löhnen und längerer Arbeitszeit bekommen, als wie diese in großstädtischen Verhältnissen üblich sind. Aus diesen Gründen sei es unbedingt notwendig, von jetzt ab auch in den entlegensten Provinzorten eine intensive Agitation für den Verband zu entfalten, damit die dortigen Lohn- und Arbeitsbedingungen denen der Großstädte entsprechend angepaßt werden. Damit sei jedoch keineswegs gesagt, daß die Arbeiter der großen Industrieorte nunmehr für sich selbst etwa keine Forderungen mehr stellen sollten, im Gegenteil. Es werde auch die deutsche Sozialpolitik schon dafür sorgen, daß die Arbeiter überall mit ihren Löhnen nicht ausländen. Deshalb Agitation überall! — Von einer Diskussion über den beifällig ausgenommenen Vortrag wurde Abstand genommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sozialdemokratischer Wahlsieg.

Forst i. Lauf, 7. Nov. (Priv.-Dep. des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Wahl zum Stadtverordneten-Kollegium ist es uns gelungen, allen fünf aufgestellten Genossen zum Siege zu verhelfen.

Der Eisenbahnerstreik in Oesterreich.

Brag, 7. November. (B. G.) Die Vertrauensmänner der Eisenbahner der Staatsbahnen beschloßen, die ihnen vom Eisenbahnministerium gemachten Angebote abzulehnen und den passiven Widerstand solange fortzusetzen, bis alle erhobenen Forderungen der Eisenbahnbediensteten vollinhaltlich bewilligt werden. — Gleichlautende Nachrichten laufen aus Salzburg, Linz und anderen Orten ein.

Wien, 7. November. (B. G.) Die hiesigen Angestellten der West- und der Franz-Joseph-Bahn beabsichtigen am Freitag ebenfalls mit der Obstruktion zu beginnen.

Die Polizeibestie.

Leipzig, 7. November. (B. G.) Hier treffen fortwährend eine große Anzahl Flüchtlinge aus Rußland ein. Dieselben erzählen, daß fast immer die Polizeibehörden die Arbeiter der Judenmassakres sind. Den wohlhabenden Juden wurde nahegelegt, sich freizukaufen. In dieser Richtung werde sowohl von höheren als auch von untergeordneten Polizeibeamten ein schamloser Handel betrieben. Der auf derartige Anerbieten nicht eingezuge, sei reaktionlos verurteilt.

Das Koalitionsrecht in der Deputiertenkammer.

Paris, 7. November. (B. T. V.) In der Deputiertenkammer protestieren mehrere Sozialisten wider das gegen die Lehrer eingeleitete Verfahren; sie behaupten das Recht der Staatsbeamten, sich zu organisieren. Unterrichtsminister Mienemus-Martin erklärt, er müsse seinen Runderlaß, der den Lehrern verbietet, sich zu organisieren, aufrecht erhalten. Jaurès erklärt unter dem Beifall der Linken, die Verfolgung der Lehrer sei eine reaktionäre Handlungsweise. Kauter übernimmt die ganze Verantwortung für die Maßregel.

Rotterdam, 7. November. Der Ausstand der Hafenarbeiter, welcher hier ausgebrochen ist, nimmt noch immer an Umfang zu und ist allgemein. Die fremden Speditoren üben einen Druck auf die hiesigen Unternehmer aus, damit diese durch Nachgiebigkeit dem Ausstande bald ein Ende machen. Es ist daher anzunehmen, daß die Arbeiterforderungen bewilligt werden.

Eine Literatenrevolte.

Unter vorstehender Ueberschrift nimmt in der „Neuen Zeit“ Genosse Lebedour zu dem aus Anlaß des Ausscheidens der sechs Genossen aus der Redaktion des „Vorwärts“ inszenierten Skandal das Wort. In dem Artikel wird der Kern der Sache, den in einem Buß von Nebenächlichkeiten eingehüllten die Ausgeschiedenen sich redlich bemühen, herausgeschält. Wir lassen hier die hauptsächlichsten Tatsachen und Ausführungen folgen. Man wird daraus erkennen, daß die in den letzten Tagen zu ungeheueren Dimensionen angewachsenen Entrüstungen, die immer nur eine Formfrage berühren, den Zweck verfolgen, den Genossen die Tatsachen zu verhüllen, daß die Revisionisten unter falscher Flagge marschieren, dadurch Oberwasser und die Herrschaft in der Partei zu gewinnen erstreben. Die Genossen werden bei objektiver Beurteilung die revisionistischen Fechterstücke erkennen und deutlich abwinkeln. Der Spul wird bald zu Ende sein. Genosse Lebedour schreibt:

„Gelegentlich des Parteitag in Hannover kam es in einer der ersten Sitzungen des neugegründeten Vereins „Arbeiterpresse“ zu einer Aussprache über das Verhältnis der Parteiredaktionen zu den Pressekommismissionen. Der Genosse Eisner regte an, etwaige Uebergriffe dieser Aufsichtsinstanzen einmal durch einen Literatenstreik abzuwehren. Dieser Vorschlag fand die Billigung des Genossen Vater und wurde von mir belächelt mit dem Hinweis darauf, daß wir in erster Reihe Parteigenossen und erst in zweiter Reihe Journalisten sind, und daß deshalb, worüber wir uns auch zu beschweren haben mögen, wir unter keinen Umständen in unserem Privatinteresse zu einem Mittel greifen dürften, das durch Lahmung der Parteipresse unserer Sache schweren Schaden zufügen müßte. Der Eisnerische Vorschlag fand denn auch weiter keinen Widerhall. Ich war nicht ganz sicher, ob man ihn für mehr als einen übel angebrachten secundären Scherz ansehen dürfte, der zwar von der parteigenösslichen Unreife seines Urheberers bedauerliches Zeugnis ablegte, sonst aber keine Bedeutung hätte. Das ließ ich mir doch aber damals nicht träumen, daß wirklich einmal ein ernstlicher Versuch mit einem Literatenstreik in der Partei gemacht werden würde, und noch weniger, daß er auch nur vorübergehend außerhalb des engeren Kreises seiner Urheber bei anderen Parteijournalisten Anklang finden könne. . . .

„Hier sollen einige bestimmte Behauptungen der sechs frondierenden Redakteure und ihrer Bundesgenossen in der Presse einer Erörterung unterzogen werden.

Der Kern ihrer Beschwerde gegen Parteivorstand und Pressekommismission ist der folgende: Sie bestreiten den Aufsichtsinstanzen nicht das Recht der Kündigung aus eigener Machtvollkommenheit, wie es durch § 26 des Organisationsstatuts ihnen gegeben ist, sie meinen aber, parteigenösslicher Brauch bedinge, daß die Aufsichtsinstanzen erst nach eingehenden Verhandlungen mit den Redakteuren zu einer Kündigung schreiten dürften. Dies Verlangen ist an sich vollkommen berechtigt. Die sechs Frondeurs vergessen nur leider völlig, in ihren weitläufigen Klagegeschichten mitzutheilen, daß solche Verhandlungen, auf die sie Anspruch hatten, in ausgiebigem Maße vor dem Parteitag in Jena stattgefunden haben. . . .

„Die Redaktionsführung, wie sie durch die Mehrheit der Redaktion bestimmt wurde, besand sich seit langer Zeit im Widerspruch zu der Auffassung der überwiegenden Mehrheit der Gesamtpartei nicht nur, sondern auch der Parteigenossen Berlins. Wenn den Aufsichtsinstanzen in dieser Sache überhaupt ein Wort zu machen ist, so ist es der, daß sie erst sehr spät und auch dann nur zögernd und zögernd sich zu einer Aenderung dieses beschämenden Zustandes entschlossen haben. Und sie haben jahrelang gezögert, weil sie aus persönlicher Rücksichtnahme auf die betreffenden Genossen von einer Kündigung zunächst überhaupt Abstand nehmen und dann sie in schonendster Weise auf das notwendigste Maß beschränken wollten. Diese Rücksichtnahme ist ihnen jetzt übel genug von der Sechserfronde gelohnt worden.

Zum Beweis dafür, wie sehr die Mehrheit der Redakteure des Zentralorgans gegen die Auffassung der Gesamtpartei frondierte, sei hier nur auf die Tatsache hingewiesen, daß sie von Anfang an den Dresdener Parteitag und seine Ergebnisse zu diskreditieren versucht hat. Das ging so weit, daß einer der Minderheitsredakteure, der Genosse Cunaw, die Zulassung eines von ihm zur Würdigung der großen Ergebnisse des Dresdener Parteitages geschriebenen Artikels nur als private Meinungsäußerung durchsehen konnte. Die Mehrheit dagegen legte sich in einem Beiratsartikel vom 22. September 1904 auf die Auffassung fest, daß die unerquicklichen Begleiterscheinungen des Parteitages, die bekanntlich durch rein persönliche Angriffe von revisionistischer Seite herbeigeführt wurden, das notwendige Ergebnis der gesamten auf die Bekämpfung des Revisionismus abzielenden Aktion der Parteileitung sei. Der Gedanke, daß die Bekämpfung des Revisionismus eigentlich auf einen ganz sinnlosen und deshalb schädlichen Kampf gegen Windmühlen hinauskomme, kehrt dann im Laufe der Zeit im „Vorwärts“ immer wieder. Sogar in der Berliner Konferenz vom 17. Juni dieses Jahres, die Bebel in Jena erwähnte, vertritt sich der Genosse Gradnauer zu der Behauptung, daß die neuere Parteigeschichte den völligen Widerspruch jener Bekämpfung eines angeblichen Revisionismus erwiesen habe.

„Nun bestreite ich natürlich keinem Parteigenossen das Recht, solche Anschauungen auszusprechen. Er kann sämtliche den Revisionismus fördernde Einzelmeinungen öffentlich in Wort und Schrift vertreten oder zur Abwechslung den Revisionismus für ein Hirngespinnst der Schwarzseher erklären. Aber nach den Dresdener Beschlüssen, nach den antirevisionistischen Beschlüssen des internationalen Kongresses zu Amsterdam, die gleichfalls vom „Vorwärts“ bekämpft wurden und dann eine so glänzende Rechtfertigung durch die Einigung in Frankreich erhalten haben, darf niemand „im Namen der Partei“ sich so äußern, am allerwenigsten, wenn er beauftragt ist, die Redaktionsmeinung des Zentralorgans zum Ausdruck zu bringen. Eine derartige Haltung, die gegen den ausgeprochenen Parteimillen geht, verträgt sich nun einmal nicht mit den Aufgaben des Zentralorgans eben dieser nämlichen Partei. . . .

„Wenn nicht früher, mußte den Redakteuren der Mehrheit am 17. Juni zum Bewußtsein kommen, daß sie sich in tiefgehender Meinungsverschiedenheit mit ihren Aufsichtsinstanzen befanden. Das von Bebel auf dem Parteitag skizzierte Mißtrauensvotum wurde, nachdem einige revisionistisch gerichtete Genossen sich durch Fortgehen der Abstimmung entzogen hatten, einstimmig angenommen. Die Empfindung dafür, was das eigentlich zu bedeuten hatte, ist ja auch den Redakteuren zum Bewußtsein gekommen, denn der Genosse Gradnauer rief emphatisch aus: „Sie brauchen es nur zu sagen, wenn Sie und durch andere Redakteure erschein wollen. Wir stehen nicht an unseren Posten.“ Daß das weiter nichts war als eine theatralische Gebärde, hinter der kein ernstlicher Entschluß bereit war, haben die Sechser allerdings nachher möglich erwiesen, denn als ihnen später zu Ohren kam, daß sie wirklich ersetzt werden sollten, da haben sie sich bemüht, die zu ihren Nachfolgern aus-

erworenen Genossen nach Möglichkeit öffentlich zu diskreditieren und zu verleumden. Ganz in Dresdener Manier! . . .

„Die sehr gerade die frondierenden „Vorwärts“-Redakteure geneigt sind, die Verheimlichung der ihnen schädlichen Vorgänge sich zu nütze zu machen, dafür lieferte ein Vorkommen auf der Berliner Konferenz vom 17. Juni ein charakteristisches Beispiel.

Nach einstimmiger Annahme des Mißtrauensvotums erhob sich der Genosse Hehmer, der als zeitweiliger Redakteurvertreter das Recht zur Teilnahme an der Sitzung hatte, und bot, man möge doch über diesen Beschluß strenges Stillschweigen beobachten, da seine Veröffentlichung die Redaktion diskreditieren und der „Leipziger Volkszeitung“ zu einer Polemik gegen den „Vorwärts“ eine neue Handhabe geben würde. Das „Schweigegebot“ wurde also im Interesse der Redakteure Eisner, Gradnauer und Wehler beschloffen und ist auch von den Teilnehmern unverbrüchlich gehalten worden. Zu unferer unangenehmen Ueberaschung mußten wir dann aber sehen, wie jene „Hüter der Parteirecht“ sich das zunutze machten. Ihre Kündigung reichten sie nicht ein; ihre Haltung änderten sie nicht; ja sie besahen die Ungeniertheit, in den ferneren Polemiken mit anderen Parteiblättern sich den Anschein zu geben, als ob sie die Gesamtheit der Parteigenossen Berlins hinter sich hätten. So war denn schließlich Bebel gezwungen, auf dem Parteitag in Jena in der Lage der Notwendigkeit, „dem unhaltbaren Zustand in der Redaktion des „Vorwärts“ abzuhelfen, auch den Schleier von den Vorkommen in der Konferenz vom 17. Juni zu lüften.

Dafür, daß das Eingreifen der Aufsichtsinstanzen im Oktober den Redakteuren keineswegs, wie sie jetzt immer behaupten, unerwartet kommen konnte, will ich in Ergänzung der Vorstandserklärung nur noch auf eine Tatsache hinweisen. In einer Sitzung der Berliner Delegierten wegen der Stellungnahme zum Organisationsstatut der Partei wurde beschloffen, trotz der Ablehnung des Vorschlages, den „Vorwärts“ zum Organ der Berliner zu machen, für das Statut zu stimmen, aber unter der Voraussetzung, daß der Vorstand sich verpflichte, noch vor dem 3. Oktober, dem Tage der Rechenschaftsberichte in Berlin, mit den Berlinern in Verhandlungen über die Reorganisation der „Vorwärts“-Redaktion zu treten. Der Genosse Wehler, der zur Verhandlung mit dem Vorstand beauftragt war, überbrachte dann auch dessen Zustimmung zu diesem Vorschlage. Daraufhin wurde von jeder weiteren Erörterung der „Vorwärts“-Angelegenheit auch im Plenum in Jena Abstand genommen. An jener Delegiertensitzung nun nahm außer einigen mit der Redaktionsmehrheit in händiger Fühlung befindlichen Genossen auch der Redakteur Büttner als Delegierter des dritten Wahlkreises teil. Wie können angesichts dieser Tatsache die sechs Frondeurs auch jetzt noch so tun, als hätten sie nicht ahnen können, daß eine Reorganisation des „Vorwärts“ noch nach Jena geplant gewesen sei? . . .

Aus der Partei.

Gründung eines Kreiswahlvereins. Der am 3. Dezember cr. stattfindenden Kreiswahlkonferenz des Rheinisch-Westfälischen Volksvereins wird der Entwurf eines den ganzen Kreis umfassenden sozialdemokratischen Vereins zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt.

Die christlichen Seemanns! Was hinter dem heuchlerischen Geheul der bürgerlichen Presse über Verletzung demokratischer Grundsätze durch den Parteivorstand steckt, das offenbart unbewußt das „V. Z.“, das seine Entrüstungspostillen noch mit dem diesem Organ eigenem Moral-sentiments garniert. Dieser Witzkreier und Rillolier, wie es gerade paßt, bemerkt in einer Notiz zu der bevorstehenden Wahl im Kreise Eisenach-Dornbach-Kaltenordheim, die Sozialdemokratie werde wohl infolge der letzten Vorgänge viele Stimmen aus — Gewerkschaftskreisen verlieren. Der Wunsch als Vater des Gedanken wird hier sicher auf steinigten Boden fallen, denn es gibt keinen ernsthaften Gewerkschaftler, der nicht bestimmt weiß, daß nur die Sozialdemokratie konsequent gewerkschaftliche Interessen und Forderungen vertritt. Zudem ist unser Kandidat in dem in Frage stehenden Kreise, Genosse Leber-Jena, ein Gewerkschaftsführer. An der politischen Börse sind die Hoffseute keine glücklichen Spekulant.

Die Parteigenossen in Breslau beschloffen am Montag, an dem Parteivorstand das Ersuchen zu richten, in Anbetracht der Vorgänge in Russland und Oesterreich in Gemeinschaft mit den Berliner Vertrauensleuten zu erwägen, ob nicht beim Zusammentritt des preussischen Landtages auch bei uns die Wahlrechtsfrage aufzurollen sei. Im bejahenden Falle sollen die Parteigenossen im ganzen Staate am Wahltag für das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht zum Landtage demonstrieren.

Eine Kreisversammlung für den 1. braunschweigischen Wahlkreis beschloß die Gründung eines Kreiswahlvereins. Der Monatsbeitrag wurde auf 20 Pf. festgesetzt, für lokale Bedürfnisse ist ein Extrazuschlag zu erheben.

Ein Veteran der Arbeiterbewegung, Genosse Gabriel Löwenstein in Nürnberg, dessen Tätigkeit mit der fäucher Parteigeschichte eng verknüpft ist, feierte am 7. November seinen 80. Geburtstag. Im „Englischen Hof“ in Nürnberg war aus diesem Anlaß für Dienstag abend eine gefellige Zusammenkunft arrangiert. Genosse Löwenstein trat in früherer Jugend in die Arbeiterbewegung ein, betätigte sich vornehmlich auch auf kommunalem Gebiete und kandidierte wiederholt zum Reichstage. Wir wünschen dem greisen Kämpfer noch viele Jahre ungetrübter Gesundheit.

Erklärung.

Die von der Sache ablenkenden Verdächtigungen, die Bebel jetzt gegen mich persönlich richtet, werde ich erst dann in der notwendig schmeichelhaften Weise beantworten, wenn die am 3. November abends an die Redaktion abgeandte Rechtfertigungsschrift der sechs Kollegen im „Vorwärts“ erschienen ist. Ich würde ohne diese Juridikalisierung den Bestrebungen dienen, durch allerlei Zwischenspiele den klaren Sachverhalt des Konflikts zu trüben.

7. November 1905.

Kurt Eisner.

Verichtigung.

In Nr. 249 des „Vorwärts“ hatte ich unter der Ueberschrift „Juridikalisierung“ einen Artikel veröffentlicht, in dem ich einen Bericht über den Jenaer Parteitag in der „Ruhjisa Wedomosti“ debavouierte, demzufolge ich mich in Jena der russischen Revolution abgeneigt geäußert haben sollte.

Der Berliner Berichterstatter der „R. W.“ erhob gegen die Wiedergabe seines Berichtes Einspruch — denn er war der Verfasser — derselbe stehe mit dem wirklichen Inhalt in Widerspruch.

Ich hatte auf Grund der mir gemachten Mitteilungen wörtlich angeführt:

„Nachdem der betreffende Herr eine bezügliche Stelle aus meiner Eröffnungssrede auf dem Jenaer Parteitag zitierte — auf die ich weiter unten zu sprechen komme — sage er:

„Ich halte Bebel für keine Autorität in russischen Angelegenheiten, aber muß bemerken, daß er sich in diesen Ausdrücken seiner Rede vorteilhaft von Kautsky und anderen unterscheidet, die eine Revolution in Permanenz“ empfahlen. Als kluger Mensch und Politiker,

denn es klar ist, welche konkrete Formen im Leben der Völker die Anarchie annimmt, sieht Bebel den Erfolg vor allen Dingen in Kulturaufgaben, und aus seinen Worten ist deutlich zu entnehmen, daß er nicht demokratisierende Linien als Scheidewände zwischen der russischen Intelligenz und dem russischen Proletariat zieht — wenigstens bis zu der Verwirklichung der elementarsten Rechte der Menschen.“

Und weiter soll es heißen:

„Ich spreche nicht davon, daß er politische Bedingungen zieht, bei welchen vorteilhaft ist, zeitweilig die Endziele in die Tasche zu stecken und an näherliegende Aufgaben zu denken, die der Sozialismus und Liberalismus gemeinsam haben.“

Auf den Wunsch russischer Genossen, in dieser Sache selbst das Wort zu nehmen, antwortete ich:

„Offenbar arbeitet ein erheblicher Teil der russischen Liberalen nach demselben Rezept, nach dem die deutschen Liberalen einst gearbeitet haben. Der Liberalismus ist sich eben überall gleich. Die Liberalen möchten die Unterstützung der radikalsten Parteien für ihre halbseitigen Pläne haben und da sie diese auf direktem Wege nicht erreichen können, suchen sie die ihnen unbequeme Gegnerschaft dadurch zu sprengen, daß sie die Worte von Personen, auf deren Weisungen man in radikalen Kreisen Rußlands einigen Wert legt, entstellen. Legt man nicht aus, so legt man unter.“ . . .

Der Einspruch des Verfassers veranlaßte mich, mir die Originalberichte in der „R. W.“ anzusehen. Dem Genossen Buchholz bat ich, mir dieselben zu übersetzen und hierbei stellte sich heraus, daß der Einspruch in folgendem begründet war. Der Satz beginnend mit den Worten: „Ich spreche nicht davon usw.“ steht nicht in der Mitte oder gegen Ende des Artikels in der Nr. 247 der „Ruhjisa Wedomosti“, sondern am Anfang desselben. Auch sieht dieser Satz zu meiner Person in keiner Beziehung, sondern lautet:

„Ich will nicht befechten: unter den deutschen Liberalen gibt es nicht viel solcher Männer wie Abbe, aber vielleicht wird das Leben dieses Mannes manchem in Erinnerung bringen, daß man auch außerhalb des Parteirahmens dem Volke Nutzen leisten kann. Ich spreche schon nicht davon, daß es politische Bedingungen geben kann, bei denen es nützlich ist, zeitweise die Endziele in die Tasche zu stecken und die nächsten Aufgaben vor Augen zu haben, die dem Sozialismus und dem Liberalismus gemeinsam sind.“

Es liegt auf der Hand, daß dieser Satz einen ganz anderen Sinn hat, wie der mir berichtete. Ich muß diesen Irrtum, an dem ich nicht schuld bin, da ich kein Russisch verstehe, bedauern.

Der andere Satz, beginnend mit den Worten: „Ich halte Bebel für keine Autorität usw.“ enthält, wie aus demselben hervorgeht, ein Urteil über meine Rede. Der Verfasser glaubte auf Grund meiner Jenaer Eröffnungssrede mich zu Kautsky in einen Gegenfay bringen zu können, obgleich ich über meine Stellung zur Revolution in Permanenz kein Wort geäußert hatte. Meine Rede war eine Eröffnungssrede und keine Programmrede, in der ich also nur kurzfristig (fortlaufend) auf die wichtigsten Ereignisse dieses Jahres zu sprechen kam.

Glaubt der Korrespondent eine solche Stellungnahme meiner Person zur russischen Revolution aus meinen Ausführungen herauslesen zu können, so kann ich ihm, der ein russischer Liberaler ist, das nicht als Verbrechen anrechnen, aber eine Veranlassung dazu lag in meinen Ausführungen nicht. Es hatten also meine russischen Parteigenossen recht, wenn sie gegen diese Auffassung meiner Worte durch den Korrespondenten der „R. W.“ protestierten, und zwar um so mehr recht, da seine Auffassung in den weiter rechts stehenden Organen der russischen Presse noch mehr gegen sie ausgenutzt wurde.

Ich habe nach den brieflichen und mündlichen Auseinandersetzungen, die ich mit dem erwähnten Herrn hatte, keinen Grund an seinem guten Glauben zu zweifeln und so liegt für mich keine Veranlassung vor den Satz: „Legt man nicht aus, so legt man unter“ aufrecht zu erhalten.

Dagegen halte ich alle Ausführungen aufrecht, die ich in meinem Artikel über das Wesen eines erheblichen Teils der russischen Liberalen fällt, will aber hinzufügen, daß der Korrespondent der „Ruhjisa Wedomosti“ erklärte: er gehöre nicht zu dem von mir charakterisierten Teil der russischen Liberalen.

A. Bebel.

Soziales.

Die Arbeiterkündigungsvorschriften des Bundesrats für Konfektionswerkstätten vom 31. Mai 1897 sind durch Verordnung vom 17. Februar 1904 seit dem 1. Juli 1904 auch ausgedehnt worden auf: 1. die Werkstätten, in denen Frauen- und Kinderbeschäftigung (Mantel, Kleider, Umhänge und dergleichen) auf Bestellung nach Maß für den persönlichen Bedarf der Besteller angefertigt oder bearbeitet wird; 2. die Werkstätten, in denen Frauen- und Kinderbeschäftigung (garniert) werden; 3. Werkstätten, in denen bei der Anfertigung und Bearbeitung der in der Verordnung vom 31. Mai 1897 aufgeführten Waren vom Arbeitgeber nur gelegentlich nicht zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt werden; 4. Werkstätten, in denen die Anfertigung und Bearbeitung der in der Verordnung vom 31. Mai 1897 aufgeführten Waren nur gelegentlich erfolgt. Gegen die ausdehnende Verordnung vom 17. Februar 1904 sollte sich Herr Lindenbaum dadurch vergangen haben, daß er in seiner Werkstatt mit dem Garnieren von Frauen- und Kinderhüten innerhalb des halben Jahres vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1904 Arbeiterinnen an mehr als 30 Tagen über die für gewöhnlich zulässige Arbeitszeit hinaus beschäftigt habe. Die Anlage ging davon aus, daß die Ueberarbeit in diesem mit dem Inkrafttreten der neuen Verordnung (1. Juli 1904) beginnenden halben Jahre nur an 30 Tagen gestattet gewesen wäre, da im ganzen Jahre nur an 60 Tagen die Ueberarbeit zulässig sei.

Das Landgericht sprach jedoch den Angeklagten frei und das Kammergericht verwarf am 2. November die hiergegen eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft mit der Begründung, es sei aus dem Gesetze nicht ersichtlich, daß die 60 Ausnahmetage in Monaten von je 30 auf die beiden Hälften des Kalenderjahres verteilt werden müßten. — Man sieht: wo immer es möglich ist, eine noch so kürzliche Schlußvorschrift einengend zu interpretieren, ist das Kammergericht dafür. Handelt es sich aber um vermeintliche Delikte von Arbeitern (vereinsgesellige Verbrennen, Streikpostenfeiern, Koalitionsrechts-Verstößen), da entdeckt der objektive Beurteiler Kammergerichtlicher Sentenzen das Gegenteil des Grundsatzes, daß Strafgesetze einengend zu interpretieren sind.

Ist Bleivergiftung ein Unfall im Sinne des Unfallversicherungs-Gesetzes? Diese bisher strittige Frage hat das Landesversicherungsamt Sachsen, wie uns mitgeteilt wird, bejaht. Infolge von Bleivergiftung, die er sich im Betriebe der sächsischen Staatsbahnenverwaltung zugezogen hatte, war ein Streckenarbeiter am 1. Oktober 1900 an Darmenentzündung erkrankt, hatte dann am 2. Januar 1901 die Arbeit wieder angetreten, war aber im Jahre 1902 wieder an den Folgen jener Vergiftung arbeitsunfähig geworden. Er erhob Anspruch auf Unfallrente, diese aber wurde ihm weder von der Bahnenverwaltung, noch vom Schiedsgericht zuerkannt, weil die Erkrankung als eine sogenannte Gewerbekrankheit, nicht als ein Betriebsunfall im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes anzusehen sei. Den Rekurs gegen das Urteil hatte damals auch das Landesversicherungsamt, allerdings aus anderen Gründen, verworfen. Da aber später bei dem Kläger eine neue Erkrankung eintrat, hat er nachmalig Antrag auf Rentenvergewährung gestellt, und im Verlaufe dieses Verfahrens hat nun bereits die Behörde die rechtliche Natur der Bleivergiftung als Betriebsunfall anerkannt, und Schiedsgericht und Landesversicherungsanstalt haben diese Auffassung bestätigt.

Es wäre erfreulich, wenn die in diesem Falle betätigte Ansicht der sächsischen Landesversicherungsanstalt endlich allgemein zum Durchbruch käme. In der Theorie ist insbesondere von Professor Levin die Ansicht vertreten, daß sogenannte Gewerbestraffenfälle Fälle sind. Gewerbestraffenfälle sind Krankheiten, welche als das Endergebnis einer längeren Zeit andauernden, der Gesundheit abträglichen Betriebsweise bei bestimmten Gewerbstätigkeiten aufzutreten pflegen. Zu einer der gefährlichsten und verbreitetsten gehört die Bleivergiftung. Das Reichsversicherungsamt hat — abgesehen von geringen Abweichungen, die in den ersten Jahren nach der Errichtung des Amtes saßen — ständig sich auf den Standpunkt gestellt, daß allmählich eintretende Vergiftungen, wie überhaupt die sogenannten Gewerbestraffenfälle nicht als Unfall zu erachten seien, da der Unfall voraussetze, daß die Gesundheitsschädigung auf ein „plötzliches, zeitlich bestimmtes, in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum eingetretenes Ereignis“ zurückzuführen ist. Bei dieser Rechtsprechung übersteht das Reichsversicherungsamt aber, daß nach den allgemeinen Regeln des kausalen Zusammenhanges die Frage im Einzelfalle doch so gestellt werden müßte: würde die Gesundheitsschädigung (Bleivergiftung mit folgender Minderung der Erwerbsfähigkeit) eingetreten sein, wenn die letzte, „auf einen bestimmten Zeitraum eingeschränkte“ Einatmung von Blei nicht vorgelegen hätte? Stellte man die Frage so, so würde mindestens eine große Anzahl Gewerbestraffenfälle als Gewerbestraffen betrachtet werden können. Eine Aenderung der Praxis des Reichsversicherungsamtes wäre freudig zu begrüßen. Auf das gedruckte Urteil der sächsischen Landesversicherungsanstalt besahen wir uns vor zurückzukommen.

Aus dem Lande der Schulen. Wegen Lehrermangels kann die dritte Lehrerstelle in Groh-Rosen (Schlesien) nicht besetzt werden und müssen zwei Lehrer 260 Kinder unterrichten. Bei der jämmerlichen Stellung, in der sich die preussischen Lehrer nach den Enthaltungen im Trauehner und Stolper Prozeß befinden, muß es wundernehmen, daß sich überhaupt noch Lehrer in Preußen finden. Gedeihlichen Unterricht an 260 Kinder von zwei Lehrern zu erteilen ist unmöglich. Güten ist nicht unterrichten.

Aus Industrie und Handel.

Zur Kapitalerhöhung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Zu der gestern mitgeteilten Absicht der Gesellschaft, ihr Aktienkapital um 14 Millionen Mark auf 100 Millionen Mark zu erhöhen, erfährt das „Verl. Tagebl.“ zweifellos von der Verwaltung selbst noch folgendes: Die geplante Transaktion unterscheidet sich von der letzten Kapitalerhöhung dadurch, daß sie nicht wie diese in direktem Zusammenhange mit erheblichen neuen Operationen steht. Die jetzige Kapitalerhöhung wird vielmehr in erster Linie zu dem Zwecke vorgenommen, die Liquidität des Unternehmens auf einen dem vorliegenden Beschäftigungsgrad entsprechenden Stand zu bringen, wie dies zu Ende des vorausgegangenen Geschäftsjahres der Fall war. Damals bestand bei einer Auftragshöhe von 120 Millionen Mark ein Bankguthaben von 27 Millionen Mark. Dieses Bankguthaben hat sich nun in dem Geschäftsjahre 1904/05 durch die vorgenommene erhebliche Vergrößerung der Fabrikanlagen, durch die Engagements der A. E. G. in Oesterreich und Rußland u. a. m. vermindert, zugleich ist aber der Auftragsbestand um 23 Millionen Mark gegen das Vorjahr angewachsen. Die A. E. G. glaubt nun, ihre bisherige Beweglichkeit im Geschäftsverkehr bei einem so hohen Auftragsbestand nur bewahren zu können, wenn ihr Status dauernd sehr flüssig ist. Der Geschäftsgang der elektrischen Industrie ist unverändert günstig. Inwieweit die Vorbereitungen für die neuen Handelsverträge an dieser Konjunktur teilhaben, lasse sich, wie auch in dem diesjährigen Geschäftsbericht der A. E. G. erörtert werden wird, heute noch nicht übersehen. Es wird dies vielmehr mit einiger Sicherheit erst nachträglich konstatieren lassen, wenn eben Aufträge dieser Art ausbleiben. Es sei indessen anzunehmen, daß die großen Aufträge der Montanindustrie, die fortgesetzt ihre elektrischen Anlagen ausdehnt und verbessert, sowie die in elektrischen Bahnbau in Aussicht stehende rege Beschäftigung den in der elektrischen Industrie investierten Kapitalien auch ohne die augenblicklichen Vorarbeiten für die neuen Zollverhältnisse eine entsprechende und lohnende Tätigkeit sichern werden. — Man sieht, wie nach diesem offiziellen Bericht die kapitalistischen Himmel der Elektrizitätsindustrie voller Geigen hängen. Wenn aber die Arbeiter an dem Fortschreiten der günstigen Konjunktur auch einen Anteil haben wollen, und wenn er noch so klein ist, dann hört man andere Melodien. Der letzte Berliner Streik in dieser Branche hat es erst wieder bewiesen.

Kalifornien. In der am letzten Sonnabend in Berlin abgehaltenen Versammlung des Syndikats wurde der Geschäftsbericht vorgelegt. Er bezeugt die Lage des Kalifornien als im allgemeinen gut. Es hänge nur noch von der Bitterung der beiden letzten Monate ab, daß das diesjährige Ergebnis des Syndikats sich ebenso günstig wie in 1904 gestaltet. Zum Schluß wurde die Aufnahme der Gewerkschaft D e s d e m o n a zu Zimmer-Dehnen ins Syndikat genehmigt und zwar mit der Beteiligung, wie sie Mansfeld besitzt, nämlich für 1905 2981, 1906 2940, 1907 2412, 1908 2478 und 1909 2544 Tausendstel. Sollte D e s d e m o n a noch hartnäckig ausschließen, was bisher nicht der Fall gewesen ist, so wird ihre Beteiligung der Gewerkschaft Großherzog von Sachsen gleichgestellt.

Dresdner Bank und „Hibernia“. In Sachen der Dresdner Bank kontra „Hibernia“ ist nach der „Voss. Zig.“ ein neuer Versuch an den 20. Dezember d. J. anberaumt worden. Da seitens der „Hibernia“ am Schluß der letzten Verhandlungen neue Einwendungen gemacht worden sind, so ist in dem nächsten Termin ein Endurteil kaum zu erwarten.

Vom Feuerversicherungsring. Morgen findet in Nürnberg die diesjährige Generalversammlung der Vereinigung der in Deutschland arbeitenden Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften statt. Nach der Tagesordnung steht neben den allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten die Feststellung von besonderen Versicherungsbedingungen für einzelne gefährliche Risiken, so für Acetylen- und Motoranlagen, zur Beratung. Auf der bevorstehenden Generalversammlung läuft auch das Mandat ab, durch das die Berlinische Feuerversicherungs-Gesellschaft auf drei Jahre zur geschäftsführenden Gesellschaft der Vereinigung bestellt wurde. Es besteht die Absicht, das Mandat der Berlinischen Feuerversicherungs-Gesellschaft auf weitere drei Jahre zu übertragen. Die Generalversammlungen des Feuerversicherungsringes bieten den „Schwarzmadern“ in der Vereinigung fast jedesmal Gelegenheit, für eine stärkere Ausdehnung der Reichstellung des Ringes den Versicherungsnehmern gegenüber einzutreten. Es wird dem „Verl. Tagebl.“ berichtet, daß es wehrmännlich nur dem entschiedenen Eintreten einzelner Gesellschaften zu verdanken war, daß diese Tendenz zum Anzeichen der „Ringshraube“ nicht die Oberhand gewann. Ob dies auch jetzt gelingen wird, bleibt abzuwarten.

Wannwollbau in Korea. Wie aus Tokio vom 2. November gemeldet wird, wird Marquis Ito demnächst an der Spitze einer Spezial-Mission nach Korea abreisen. Es sollen energische Maßnahmen ergriffen werden, eine Wannwollkultur in großem Maßstabe in Korea ins Leben zu rufen, nachdem die bisherigen Versuche die geeignete Beschaffenheit des Bodens nachgewiesen haben. Diese Angelegenheit hat für Japan eine außerordentlich hohe wirtschaftliche Bedeutung, da es bisherige Rohbaumwolle aus Indien und

Amerika im Werte von 8 Millionen Yen jährlich einführen muß und dafür in Gold zu zahlen gezwungen ist.

Amerikanische „Entbehrungslöhne“. Nach den Zusammenstellungen des „Journal of Commerce“ bringt der Monat November den Besitzern amerikanischer Industriepapiere wieder einen reichen Dollarertrag. Die Dividenden aus amerikanischen Industrieanlagen, die im November zur Auszahlung kommen, werden mehr als 15 Millionen Dollar betragen; das ist um etwa eine Million höher als im November letzten Jahres. Für die verflochtenen zehn Monate des laufenden Jahres haben die großen industriellen Anlagen insgesamt 232 400 000 Dollar Reingewinn zur Verteilung an die Aktionäre hervorgebracht; das ist eine Erhöhung um 18 Millionen Dollar über dieselbe Zeitperiode im letzten Jahre.

Aus der Frauenbewegung.

Die Emanzipation der japanischen Frau. Der Krieg erweist sich bei den japanischen Frauen als tiefgreifender Faktor in die bisherigen Verhältnisse, unter denen die Frau kaum mehr als ein notwendiges Hausinventar galt. Ueber die Rolle der Dienerin des Mannes, ja überhaupt des männlichen Geschlechts, kam bisher die Frau im allgemeinen nicht hinaus, darin hat der Krieg eine Wandlung vollzogen, indem er die Frau aus dem Hause trieb, ihr auf dem Schlachtfelde als Pflegerin u. einen neuen Wirkungskreis eröffnete. Dadurch ist die japanische Frau aber erst mit der Welt in nähere Verührung gekommen, ihr Persönlichkeitsbewußtsein wurde geweckt. Die Frage, ob die japanische Frau, nachdem sie durch Zeitungen und persönlichen Verkehr mit Europäern eine neue Auffassung über die Welt und sich selbst gewonnen hat, wieder geduldig in das frühere Verhältniß sich zurückfinden wird, glaubt ein in Japan lebender Schweizer im „Verner Bund“ bestimmt verneinen zu dürfen. Hoffentlich hat er recht.

Groß-Lichterfelde. Am Donnerstag, den 11. d. M., findet im Lokale des Herrn Reifen, Chausseestraße 104, abends 8 1/2 Uhr, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Genossin Ottilie Baader referiert über Zweck und Ziele des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins. Sodann soll hier ein Frauen- und Mädchen-Bildungsverein gegründet werden.

Köpenick! Achtung! Mittwoch, den 8. d. M., findet bei Moll die Mitgliederversammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins statt. Aufnahme neuer Mitglieder. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird dringend gebeten. Gäste haben Zutritt.

Bankow-Schönhausen. Volksversammlung am 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Auerfürsten, Berlinstraße. Vortrag über Fleischnot und Fleischsteuerung. Referent: Reichstagsabgeordneter S. Mollenbuhr. Bericht und Reuwahl der Vertrauensperson der Genossinnen.

Gründung eines Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins. In einer am Sonntag in Wilmsdorf stattgefundenen Volksversammlung wurde die Gründung eines Bildungsvereins für Frauen und Mädchen beschlossen und sofort ein provisorischer Vorstand gewählt. Vorher hielt Genossin Schütte einen interessanten Vortrag über „Die Schule von heute“.

Die chinesischen Frauen schneiden den Pops ab! Der moderne Geist, der die Frau aus jahrhundertlanger Knechtschaft zu befreien sich ansetzt, umweht auch schon die chinesische Frau. Der „Orientalische Lloyd“ schreibt: Man traute kaum seinen Augen, in einer neuerdings in Shanghai abgehaltenen Boykott-Versammlung auch einer Reihe chinesischer Frauen zu begegnen, die ein lebhaftes Interesse für die Verhandlungen an den Tag legten. Die alte Zeit hat darüber gewacht, daß sie nicht mit anderen Männern in Verührung kam. Die chinesischen Frauen sangen an, Englisch und Japanisch zu sprechen, Klavier zu spielen, europäische Theater zu besuchen und selbst an öffentlichen Volksversammlungen teilzunehmen. Es regt und bewegt sich in China in allen Schichten. Man will etwas Neues sehen, lernen und genießen.

Versammlungen.

Das Berliner Gewerkschaftsartell hielt am Freitag eine Versammlung der Vorstände und Delegierten ab. Den Bericht über den Streik der Rohrer resp. dessen Beendigung gab Genosse V o l d t und verwies auf den „Vorwärtsbericht“ vom 2. November. Redner meinte, daß es nicht möglich gewesen sei, den Tarif bei sämtlichen Unternehmern zur Anerkennung zu bringen, doch könne man mit dem Erreichten zufrieden sein, da nur noch 14 Mann ausständig seien, die zu Beginn nächster Woche werden in Arbeit treten können. Zu p e n l a g, Zimmerer, sieht die Sache nicht so günstig an und tadelt besonders, daß die Kontrolle auf den Bauten mangelhaft gewesen sei. Redner kritisiert, daß vielfach streikende Gewerkschaften nicht zu Beginn jeder Woche dem Artell einen genauen Situationsbericht geben über die Zahl der Ausständigen usw. — Nunmehr nahm die Versammlung zu dem Aufruf der Berliner Gewerkschaftskommission vom 29. Oktober Stellung. Schröder, Metallarbeiter, als Referent führte ungefähr folgendes aus: In dem Aufruf des Parteivorstandes steht nichts, was der Gewerkschaftskommission zu dem Aufruf Veranlassung geben könnte. Bei den damaligen Einigungsverhandlungen wollte man von Organisation zu Organisation verhandeln, heute dagegen wendet man sich an die einzelnen Mitglieder. Was uns früher trennte, tritt heute viel stärker hervor. Nicht allein ist es die Neutralitätserklärung der Zentralverbände, sondern die unerliche Preisgabe der Meister und die Propagierung der Generalstreikfrage. Dergleichen werde das Unterwürdigkeitswesen immer weiter ausgebaut und diene nicht mehr als Mittel zum Zweck, sondern sei Selbstzweck. Der Arbeitslosenunterstützung ist die Krankenunterstützung gefolgt. Doch auch diese genüge nicht mehr, sondern man strebe schon nach der Brautsteuer. Dergleichen dienen die paritätischen Arbeitsnachweise als Selbstzweck. Werden auch in unseren Reihen Verträge mit den Unternehmern geschlossen, so geschieht es heute nur der Not gehorchend, weil wir uns den Zentralverbänden gegenüber in schwächeren Positionen befinden. Nirgends aber geschieht es bei uns wie dort als Selbstzweck. Und angesichts all dieser prinzipiellen Gegenstände mag die Gewerkschaftskommission in dem Aufruf davon zu schreiben, daß sachliche und prinzipielle Gegenstände zwischen ihr und uns nicht bestehen, wolle sie von der Brüderlichkeit der Arbeiter reden. Redner empfiehlt eine entsprechende Resolution zur Annahme.

Die Diskussion, an der sich die Genossen Juppenlah, Dietrich, Rauwer, Kleinlein, Puttlich, Wiestler, Zapfietzer, Wiesener und V o l d t beteiligten, gestaltete sich äußerst lebhaft. Mit den Ausführungen Schröders war man durchweg einverstanden, nun wurde vorgeschlagen, statt der Annahme der Resolution, den Austausch zu beantragen, im „Vorwärts“ gleichfalls einen Aufruf zu veröffentlichen. In diesem Sinne beschloß die Versammlung. — Nachdem gelangte der Antrag des Vereines Berliner Hausdiener wegen Aufnahme in das Gewerkschaftsartell zur Debatte. Zur Aufklärung führte Fischer aus, daß es sich um den sogenannten blauen Hausdiener-Verein handele. Der Austausch habe sich eingehend mit dem Vorstand auseinandergesetzt, die Statuten geprüft und ist zu dem Resultat gekommen, daß der Aufnahme nichts im Wege stünde. Es komme bloß darauf an, wie sich der dem Artell angeschlossene Verein der Hausdiener und Pader mit dem Verein bezüglich einer Verschmelzung einig. Kaiser, als Vertreter der Hausdiener und Pader erklärt, daß im Vorstand seiner Organisation die Meinung obwalte, daß einem Anschluß des Vereines Berliner Hausdiener nichts im Wege stehe, ebenso werde in der Verschmelzung jedenfalls keine Störung eintreten. W a p p l e r vom Verein Berliner Hausdiener führt aus, daß es sich, wie schon Fischer sagte, um den „blauen“ Verein handele, der 1883 gegründet wurde. Der Verein habe aber eine Wandlung durchgemacht, so daß heute das Bestreben vorherrscht, sich auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung

zu stellen. Der Verein hätte Anschluß an die Berliner Gewerkschaftskommission gesucht und sollte seiner Aufnahme nichts im Wege stehen. Doch als selbständige Organisation sollte er keine Aufnahme finden, sondern sich dem Handels- und Transportarbeiter-Verein anschließen und gewissermaßen als Sühngeld pro Mitglied 2 Mark an den Verband zahlen, was 12 000 Mark ausmacht. Daran seien die Verhandlungen gescheitert. Deshalb wurde man jetzt den Anschluß an das Artell, um nicht mehr isoliert dazustehen und schrede keineswegs vor den Tendenzen des Gewerkschaftsartells zurück. Bezüglich der Sperrung des „Vorwärts“ bemerkt der Redner, daß der „Vorwärts“ dem Verein vor 15 Jahren gesperrt wurde, weil er in der „Philharmonie“ seine Feste abhielt. Seit drei Jahren geschähe das nicht mehr und die Vertrauensleute der Partei haben jetzt die Sperre aufgehoben. A l u g e vom Verein der Hausdiener und Pader tritt gleichfalls für Aufnahme ein. Wiesener, Metallarbeiter, hegt Bedenken wegen der Aufnahme. Die Gewerkschaftskommission könne erneut an den Verein herantreten, und wir wissen nicht, ob nicht doch derselbe nach dem Eingelassen überträte. Und daran könne uns nichts liegen, wegen der 6000 Mitglieder nach dem Verein zu haben. Wir verlangen die Vertretung unserer Interessen in unserem Geiste. Ebenso hegt W i e s e n e r Zweifel, daß die Mitglieder mit den Tendenzen der freien Vereinigung einverstanden sein werden. P u t t l i c h stellt den Antrag:

„Sobald eine Verschmelzung der beiden Vereine stattgefunden hat, steht der Aufnahme im Artell nichts im Wege.“

Auf all die Einwendungen und Bedenken, namentlich von Wiesener und Wiestler und auf eine diesbezügliche Anfrage von Kleinlein, erklärt W a p p l e r, daß der Vorstand sich die Sache wohl reiflich überlegt hat und von einem Zurücktreten vom Artell unter keinen Umständen die Rede sein könne. Auf Grund dieser Erklärung wurde der Antrag Puttlich einstimmig angenommen. — Der Antrag der Barbier wegen Aufnahme wurde noch zurückgestellt. Die Präferenzliste ergab das Fehlen des Vertreters der Gewerkschaften Schönebergs.

Die Aussperrungsgelüste der Vereinigung Berliner Chromolithographischer Anstalten beschäftigte am Sonntag in den Arminköhlen eine gut besuchte Versammlung der in Steinrudereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. In derselben hielt Lithograph Bartel einen Vortrag über die jetzt zum Abschluß gebrachte Bewegung der Steinruderei und Lithographen. Die Forderungen derselben, um welche in eine Bewegung eingetreten werden sollte, waren: die Bezahlung der Feiertage, für die Drucker die neunstündige und für die Lithographen die achtstündige Arbeitszeit und Abschaffung der noch bestehenden Akkordarbeit. Doch die letzte Forderung wurde in der ersten Verhandlung mit den Arbeitgebern wieder fallen gelassen, weil die Kollegen von dem Nachteil der Akkordarbeit noch nicht ganz überzeugt waren. Der Referent führte den Antwefenden die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeiterinnen vor Augen. In der ersten Verhandlung wurde keine Einigung erzielt, sondern die Herren Chefs von W. Hagelberg, Littauer u. Woyhen und Heymann u. Schmidt kündigten dem Gros ihres Hilfspersonals am 14. Oktober. Dann fand am 17. Oktober eine weitere Verhandlung statt, wo die Herren Unternehmer ein teilweises Zugeständnis machten. Doch dieses war nicht nach dem Sinne der gesamten Gehilfenschaft, die dasselbe ablehnte. Daraufhin kündigten am Sonnabend, den 21. Oktober, sämtliche dem Ring angehörenden Firmen den Steinrudern, Lithographen, Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen, um somit eine Maßnahme zu ergreifen. Dies wurde nun von den bis dahin noch nicht beteiligten Druckern und Lithographen durch Einreichung der oben gestellten Forderungen beantwortet. Ferner traten in dieser Zeit die Drucker bei Sala in den Ausstand, da ihre Kündigung abgelaufen war. Bei der Firma Schwerdtfeger wurden die Drucker ganz unentgeltlich entlassen, wo sie alle ohne Kündigung standen. Auf diese Resolution wurde nun von den noch in Arbeit stehenden Kollegen damit erwidert, daß alle Ueberstunden und jede Streikarbeit verweigert wurde. Nun waren die Gehilfen auf einen ersten und großen Kampf gefaßt. Doch sollte es diesmal kein 1896 geben, denn die Herren Prinzipale gaben durch ihre Oberdrucker den bei ihnen beschäftigten Mitgliedern der Arbeiter-Kommission auf indirektem Wege zu verstehen, daß sie nochmal eine Verhandlung wünschten. Die Kommission ging auch darauf ein und fand nun am Donnerstag, den 26. Oktober eine neue Verhandlung statt. In dieser Verhandlung wurden nun die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht, als Bezahlung der Feiertage voll und ganz sowie die achtstündige Arbeitszeit für die Lithographen und die neunstündige für die Steinruderei. Es gelten diese Zugeständnisse nicht allein nur für die 3 Großbetriebe, sondern für alle dem Ring angehörenden Druckereien. Somit war für die gesamte Gehilfenschaft ohne jeglichen großen Kampf, abgesehen von dem bei den Firmen Sala und Schwerdtfeger, nach neunjähriger Tätigkeit die Niederlage von 1896 durch einen Sieg ausgeföhrt.

In der Diskussion über den Vortrag nahmen viele Mitglieder der Steinruderei-Organisation, welche zahlreich erschienen waren, das Wort. Es beteiligten sich Sillier, Haf und Obier an derselben. Sie schlossen sich alle den Ausführungen des Referenten an. Doch wiesen sie besonders darauf hin, daß es nun an der Zeit sei, daß das Hilfspersonal in den Steinrudereien sich der Zahlstelle III des Verbandes der Buch- und Steinruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen anschließen möchte, damit auch diese Arbeiterkategorie sich durch Zusammenschluß in der Organisation bei den Unternehmern Respekt verschaffe und ihre noch sehr traurige Lage verbessern kann. Ferner beteiligten sich die Mitglieder des Hilfsarbeiter-Verbandes sehr rege an der Diskussion. Alle befohlen sich mit den miserablen und traurigen Verhältnissen in den Steinrudereien. Es wurde darauf hingewiesen, daß es nun an der Zeit sei, sich an der Organisation der Gehilfen ein Beispiel zu nehmen. Das Schlußwort des Referenten war gleichfalls eine Aufforderung an die anwesenden Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, sich der Zahlstelle III, welche in kurzer Zeit sich zu einer ganz stattlichen Mitgliederzahl emporgearbeitet hat, anzuschließen.

Ueber den Einfluß des Alkohols auf den menschlichen Organismus sprach der bekannte Leiter des Sanatoriums Wollersdorfer Schloße, Herr Dr. med. Marciniowski, am Mittwoch, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, im Hofsaal der Arbeiter-Volkshaus-Ausstellung, Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11/12. Der Eintritt ist frei.

Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur. (Abteilung Berlin) Freitag, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr (Saal 109 des Berliner Rathhauses). Herr George Sylvester Cabanis wird aus seinen Dichtungen „Lichtwort“ u. a. vortragen. Der Eintritt ist frei für jedermann.

Naturheilverein Berlin-Ostern. Mittwoch, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsaal, Köpenickerstraße: Vortragabend. Thema: „Freie Liebe.“ Referent: Reinhold Gerling. Nach dem Referat Diskussion.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Bromberg Stadt und Land tagt jeden ersten Mittwoch im Monat abends 9 Uhr bei Leo Dittwisch, Schillingstr. 24.

Berliner Naturheilverein II. Freitag, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 12: Vortrag des Herrn Paul Schirmer über: „Die können wir unsere Wohnungen gesundheitslich ausnutzen?“ Freie Aussprache und Fragebeantwortung. Gäste willkommen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 64-68, IIa 70-74, IIIa 55-64, IVa 50-55, V a 40-48, Kalbfleisch Ia 83-88, IIa 70-80, IIIa 65-68, Hammelfleisch Ia 63-73, IIa 48-58, Schweinefleisch 68-75, Notmild 24-28, Hühner Ia 3,25-3,75, IIa 1,50-2,00, Kaninchen Ia 0,65-0,95, Krametsvögel 0,20-0,23, H. Rebhühner, junge Ia 0,90 bis 1,10, junge IIa 0,50-0,90, junge Meise 0,00-0,00, alte Ia 0,70-0,80, alte IIa 0,00-0,00, Gänser, alte 1,30-1,80, junge 0,00-0,80 das Stück, Lauben, junge 0,40-0,55, alte 0,35-0,40, Enten, junge 0,00-0,63, Gänse Ia, 3,50-4,00, IIa 2,50-3,50 pro Stück, Ia 0,00-0,63, IIa 0,40-0,58 pro Hund, Rechte 77-78, Schleie, unlos 00, Kafe, grob 85, mittel 00,00, R. Wägen 42-50, R. Karphen 65-68, Zuck 00,00 R., Schokolade 20-23 R., Runder 00 R. pro 100 Pfund, Schokolade Bollerlinge (gelben) 36-38 R., Rechte, kleine, Schokol 00,00 R., unlosiert 5,50 R., Eier, Schokol 0,00, Butter pro 100 Pfund Ia 122-124, IIa 115-122, IIIa 111-114, abfallende 90-110, Rastoffen pr. 100 Pfd. rote 2,00-2,20, Rollen 0,00-0,00 blaue 0,00-0,00, runde weiße 1,80-2,00, Wägingsschl pr. Schokol 4,00-8,00, Weißschokol 6,00-8,00, Rostschokol 4,00-8,00, Schokol 10-12 R., Saure Gurken, neue, Schokol 0,00.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 8. November.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der schwarze Domino.
Schauspielhaus. Iphigenie auf Tauris.
Neues. Ein Sommernachts Traum.
Besen. Der Opernball.
Deutsches. Der Kammerfänger.
Herauf: Die Neudermählten.
Berliner. Kivito.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Der G'wissenswurm.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-
Adolf'sches Theater.) Der Veilchen-
fresser.

Sehnsucht. Die Bildente.
Zentral. Die Geisha.
Nachm. 5 Uhr: Prinzgehen Gold-
traut.

Neuburg. Der Prinzgemahl.
Kleines. Hidalla.
Trianon. Der letzte Troubadour.
Lustspielhaus. Die heilige Sache.
Thalia. Bis früh um fünf!

Gari Weiss. In Berlin ist was los.
Luise. Hamlet.
Deutsch-Amerikanisches. Über
den Herzog!

Metropol. Auf - in's Metropol!
Kasino. Das Opferlamm.
Apollo. Frau Luna. - Spezial-
itäten.

Walhalla. In Lebensgefahr.
Gerrards. Der Familientag.
Wintergarten. Anne Dancrey.
Ciro. - Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vosses. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Alpen- und Wüsten-
fahrten.

Sternwarte. Invalidenstr. 157/62.
Täglich geöffnet von 7 bis 1 Uhr.

Berliner Theater.
Charlottenstraße 90/92.
Kiwito.
Lustspiel in 4 Akten von F. Bonn.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag. Sonntag: Kiwito.
Freitag: Die Jungfrau von Orleans.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachts Traum.
Morgen u. folgende Tage:
Ein Sommernachts Traum.

Sin Sommernachts Traum.
Morgen u. folgende Tage:
Ein Sommernachts Traum.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Hidalla.
Donnerstag:
Das vierte Gebot.

Zentral-Theater.
Nachm. 5 Uhr: Kinder-Vorstellung:
Prinzgehen Goldtraut.
Abends 8 1/2 Uhr: Die Geisha.

Luisen-Theater.
Zum erstenmal:
Hamlet.
Donnerstag: Simson.
Freitag: Faust.
Sonabend: Der Mann im Rinde.
Sonntag nachm.: Veilchenfresser.
Abends: Hamlet.
Montag: Simson.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der letzte Troubadour.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröber
und Pierre Böder.
Deutsch von Alfred Palm.

Apollo-Theater.
Täglich: Die Spezialitäten.
9 1/2 Uhr: Attraktionen des
November-Programms
mit Mlle. Debérto
Chantouse fantastique.
8 Uhr:
Frau Luna
von Paul Lincke.
Sonntag. 12. Nov., nachm. 3 Uhr:
Frühlingsluft u. Spezialitäten.
Bedeutend ermäßigte Preise!

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u.
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen in all. Räumen gestattet.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die heilige Sache.

Urania Tauben-
str. 48/49.
8 Uhr:
Spelterinis Alpen- und Wüstenfahrten
im Ballon.

Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.

P. GASTAN'S
PANOPTICUM.
Friedrichstr. 105.

Joëls Traum.
!! Pompeji !!
Die Ehre des Vaters!
Restaurant:
Original Nürnberger Sänger.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Akten von Balzer
und Stein.
Vorher: Im Zypressenwald. Operette.
Der berühmte Kapitän Marions etc.
Sonntag nachmittag 4 Uhr: „Der
Adelsnarr.“

Gebrüder
Herrnfeld-
Theater.
Zum 5. Male die Revue:
Familientag
im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten
von Anton und Donat Herrnfeld.
Witzvolle Darsteller:
Angelika Frey, Frida Levernann,
Carla Mützbauer, Elise Gressin,
Käthe Dreher, Julie Leibl-Hahn,
Joseph Aschinger, Jacques Morway,
Jacques Glaser, Ernst Groß, Jos.
Engler, Eugen Neuter, Rich. Goltz,
Max Zilzer, Fritz Rüd., Hugo Döblin,
Bernh. Förster, Paul Hierson,
Albert Blumenreich.
Feiner:
Donat Herrnfeld als
„Essau Prellstein“.
Anton Herrnfeld als
„Winkelkonsulent Sohestak“.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr
(Theaterkasse).

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Satirischer Schwank in 3 Akten von
L. Kancol und J. Chancel.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der
Schlafwagenkontrolleur.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Stadt und Land
oder:
Der Viehhändler aus Oberösterreich.
Pöffe mit Gesang in 4 Akten von
Fr. Koffer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: Kommaß oder: Ein
alter Geiger.

Carl Weiß-Theater.
Or. Frankfurterstr. 132.
Nachm. 3 1/2 Uhr. Barfett 60 Pf.:
Senta Wolfsburg.
Abends 8 Uhr:
In Berlin ist was los.
Morgen: In Berlin ist was los.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Kinder-
vorstellung: Snowittchen. Abends
8 Uhr: Maria Stuart.

Passage-Theater.
Das durchaus neue Programm
bringt an der Spitze die glän-
zendsten Humoristen d. deutschen
Variétébühne:
Bozena Bradsky,
mit ihrer entzückenden Duncan-
Parodie.
Paul Jülich,
den unermüdeten Humoristen.
Mize Friese,
die reizende Wiener Soubrette!
Außerdem:
14 Spezialitäten
von allerersten Range.
Anfang: 8 Uhr.

Gustav
Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter-
Allee 85.
Abendlich kolossaler Beifall!
Direktor
Wiener Finkler, Gustav Behrens.
Berliner Droschkentischer:
Albert Kowitz.
Elektr. Straßenbahn:
Willy Zandl.
Oly Marietta, die beste Instru-
mentalvirtuosin (8 Instrumente)
jeweils 15 Spezialitäten-Nummern.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
8 1/2 Uhr
8 1/2 Uhr
8 1/2 Uhr

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Bauernkomödie mit Gesang in 4 Auf-
zügen von Ludwig Angenröder.

Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Freitag, abends 8 1/2 Uhr:
Wilhelm Tell.

Zirkus
Albert Schumann
Heute abend drüble 7 1/2 Uhr:
Grande Soiree equestre. Elite-Pro-
gramm, u. a.:

Neu! Miß Francis.
Neu! Willie Halé
der Mann mit d. mysteriösen Glöbus.
Neu! The Wally Hoste Trio.
Neu! Arkadia, d. ausgezeichnete
Tischtennisreiter vom Leib-Regiment
des Jaren. Feiner:
Die größte und sensationellste Attrak-
tion der Gegenwart! Die

9 heiligen Chunchusen
Das einen halben
Saltomortale schlagende Pferd.
Die phän. Frères John u. Louis Boller.
Neu! La Posée Romaine.
Die ausgezeichnete Javanertruppe.
Sämtliche Spezialitäten, Clowns
u. Auguste sowie Dir. Alb. Schumanns
neue und moderne Dressuren.
Zum Schluss: Einzig dastehend. Erfolg!
Der Tag des

Englischen Derby.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67.
Zum
Jeden Abend 8 Uhr!
Gastspiel Ad. Philipp
68. ABER!
Male: Herr Herzog
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Halbe Prose!
„Ueber'n großen Teich.“

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20.
Abends 8 Uhr:
In Lebensgefahr.
Große Opernparodie v. R. Necker.
Die Damen der Halle.
Operette v. Jacques Offenbach.
Rauchen in allen Räumen gestattet.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. Bin. d. Bb. Börs.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende
!! November - Programm !!
Unter anderen:
Carl Braun
Verwandlungs-Schauspieler.
Montecino
der Türke mit seinen drei Weibern.
Die weiße Dame.
Pöffe mit Gesang von D. Richter.
10 erstklassige Nummern.
Familienarten in allen Barbier-,
Friseur- und Zigarrengeschäften sowie
im Theaterbureau unentgeltlich zu
haben.
Sonabend, 11. November: Wegen
Privatfest keine Vorstellung.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
8 1/2 Uhr
8 1/2 Uhr
8 1/2 Uhr

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die Neue Gesellschaft
Sozialistische Wochenschrift.
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.
Inhalt von Nr. 32:
Glossen: Sozialistische Einigkeit - Der Parteitag - Der einzige Weg.
des Wahlrechtskampfes. - Genosse Bälow. - Der einzige Weg.
Wolfgang Heine: Der „Vorwärts“ und die Berliner Genossen.
Wilhelm Kolb: Die badischen Landtagswahlen. - Joh. Leimpeters: Die Lago
im Ruhrrevier. - Anton Fendrich: Von den Kindern, den Tieren und den Blumen.
Verlag der „Neuen Gesellschaft“
Berlin W., Meinekestr. 5.
Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungspeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten
und durch den Verlag.
Probennummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Veilchenfresser.
Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.

Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:
Der Veilchenfresser.
Freitag, abends 8 1/2 Uhr:
Maria Stuart.

Zirkus Busch.
Auftreten der neu engagierten
Spezialitäten. **Mr. Pearson.**
Größte Attraktion der Welt!
Sensationell! Sensationell!
Der Kanonenkönig!
Schuß eines lebend. Menschen
aus einem Marine-Geschütz.
4 Secours Athleten.
10 dressierte Elefanten.
Zum 52. Male:
Mexiko.
Große Ausstattungs-Panto-
mime aus dem mexikanischen
Pflanzenleben und die vorzüg-
lichsten Programm-Nummern.

WINTERGARTEN

ANNE DANCREY
OTÉRO
und ein auserlesenes
Künstler-Programm.

<

NEU ERÖFFNET!
PERMANENTE POSTKARTEN-AUSSTELLUNG
 „BEDIENE DICH SELBST“
 BERLIN
Friedrichstraße 164
 (Ecke Passagen)
 Sehenswürdigkeit
 freie Besichtigung!

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige
Herren-Garderoben.
 Ersatz für Maß.
Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
 Schneidermeister,
Große Frankfurter Str. 97, II.
 Eingang Straußberger Platz.

Stepdecken
 kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wallstraße 72, wo auch alle Stepdecken aufgearbeitet werden.
 W. Girschmadel, Berlin 14.
 Illustrierter Preis-Katalog gratis.

Fidele Brüder
 Humorist. Gesangs-Trip
 empfiehlt sich den Vereinen zu allen Festlichkeiten. H. Unger, Urbanstr. 110, IV.

Sie glauben nicht, bitte überzeugen Sie sich!
 Ein großer Posten Herren-Anzüge kommt in 3 Serien im **Total-Ausverkauf** unter Preis zum Verkauf:
 Herren-Anzüge, haltbare, weiche Ware . . . Stück 8,85 R.
 Herren-Anzüge, hoch schick, alle Farben . . . Stück 12,40 R.
 Herren-Anzüge, sehr elegant . . . Stück 10,50 R.
 Wiederverkäufer erhalten bei 12 Stück 1 Anzug gratis.
E. Süsskind & Co., Rosenthalerstr. 9, Ecke Auguststraße.

Motordroschken
 nach polizeilicher Vorschrift, schnell lieferbar.
Loeb & Co., G. m. b. H.
 Grünstr. 5-6 und Unter den Linden 65.

Nie wiederkehrende Gelegenheit!
 Wir bringen einen **Maßstoffs**, deutsche und englische Fabrikate, großen Posten **Total-Ausverkauf** zu den denkbar billigsten Preisen zum Verkauf!
 Beste Gelegenheit für Schneider!
E. Süsskind & Co., Rosenthalerstr. 9, Ecke Auguststraße.

Durch die außerordentlich geschickte Mischung der feinsten türkischen Tabake ist die
Kapitän-Cigarette
 in Qualität unerreicht; man fordere sich ausdrücklich diese Marke.
C. Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112. Amt VII Nr. 3961.

Ausschneiden! Seltene Gelegenheit!
 Unsere Restbestände in Herren-Hosen kommen Donnerstag und Freitag zu den denkbar billigsten Preisen, um schnellstens zu räumen, zum Verkauf im **Total-Ausverkauf!**
 Zu jeder Herren-Hose eine Knaben-Hose gratis!
E. Süsskind & Co., Rosenthalerstraße 9, Ecke Auguststraße.
 Beste Gelegenheit für Parikwärenhändler.

Zentral-Festsäle.
 180, Oranienstraße 180.
 Zierverleumdung u. 2. Weihnachtsfeierung frei geworden, auch einige Sonntage, mit und ohne Bühne.

Weihnachts-Prämie für unsere Leser!
 Wir sind in der Lage, unserem Leserkreis in diesem Jahre als Weihnachtsprämie:
Fritz Reuters sämtliche Werke
 in einer neuen illustrierten Prachtausgabe
 zwei Bände, elegant in Halbleinen gebunden, Groß-Deziken-Format, circa 1200 Seiten, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschem Wörterbuch
 zu dem außerordentlich billigen Preise von **3.— Mark** abzugeben.
 Die Ausgabe ist gut ausgestattet, sie enthält gelungene Illustrationen, klaren Druck und gutes Papier.
 Bei der großen Beliebtheit, deren sich dieser Volksdichter erfreut, dürfte die Nachfrage eine sehr rege sein, so daß wir unseren Lesern empfehlen, ihren Bedarf möglichst bald zu decken. Das vorliegende Werk ist zu beziehen durch unsere Hauptexpedition **Lindenstraße 69** im Laden und durch sämtliche Partisexpeditionen.
 Weiter empfehlen wir, und zwar ebenfalls zu einem Ausnahmepreise, das Buch:
Gesundheitsschutz
 in Staat, Gemeinde und Familie.
 Herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Hochgelehrten von **Emanuel Durrm.** Mit 10 Tafeln und 134 in den Text gedruckten Abbildungen.
 Das Werk ist ein vorzüglicher Ratgeber im Hause, ein Wegweiser in allen Fragen der Hygiene, von der fachmännischen Presse gut besprochen und kann jedem Arbeiter zur Anschaffung bestens empfohlen werden.
 Der Preis beträgt nur **4.— Mark** statt früher **6.70 Mark.**
 Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

A. JANDORF & Co
 Spittelmarkt 16/17 Belle Alliance-Str. 1/2 Gr. Frankfurter Str. 113 Brunnenstr. 19/21
 Ecke Leipziger Str. Am Blücherplatz Ecke Andreas-Strasse Ecke Veteranenstr.
 Hervorragend billiges Angebot in
Berufs-Bekleidung
 Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend
 soweit der Vorrat reicht. — Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

| | | |
|---------------------------------|---------|----------|
| | Serie I | Serie II |
| Blaue Monteur-Jacken | 1.20 | 1.70 |
| Blaue Monteur-Hosen | 95 | 1.45 |
| Mechaniker- u. Bildhauer-Kittel | 2.35 | |
| Friseur- und Kellner-Jacken | 2.65 | |
| Conditor- und Koch-Jacken | 2.75 | |
| Diener-Jacken | 2.85 | |
| Schlächter-Jacken | 2.95 | |

Klempner- u. Tischler-Blusen blau-weiß gestr. Länge ca. 65/80 cm 1.25 65/100 cm 1.55

| | | | |
|----------------|---------|----------|-----------|
| | Serie I | Serie II | Serie III |
| Arbeiter-Hosen | 1 65 | 1 95 | 2 35 |
| | Mk. | Mk. | Mk. |

Unsere gesamten Restbestände der Knaben-Konfektions-Abteilung kommen spottbillig zum Verkauf, nur prima Ware, im **Total-Ausverkauf!**
 Anzüge und Joppen, warm gefüttert, Paletots, Picces, Hosen, sehr viele rein wollene Anzüge, teilweise weit unter Kostenpreis!
E. Süsskind & Co., Rosenthalerstraße 9.
 Vereine und Wohlthätige, welche zur Einbeschaffung Sachen brauchen, erhalten bei Einkauf von 10 Picces 2 Joppen gratis.

Achtung! Lesen Sie die Annonce!
 320 Herren-Paletots zum Ausleihen Stück 10,80 R.
 200 Herren-Paletots, hochlegant 12,90 R.
 200 Herren-Paletots, sehr schick, prima Ware 15,50 R.
 Alle Farben und Größen unter Garantie, daß teilweise unter Selbstkostenpreis verkauft wird.
Total-Ausverkauf
E. Süsskind & Co., Rosenthalerstr. 9, Auguststraße.
 Für Wiederverkäufer nie wiederkehrende Gelegenheit!

Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen.
Finale Berlin I.
 Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Louis Woyte
 am Montag, den 6. November, verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 3 Uhr vom Kranienhause Moabit aus nach dem Gethemanerfriedhofe in Nieder-Schönhausen statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 174/5 Der Vorstand.

Verein zur Wahrung d. Interessen der Maurer Berlins u. Umg.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied
August Küster
 am 6. November verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Kaiserlich-Königlichen Hofes, Dalkdorfer Chaussee, aus statt.
 Um rege Beteiligung bittet
 130/14 Der Vorstand.

Arbeiter-Raucher-Bund Berlins und Umgegend.
 Todes-Anzeige.
 Es verstarb unser Bundes-Mitglied
Ludwig Runge
 aus Haus-Club „Virginia“.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, 9. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Charité aus nach dem Freiwilligen Friedhof, Pappelallee, statt.
 297/14 Der Vorstand.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines Lieben Mannes sowie für die reichen Kranzspenden sage ich allen Kollegen, Freunden und Bekannten und dem Vorstande des Raucherbundes meinen herzlichsten Dank.
 2896
Witwe Luise Gotenschwäger.

Dr. Schünemann,
 Spezial-Arzt für (48792*)
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten,
 Seydelstr. 8, dicht am Spittelmarkt.
 Bozentags 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8, Sonntags 10-12.
 Als ein durch tausende von Dankes schreiben anerkanntes Mittel gegen **Wagenleiden** aller Art empfehlen wir den echten **Indischen Kräuter-Magen-Likör.**
 Allein zu beziehen: 34/174 Gebr. Kohn, Hannover, Ru d. Plage 2.
 Jede Kunst in, gern kostenlos erteilt.

Chauffeur-Schule des Technikums Elektra, Berlin, Reanderstr. 4. — Gründliche theoretische u. praktische Ausbildung v. Chauffeurs in Tageskursen. 903/9*
 Prospekt frei.

48972*
Sofastoffe
 Riesenauswahl aller Qualitäten. **Wolle, Reste! Mocquettes, Plüsch, Satteltaschen.**
 Musterb. näher. Angabefranko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Otto Pritzkow
 Berliner **Abnormitäten-Theater**
 Münstr. 16.
 Die drei lebenden **gr. anatomischen Wunder**
 Muskelmensch
 Skelett-Mensch
 Gummihautmensch
 Entree 20 Pf.

Der Kampf in der Textilindustrie des sächsisch-thüringischen Bezirks.

Der gegenwärtig tobende Kampf ist seinem Umfange nach der größte, der je bisher in der deutschen Textilindustrie sich abgespielt.

Der Bezirk umfaßt die Städte Gera, Greiz, Reichenbach, Neudorf, Mülsen, Eisenberg und einige andere kleinere Orte, ferner Glauchau und Meerane. Die ersten größeren Kämpfe in der Kammgarnbranche dieses Bezirkes wurden in den achtziger Jahren in Greiz um eine Lohnhöhung geführt.

Nach dieser Zeit herrschte eitel Frieden in der Textilindustrie, d. h. die Arbeiter nahmen alles geduldig in sich, was die Unternehmer über sie verhängten.

Die Textilarbeiter, besonders die weiblichen, sind nur schwer zur Organisation zu bewegen gewesen, so daß der Deutsche Textilarbeiter-Verband für die Arbeiter jahrelang nur wenig unternehmen konnte.

Im Jahre 1902 traten die Weber in eine Lohnbewegung ein und forderten die Erhöhung ihres Lohnes sowie erneut die zehnstündige Arbeitszeit.

Im Laufe der Jahre war inzwischen der Deutsche Textilarbeiter-Verband erstarkt und konnte die Lohnbewegung in die Hand nehmen.

Am 20. April erfolgte die erste Publikation des Verbandes der sächsisch-thüringischen Webereien durch Anschlag in den Fabriken.

Am 24. Juli erklärte der Verband sächsisch-thüringischer Webereien durch Fabrikanschlag, daß sein Tarif fertiggestellt und durch Vertretungen der Stuhlarbeiter mit den Fabrikanten beraten werden solle.

Am 24. Juli erklärte der Verband sächsisch-thüringischer Webereien durch Fabrikanschlag, daß sein Tarif fertiggestellt und durch Vertretungen der Stuhlarbeiter mit den Fabrikanten beraten werden solle.

Nachdem fanden die Beratungen der Tarifkommissionen statt. Als Verhandlungen kann man diese eigentlich gar nicht bezeichnen.

Die Fabrikanten haben in dem vorgelegten Tarife drei Abstriche der Lohnhöhe vorgenommen, und zwar für das Vogtland und die übrigen kleineren sächsisch-thüringischen Orte der Kammgarnwebbranche; ferner für Greiz und für Gera.

Bei manchen Artikeln und in manchen Fabriken wird schon jetzt ein höherer Lohn, als der neue Tarif vorsieht, gezahlt.

Der Webereiverband verlangte die Anerkennung des Tarifes, anderenfalls alle Zugeständnisse zurückgezogen würden.

Am Sonnabend wurden folgende Besanftigungen erlassen: Der Verband der sächsisch-thüringischen Webereien hat gestern beschlossen, daß die sämtlichen Webereibetriebe am Montag, den 6. November wieder geöffnet werden sollen.

Die Arbeiter ihrer Sache abstrännig zu machen; hohe Forderungen werden in Aussicht gestellt.

Am Sonnabend wurden folgende Besanftigungen erlassen: Der Verband der sächsisch-thüringischen Webereien hat gestern beschlossen, daß die sämtlichen Webereibetriebe am Montag, den 6. November wieder geöffnet werden sollen.

Die Arbeiter ihrer Sache abstrännig zu machen; hohe Forderungen werden in Aussicht gestellt.

Am Sonnabend wurden folgende Besanftigungen erlassen: Der Verband der sächsisch-thüringischen Webereien hat gestern beschlossen, daß die sämtlichen Webereibetriebe am Montag, den 6. November wieder geöffnet werden sollen.

Die Arbeiter ihrer Sache abstrännig zu machen; hohe Forderungen werden in Aussicht gestellt.

Am Sonnabend wurden folgende Besanftigungen erlassen: Der Verband der sächsisch-thüringischen Webereien hat gestern beschlossen, daß die sämtlichen Webereibetriebe am Montag, den 6. November wieder geöffnet werden sollen.

Die Arbeiter ihrer Sache abstrännig zu machen; hohe Forderungen werden in Aussicht gestellt.

Anten auf Kommando des Unternehmerverbandes gegen ihren eigenen Willen auspersen müssen und trotz ihres Einspruches zum Streik gezwungen werden.

Wir werden, nachdem der in Gera ausgebrochene Webereistreik die Schließung sämtlicher Verbandsbetriebe zur Folge hatte, trotz unseres wiederholten Einspruches gegen die Schließung, von dem Verband Sächs.-Thür. Webereien gezwungen, auch unseren Webereibetrieb vom heutigen Tag ab bis auf weiteres ruhen zu lassen.

Diejenigen nichtorganisierten Weber und Weberinnen unseres Betriebes, welche von unserem Anerbieten Gebrauch machen wollen, werden ersucht, die beiliegende Erklärung mit Namensunterschrift bereiten

Ich erkläre mich durch Namensunterschrift bereit, das mit von der Firma Carl Günther u. Co. in der heutigen Zuschrift gemachte Anerbieten anzunehmen.

Die Antwort ist den Fabrikanten am Montag von den Arbeitern gegeben! Eine Solidarität, wie die durch diese Antwort bewiese, sollte auch die Ringfabrikanten zur Vernunft bringen!

Die Kommunal-Wahlen.

In der Versammlung für den 3. Kommunalwahlbezirk, die am Montag im „Bürgergarten“, Lindenstr. 105, tagte, sprach Genosse Johann Sassenbach, der sozialdemokratische Kandidat des Bezirkes.

Die Kommunal-Wahlbezirk. Die Wählerversammlung, die am Montag in Fröbels Allerlei-Theater stattfand, war recht zahlreich besucht.

namentlichen Abstammung über den Antrag der Sozialdemokraten, die Stadt möge strengste Imparteilichkeit während der Aussperrung der Elektricitätsarbeiter bewahren. Da war plötzlich der Stadtrathordneter Carl Goldschmidt, der Vertreter der Hirsch-Dünckerischen Gewerkschaften, offenbar aus Angst vor der Stimmabgabe verschwunden. Es kommt bei der Wahl, so schloß der Redner, nicht auf die Person des sozialdemokratischen Kandidaten an, sondern darauf, die Partei zum Siege zu führen. Genosse Marx schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Opfer der Millionen-Erbin vor Gericht.

In dem großen Meineids-Prozess wurden nach Eröffnung der gestrigen Sitzung die Schuldtfragen formuliert. Diese betreffen bei der Angeklagten Gröseling zwei Fälle, bei Voigt gleichfalls zwei Fälle, bei der Angeklagten Tscherner einen Fall des Meineids. Bezüglich der Gröseling ist noch eine Unterfrage gestellt, ob sie bei Leistung des ersten Meineids die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen habe, und eine zweite Unterfrage geht dahin, ob sie bei Leistung dieses Eides befürchtete, daß die Angabe der Wahrheit für sie selbst ein strafrechtliches Verfahren nach sich ziehen könnte. Eine gleiche Unterfrage ist auch bezüglich der Angeklagten Tscherner gestellt.

Der Staatsanwalt plädierte für Befreiung aller Schuldfragen und der zweiten Unterfrage. Die Verteidiger sind für Freisprechung ihrer Klienten. Der Verteidiger der Angeklagten Gröseling, Rechtsanwält Dr. Felix Tich, hob im wesentlichen die geringen Geisteskraft seiner jungen Klientin hervor, auf die Frau v. Zimmermann einen dämonischen Einfluß ausgeübt habe. Die Beeinflussung durch Frau v. Zimmermann führen auch die Rechtsanwälte Leonhard Friedmann für Frau Tscherner, Rechtsanwält Jüngst für Voigt an. Der Verteidiger Voigts hält auch einen hypochondrischen Einfluß Reichels für nicht ausgeschlossen.

Nach längerer Beratung erklärten die Geschworenen durch ihren Spruch die Angeklagte Gröseling in dem ersten Falle des Meineids, wo sie noch nicht 18 Jahre alt war, für schuldig, verneinten aber, daß sie die zur Erkenntnis der Strafbarkeit ihrer Tat erforderliche Einsicht besessen habe. In dem zweiten Falle des ihr zur Last gelegten Meineids wurde die Schuldfrage verneint. Voigt wurde des Meineids in einem Falle für schuldig befunden, ebenso die Angeklagte Tscherner, doch wurde der letzteren die mildere Strafbestimmung zugewilligt, daß sie glauben konnte, durch Befolgung der Wahrheit sich selbst der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung auszuweichen. — Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagte Gröseling Freisprechung, gegen Voigt 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust, gegen die Angeklagte Tscherner 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust. Der Staatsanwalt beantragte ferner die Verhaftung des Voigt und der Tscherner. — Die Verteidiger plädierte für die denkbar mildeste Strafe und Anrechnung der Unteruchungshaft. — Der Gerichtshof sprach die Angeklagte Gröseling frei und verurteilte den Angeklagten Voigt zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, die Angeklagte Tscherner zu 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Unteruchungshaft. Der Gerichtshof erwog dabei strafmildernd die große Verführung, die die Frau v. Zimmermann auf die Angeklagten ausgeübt hat, strafschärfend aber die Größlichkeit, mit der die Meineide geleistet sind, und die große Gefährlichkeit, die in der von den Verurteilten ausgeübten Handlungsweise liegt. — Der Angeklagte Voigt und Frau Tscherner wurden in Unteruchungshaft genommen.

Für die ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen der Elektro-Industrie Berlins und Umgegend

gingen ein: Liste 6781 Arb. d. Firma Boas 10,75. Liste 9545 d. Forbrich 7,90. Liste 9741 12,60. Vom Verband der freien Oast- und Schweißereideutsche, Ostbergs, Wieders, durch W. Kell 50.—. Liste 9490 von Restaurateur Hoffmann 1,75. Durch Richter auf Listen: 7669 8.—, 7667 9.—, 6937 7,50, Summa 24,90. Liste 8994/95 14,50. Durch Lorenz auf Listen: 7683 5,65, 7684 7.—, 7685 4,00, 7690 1.—, 7691 11,35, 7692 1,50, 7693 1,50, 7697 1,50, 10 37,75 25.—, 10 37,8 1,50, 10 37,9 4,50, 10 38,0 2.—, 10 38,1 8,95, 10 38,5 13.—, 10 38,8 9.—, 10 39,2 3.—, 1747 13,20, 1752 13,45, 1753 2,50, 6293 17.—, 6331 1,50, 6332 10.—, 6333 12,25, 6334 4,50, 6335 7,65, 6371 22,75, 6383 3,15, 6385 2.—, 6372 14.—, 6384 3,50, 7650 1,00, 7657 9,85, 7663 4.—, 7664 4.—, 7665 11,20, 7677 1,50, 7681 5,50, 7682 3,50. Vom Verband deutscher Schweißergewerkschaften (Erdbewahrung Berlin). Auf Listen: 4661 9,20, 4662 19,30, 4663 (R. R. R.) 28,75, 4664 10,45, 4665 21,50, 4666 3.—, 4667 1,50, 4668 15,95, 4669 4.—. Zentralverband der Schuhmacher auf Listen: 2619 31,65, 2620 35,55, 2621 15,95, 2622 9,40, 2623 11,30, 2624 4,40, 2625 7,50, 2626 18,90, 2627 8,60, 2628 8,15, 2629 9.—, 2630 16.—, 2631 13,70, 2632 18,75, 2633 10,70, 2634 39,45, 2635 15,40, 2637 11,75, 2638 8.—, 2639 11.—, 2640 14,15, 2641 2,80, 2642 13,40, 2643 10,25, 2644 13,25, 2645 6,50, 2646 5,75, 2647 12,30, 2648 7,25, 2649 14,55, 2650 6,50, 2651 6,50, 2656 9,90, 2657 11,55, 2658 31,80, 2659 10,70, 2660 5,80, 2663 13,95, 2664 0,60, 2665 22,90, 2667 13,20, 2668 7,20, 2669 5,85, 2674 3,65, 2675 7.—, 2676 10,00, 2677 13,20, 2678 8,95, 2679 5,79, 2680 5,85, 2681 0,75, 2682 2,10, 2683 23,40, 2684 7,15, 2685 11,35, 2687 10,10, 2688 5,30, 2689 5,10, 2691 16,80, 2692 7,10, 2693 4,90 3,50. Bereits quittiert 1. Rate 400 M., Rest 307,30 M., zusammen 707,30 M. — Durch Vollmer auf Listen gel.: Liste 1663 durch Werner 3,65. Liste 1667 durch Richter 9.—. Liste 1745 durch Werth 5,80. Liste 1746 durch Werth 10,70. Liste 1717 4,25. Liste 1712 5,20. Liste 1741 R. H. 6,75. Liste 6342 9,90. Liste 6377 Weidlich 24,75. Liste 6388 Reuban Weidhoffer 12 12,70. Liste 6389 Reuban Lautenschläger 10,20. Liste 6390 durch G. Weigel 9,85. Liste 6391 Reuban Groterjan, Schönhauser Allee 16,15. Liste 6393 Arbeiter der Firma Steffens u. Köhle, Schuber 23,00. Liste 6396 Arbeiter der Kammerlinden Werke, Abteilung A 47,90. Liste 6411 11,20. Liste 6412 7,35. Liste 6414 durch Spahn 7,40. Liste 6408 4,25. Liste 6410 durch Biedt 10,50. Liste 6416 7,00. Liste 7609 16,80. Liste 7610 10.—. Liste 7611 1,50. Liste 7613 Speer, Langestraße 17,85. Liste 7645 5,75. Liste 7700 12,55. Liste 7704 1.—. Liste 10 194 1,95. Liste 10 229 Detailglieker G. Matthes, Alt-Weidlich 18,75. Liste 1680 4,50. Liste 1686 Gebauer 73.—. Liste 1087 Gebauer 20.—. Liste 6378 Bauhilferei Schauer u. Kühne 16,75. Liste 6381 6,50. Liste 6402 9,65.—. Liste 6089 durch Friedr. Töpfer 9,40. Liste 6459 2.—. Liste 6986 5,10. Liste 4556 13,50. Liste 11708 5,95. Liste 11763 durch Schilling 16.—. Listen 9219 u. 9216 Verband der baugewerblichen Schlosser 9,40. Liste 1789 durch Richter 9,45. Liste 1781 durch Reubner 6.—. Liste 1787 10,85. Liste 7631 3,80. Liste 2694 12,50. Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter Section I (Brauer): Listen 731 Brauerei Rahnhofer I 1,50, 759 desgl. 5.—, 684 Brauerei Böhm 2.—, 71.— Arbeiter der Berliner südlichen Kanalisation auf Listen: 2327 10,60, 2328 2,45, 2329 1,70, 2330 2,55, 2334 4,05, 2335 3,60, 2336 2.—, 2338 10,25, 2339 4,30. Ueberblick von der Matinee d. Gefangenen, „Schilddorn“ 75,05. Liste 7696 Otto Friedrich, Alt-Weidlich 13,50. Liste 1505 21,75. 11060—08 auf Listen (darunter Personal Bahnhofs-Theater 7,70) 31,63. Liste 6016 B. 2. 10,45. Liste 9060 Koll. d. Fa. Hesse Koch 23,45. Liste 4838 6,50. Liste 4839 2,90. Liste 3974 3.—. Liste 4848 8,20. Liste 4028 Personal d. Buchdruckerei Schurig u. Nehel 5,75. Liste 2819 1.—. Liste 8923 3,85. Liste 569 Arb. d. Zugsapapierfabrik Stange 11,10. Liste 3861 durch Paul Lehmann 30,15. Liste 11294 Arbeiter der Bauhilferei der Baugewerkschaft Friedrichshagen durch Fenzl 21,25. Liste 3375 durch Grau 15,75. Listen 11291/93 d. Hülse 21.—. Durch Jacobson auf Listen: 6029 durch B. 5,60, 5029 durch B. D. 4,70, 5031 durch B. D. 16,50, 5046 durch B. D. 10,50, 5054 1,70, 5051 0,60. Durch Kowalski auf Listen: 6688 1,30, 6685 3,75, 6686 16,05, 6691 4,10, 6689 10.—. Durch Reubner auf Listen: 1539 1,80, 1530 5,05, 1525 3,50, 1536/1524, Werkstatt der Gasanstalt Tegel 28,30. Durch Gericht 10.—. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Spandau, durch Thiene 100.—. Durch Schulz auf Listen 22,60. Liste 10714 4,20. Liste 4070 Verband der Töpfer 8,55. Liste 4054 desgl. 1.—. Liste 10098 desgl. 2,95. Liste 11333 durch Ferdinand, Anschläger 2.—. Liste 1589 Verband der Buchbinder 9,10. Liste 7829 desgl. 10,15. Liste 7830 desgl. 0,25. Zentralverband der Bühnen, Verwaltung Berlin, auf Listen: 6660 4,80, 6661 2,90, 6662 4,50, 6664 9,95, 6668 4,50, 6669 5.—, 6675 1,85. Durch Ruse auf Listen: 3484 7,40, 3491 16.—, 3494 6,45, 3495 3,20, 3499 —, 3500 3,60, 3515 7,80, 3516 4,25, 3517 4,30, 3519 7,50, 3521 3.—, 3524 1.—, 3525 2.—, 3524 2.—, 9414 4.—, 9416 1,25, 9417 3,85, 9477 1.—. Saul Fellows Hagar, 1,50. Vom Gewerkschaftsamt „Weihen“ auf Listen 4675 Laßing Helene „Weihen“ 18.—. Liste 4673 durch Gerhardt 3,70. Liste 4674 Saal Feld u. Flecke (Dr. B. Meier) 50,25. Liste 4671 durch Kuevert 6,85. Liste 4680 durch Fannenberg 13,70. Liste 10 688 Saal Sebastianstraße 77 9,50. Liste 10 688 Laßing Helene 19.—. Liste 4693 durch Schuster 5,90. Liste 10 693 Arbeiter-Lernverein 5,05.

Liste 10 691 durch W. Richter 25.—. Liste 4672 Personal Weidhoffer u. Gräter 9,25. Liste 10 69 durch Ramin 1,75. Liste 10606 durch Ramin 4,45. Liste 10 700 Dr. Koch 1,50. Liste 10 698 durch Ramin 2.—. Vom Spandauer Karlel auf Listen gesammelt, 3. Rate 206,20: 1255 0,10, 2547 22,80, 2550 21,80, 2551 1.—, 2552 6,25, 2562 4,50, 2580 8.—, 2582 9,05, 2583 2,30, 2590 6,30, 6206 1.—, 6210 11,50, 6217 1,50, 6218 12,25, 6222 5.—, 6223 20,25, 6229 3,80, 6230 0,30, 6233 2,05, 6234 0,50, 6236 16,75, 6237 8,10, 6238 0,50, 6248 1,60, 6552 4,20, 6553 17,45, 6554 4,05, 6555 7,30, 6558 6.—. — Deutscher Metallarbeiter-Verband, Bezirk Hildorf, durch Klement auf Listen: 4089 2.—, 4090 1.—, 4092 12.—, 4093 1.—, 4094 10,32, 4095 4.—, 4096 4,70, 4097 1,40, 4098 14,60, 4101 Kollisch Baldater 20.—, 4103 260,50, 4104 23,40, 4105 Kaufmann d. Fa. Staudt 20.—, 4107 Arbeiter der Firma Pulz, Tempelhof 75,25, 4108 desgl. 10,60, 4137 18,35, 4138 desgl. 34, d. Fa. Poppel 35,25, 4139 3,50, 4140 7,20, 4141 10,95, 4143 Koll. d. Fa. St. u. Hergel 18,60, 4144 1.—, 4145 Koll. d. Fa. Weißbrod u. Friedrich 24.—, 4146 0,25, 4147 Koll. d. Fa. Weißbrod u. Friedrich 8,70, 4148 Koll. d. Fa. Derrmann u. Co. 25,50, 4149 Koll. d. Fa. Dahn, Tempelhof 15,80, 4151 Koll. d. Fa. Dabed 26,50, 4152 17,55, 4153 Schöller d. Fa. Stabernad 14,50, 4154 4,60, 4155 Reyer, Lange u. Co. 13,05, 4156 Reyer, Ruten 37,75, 4157 Stahlbauwerke Preudenstein 55,50, 4158 13,05, 4159 Kollegen der Firma Pulz, Tempelhof 36,40, 4160 2,70, 4161 Kollegen der Firma Pulz, Tempelhof 33,50, 4162 desgl. 45,50. Zentralverein der Bühnen, Vorort Berlin, auf Listen: 33,50. Liste 8428/29 6.—. Liste 8785 1,50. Liste 11303 8,50. Zentralverband der Tischlerinnen und Feiger auf Listen: 5120 26,00, 5190 24.—, 5118 2,80, 5117 16,10, 5116 73,70, 5115 8,07, 5114 2,80, 5113 10,30, 5112 6,05, 7988 6,90, 7987 1,25, 7985 11,50, 7984 —, 7982 3.—, 7981 4,00, 7980 5.—, 10192 1.—, 10191 10,30, 10190 2,50, 10189 4,55, 10188 14,70, 10187 3,50, 10186 4,90, 10183 17,90, 10182 1,05, 5727 14,80, 4921 4,75, 3730 2,80, 5725 6,25, 5723 1,50, 6096 4,60. Liste 11504 durch Paul Pfeiff 6,20. Liste 8226 6.—. Ueberblick der Straßgelder der Fa. Weimer 28.—. Liste 7073 2,70. Liste 9203 Bauhilferei Rath 4,20. Liste 9195 Bauhilferei Dittmer, Rantow 5.—. Liste 11060 Section der Leichter 3,50. Liste 6006 3,50. Liste 8317 7,60. Am Reichsbahnhof bei Siebert, Hildorf 4,50. Gewerkschaftsamt Hildorf 300.—. Liste 1182 8.—.

Die noch ausstehenden Listen und Gelder sind zur Vermeidung der Veröffentlichung umgehend abzuliefern.

Verichtigungen.

In Nr. 260 des „Vorwärts“ 2. Spalte 2. Zeile 2. heißt es heißen statt Malermeister Gotthardt, Weißbrotstraße, durch C. Wajnschütz, Darmstadt, Brunnengassestraße, 10,30: Malermeister Gotthardt, Weißbrotstraße, 10,30. Durch C. Wajnschütz, Darmstadt, Brunnengassestraße, 60.—. Am 17. Juli 1711 muß es statt Genosse Rantow Kollegen der Fa. St. H. H. heißen.

In der „Morgenpost“ läßt ein Herr Doppel setzen, daß er das auf der Liste Nr. 2176 gesammelte Geld an Herrn Hilbert abgegeben habe; das ist richtig. Hilbert hat die Summe 19,90 M. auch sofort richtig abgeliefert, dagegen ist die fehlende Summe von 3,65 M. erst später durch den Handlungsgesellschaftsverband, bei welchem sie deponiert war, an uns gezahlt worden. Die Liste ist somit ordnungsmäßig geregelt, die Quittung über 22,45 M. befindet sich in Händen des Verbandes der Handlungsgesellschaften.

Summe 356,65 M. Bereits quittiert 126 896,63 M. Gesamtsumme 130 462,58 M.

Vollendungen sind an H. Rörken, Engel-Lux 15, zu richten. Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission.

Beim Gewerkschaftsamt für Berlin und Umgegend gingen noch folgende Beiträge ein:

Liste 442 d. F. Doms 13,85. Liste 707 Werkstatt C. Schulz, Stallbergstraße 29a 7.—. Liste 708 Telephonkünstler v. Beder 8,50. Schiffbauerei Schenkenhausen d. Hirschfeld 31.—. Liste 90 d. G. Kroß-Dalldorf 11,75. Verein der Töpfer auf Listen: 788 d. Lehmann 7,90, 789 d. Thiene 26,50, 740 d. Hoffmann 14,50, 742 d. Krumm 18,65, 743 d. Richter 11.—, 744 d. R. Kurz 7.—, 745 d. Heilshaus 15,90, 746 d. Bannick 8,55, 747 d. Wendel 7,40, 748 d. Dieking 13,55, 749 d. Schall 9,65, 750 d. Linke 4,50, 751 d. Raben 9,65, 1352 d. Hagenstein 2,50, 1353 d. G. Müller 5,10, 1355 d. Hinz 12,40, 1356 d. Hirt 5,25, 1358 d. Rahmig 1,40, 1359 d. Zahn 8,65. Liste 2 d. Hölge 5,90. Hausdiener, Bader und Geschäftsführer: Liste 304 3,95. Liste 404 1,30. Liste 405 10,95. Liste 406 14,20. Liste 408 —,75. Liste 1372 durch Höhn 15,90. Liste 922 durch Weigel 4,60. Verein der Rint-, Jim- und Bleigießer: Liste 491 7,65. Liste 496 6,70. Liste 497 1,30. Liste 498 4,25. Liste 499 7,50. Liste 500 10.—. Liste 501 17,30. Liste 502 11,70. Liste 503 3,50. Liste 504 13,40. Liste 506 7,40. Liste 507 5,90. Liste 510 8,20. Liste 1376 5.—. Liste 1377 5,90. Liste 936 durch Gaafe 11,90. Liste 1183 durch Graaf 3,95. Liste 1189 durch Müller-Bohum 9.—. Liste 1190 durch Krüger-Bohum 2.—. Lapezierer: Liste 1296 7.—. Liste 1298 11,50. Liste 1299 2.—. Liste 1305 3,25. Liste 1306 3.—. Liste 1292 14,75. Liste 1061 durch Gehling 11,50. Liste 1191 durch Koppel-Perne 3,50. Liste 305 durch Schade 4,25. Bauarbeiter, auf Listen: 347 13,50, 392 7,10, 367 —, 365 13,25, 364 5,10, 363 9,65, 371 6,25, 394 8.—, 375 u. 378 7,90, 381 3,90. Mollerer Berlins auf Listen: 325 1,10, 319 4,05. Zimmerer Schönebergs d. Weich, auf Listen: 12 1,25, 13 1,25, 14 1,70, 19 2,65, 20 6.—. Liste 507 d. Schimmelpenning 5,90. Liste 1060 d. Schimmelpenning 6,70. Verein Berliner Hausdiener: Liste 1201 d. Huro 10,30. Liste 1204 d. Pappeler 8,95. Liste 1205 d. Müller 1.—. Liste 1223 d. Ringe 2.—. Liste 1225 d. Buchholz 2,70. Liste 1228 d. Luanz 3,20. Liste 1239 d. Rebling 5,45. Liste 1241 d. Heße 3.—. Liste 1244 d. Meier 2,70. Liste 1248 d. Heimann 5,45. Liste 1250 d. Liebenow 8,45. Liste 884 d. Reht. Bekrend 1,50. Maurer: Liste 108 d. Schneider 16,55. Liste 109 d. Büchel 12,50. Liste 110 d. Lehmann 3.—. Liste 111 d. Lehmann 10,45. Liste 112 durch Jänich 1,85. Liste 132 durch Reyer 5,20. Liste 142 d. Kappel 3.—. Liste 145 d. Siegmund —,50. Liste 151 Bauarbeiter, Bau Paulsborn 14,50. Liste 157 d. Spielhagen 1,50. Liste 182 Reuban Hilmersdorf, Umland u. Berlin-Verl. Gef. 10,10. Liste 309 durch Pinnow 3.—. Liste 367 durch Schelauße 7.—. Liste 675 durch Reumann 14,45. Verein der Töpfer: Liste 737 durch Jabs 11,75. Liste 741 durch Wegner 6,15. Liste 1351 durch Dreger 3,15. Liste 1354 durch Ebel 2,50. Liste 447 durch Hiesinger 1,50. Liste 401 und 402 durch Neßler 14,55. Verband der Kürschner Berlins und Umgegend auf Listen, 3. Rate 49,90. Liste 924 durch Schirde 1,70. Liste 1398 u. 1399 durch Glaue 2,75. Liste 45 und 47 durch Bergmann 19,45. Listen 74, 80 und 81 durch Webers - Charlottenburg 16,05. — Zimmerer, Hildorf, durch Dorfer, Liste 51 2.—. Liste 52 2,40. Liste 53 1,25. Liste 55 7,25. Liste 56 7,70. Gewerkschaft der Maler: Liste 899 9,85, Liste 900 2.—. Liste 901 9,40. Liste 902 10.—. Liste 903 1.—. Liste 907 3,25. Liste 909 3,65. Liste 642, Bleigießer 4,05. Liste 699 d. Reich 2,60. Liste 715 durch Proff 2,90. Konfektionsarbeiter: Liste 960 1,40. Liste 979 1,50. Liste 982 13.—. Liste 984 1.—. Liste 978 5,75. Liste 977 16,60. Liste 301 durch Erich Hamburger 7,55. Zimmerer Rosabits d. Weich: Liste 58 0,50. Liste 65 2,60. Liste 916 2.—. Liste 920 1.—. Liste 639 8,10. Liste 583 d. Krauer 2,30. Liste 328 durch Dingz 2,50. Liste 140 d. Hüttner 6.—. Liste 141 Reht. Berger 2,60. Summa 1066,39 M. Bereits quittiert 12 270,24 M., zusammen 13 336,63 M.

Verichtigung: In der vorigen Quittung muß es heißen: Liste 800 32,15 anstatt 23,15.

Der Ausschuh.

Vermischtes.

Eisenbahnunfall. Gestern früh 6 Uhr fuhr ein von Heidelberg kommender Personenzug einem von Mannheim nach dem Industriebahnhof abfahrenden Güterzug in die Flanke, wodurch einige Wagen des Güterzuges aus dem Gleise geworfen wurden. Menschen sind nicht verunglückt. Der Materialschaden ist erheblich. Der Verkehr auf der Strecke ist gestört. Mit den Aufräumungsarbeiten ist sofort begonnen worden.

Sechs Wochen Gefängnis für einen Kuh. Der auf einer Ackerwirtschaft bei Mannheim bedienstet gewesene Knecht Heinrich Esserwein aus Sennfeld gab in einer Scheune einem vierzehnjährigen Mädchen gegen dessen Willen einen herzhaften Kuß. Der Dienstherr, der in diesem Augenblicke hinzukam, erstattete Anzeige. Gegen den Attentäter wurde Anklage wegen Verleumdung des Mädchens erhoben. Die dritte Strafkammer in Mannheim verurteilte jetzt den Angeklagten für seine Liebeshandlung zu sechs Wochen Gefängnis.

Großes Auffsehen erregt in Ostrow ein doppelter Raubmord. Der gestern abend von zwei Infanteristen verübt wurde. Der in Wielcarol wohnende Händler Glava und dessen 20jähriger Sohn begleiteten Gäste nach dem Ostrower Bahnhof. Auf dem Nachhausewege wurden sie von zwei Infanteristen überfallen. Ohne Anlaß erhielt zunächst der Vater einen Seitengewehrstoß auf den Kopf, so daß der Tod sofort eintrat. Hierauf wurde der Sohn so schwer verletzt, daß er ohnmächtig zusammensank. Hinzukommende Personen benachrichtigten sofort die Polizei. Eine Gerichtskommission begab sich nach dem Tatort, um den Tatbestand aufzunehmen. Der

Sohn war noch betäubungsfähig und konnte aussagen, daß die beiden Infanteristen den Vater und ihn ausgeraubt hätten. Bei einer Untersuchung der Seitengewehre in der Infanterielafarne wurden zwei blutbespitzte Seitengewehre gefunden und die Besitzer derselben verhaftet.

Durch Bieleffen gefordert. Bei einer Kirnmesfeier in Esterwerder in Sachfen kam zwischen dem Handlungsbereisenden Bradel und dem Hildburger Elöner eine folgenschwere Bette zustande. Der letztere, der als starker Esser weit und breit bekannt war und an dem verhängnisvollen Tage mit seinen „Vertilgungsleistungen“ im Wirtshause stark renommierete, entrierte mit dem ungläubigen Kaufmann gegen einen beiderseitigen Eintrag von 100 M. die Bette, daß er innerhalb drei Stunden zwei Portionen Käsebraten, eine Portion Schweinebraten, vier Prastwürste und ein Pfund Blutwurst zu sich nehmen würde. Die Schlacht begann und es verfiwand eine Portion nach der anderen in den nimmerjätigen, unergündlichen Magen. Die Blutwurst schlang er zwar mit sichtlich Anstrengung und painenweise hinunter, aber auch mit ihr wurde er, bevor die drei Stunden abgelaufen waren, fertig. Als er leuchtend und schweißperlend das gewonnene Geld einstreichen wollte, besiel ihn plötzlich ein Unwohlsein und er fiel wie tot dem Stuhle. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod konstatieren.

Briefkasten der Redaktion.

Pannierkr. 21. Erfahren Sie in einem Drogengeschäft. — G. R. Weil sie den Appetit weckt und fördert.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde fällt heute wegen der Stadtverordneten-Wahlen aus!

M. v. S. Nur für die beiden letzten Lohnzahlungsperioden darf der Alledemerkbeitrag abgezogen werden. („Arbeiterrecht“ S. 193). Sie können den Anbruch auf den Teil des zu Unrecht abgezogenen Lohnes einbringen. — R. G. 1. Erforderlich zum Kirchenaustritt ist: Anmeldung beim Amtsgericht (Formulare können Sie bei Hoffmann, Blumenstr. 14, erhalten), Austrittserklärung zu Protokoll des Gerichts innerhalb 4 bis 6 Wochen nach Eingang Ihrer Anmeldung; Vorladung erfolgt nicht. 2. Treuen Sie in diesem Jahre aus, so haben Sie vom 31. 12. 1905 ab persönliche Kirchensteuern nicht mehr zu zahlen. — Haftbar 50. Sind weitere Abreden nicht getroffen, so sind Sie zur Zahlung verbunden. — C. B. Wenden Sie sich an das Auswärtige Amt oder an das Kriegsministerium. — W. M. 26. 1. Eine Frist besteht nicht. 2. Die Landgemeindevorstand, das Parteiprogramm über die Parteitage in München und Bremen sowie die beiden Protokolle über die Verhandlung der Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher der Provinz Brandenburg und Hindenburg, „Arbeiterpolitik und Wirtschaftspolitik“ geben Material. Ein zusammenfassendes Buch in dem von Ihnen gewünschten Sinne ist im Erscheinen begriffen. Alle einschlägige Literatur erhalten Sie in der Buchhandlung Vorwärts. Soweit ersichtlich, würde für Sie in erster Reihe ein Studium der Landgemeindevorstand in Betracht kommen. 3. Nachschreib, aber in den öffentlichen Bibliotheken können Sie die Reichstags-Druckfaden einsehen. 4. Ja. 5. Die bauspitzliche Genehmigung liegt der staatlichen, nicht der Gemeindebehörde, ob. — K. Hildorf. Rein. — R. Z. 100. 1. Zu Kallberge-Rüdersdorf. 2. Privatklagefahde. 3. Köpenick. — G. C. 23. 17. Kundst in Patentfachen erhalten Sie im Patentamt und im Bureau der Patentanwälte Unter den Linden 16. Ein Patent ohne Inzuehung eines Sachverständigen angemeldet ist in der Regel verurteilt. Das weienlichste ist die genaue Umzeichnung und Beschreibung des Patentanspruches. — F. 150. Beide Bezeichnungen sind gleichwertig und zulässig. — G. F. 1000. In Ihrem Falle ist zum Abschluß eines Eheantrages zu raten. Ein Beispiel finden Sie Seite 225 Nr. 23 des „Vorwärts“ durch das Bürgerliche Gesetzbuch“ (Eheantrag zum „Arbeiterrecht“). Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. Es ist notarieller (oder gerichtlicher) Abshluß des Antrages und Eintragung in des Mütterregister erforderlich. — G. G. 58. Plane 300. Die Erfordernisse für eine Adoption finden Sie S. 44 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten „Vorwärts“. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — W. Z. 96. 1. Ja. Nach § 323 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist für Feiertage kein Lohn zu zahlen, falls nicht Lohnzahlung nach dem Willen der Parteien erfolgen soll. Solcher Wille kommt zum Ausdruck: durch ausdrückliche Vereinbarung, durch Unmöglichkeit, zu der twirliche Abmachungen in der Regel zu rechnen sind, sowie durch die Art der Lohnberechnung (z. B. Wochen- oder Monats-Gehalt). Näheres finden Sie S. 166 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrecht“. 2. Rein. — G. R. 25. Markenfranz als Symbol der Jungfräulichkeit, Schiefer als das der Schamhaftigkeit sind seit etwa dem 4. Jahrhundert in der christlichen Kirche Sitte geworden. Eine Verlegung des historischen Ursprungs dieser Sitte, und des Befehles in der Auslegung der Symbole würde zu weit führen, zumal aber alle diese Punkte eine eingehende Aufklärung fehlt, provinzielle und konfessionelle Eigentümlichkeiten dabei in Frage kommen. Die ökonomische Grundlage der Sitte beruht auf der Anschauung, daß die Frau Eigentum des Mannes werde. — P. W. 100. Der Frau steht das Recht zu, ohne Einwilligung ihres Mannes Geschäfte zu machen. — Hrmacher. Ja, beantragen Sie Verhaftung. — Parteigenosse 187. 1. Rein. 2. Ja. 3. Rein. 4. Legen Sie Beschwerde beim Magistrat ein und verfolgen Sie dann die Sache bei der Stadtvorordneten-Versammlung. Halten Sie auch über die Angelegenheit auf dem Laufenden. — C. B. 250. Zur Herbeiführung einer Entscheidung der Aufsichtsbekörde ist zu raten. Der Anspruch hat wenig Aussicht auf Erfolg, falls die Dringlichkeit des Falls nicht erwiesen wird. Nachgehend sind die §§ 6a Nr. 6 und 26a Ziffer 2b (nicht 2a) des R.-G. — S. Z. 7. Wird der Verweis geführt, daß innerhalb der Empfangszeit auch einem anderen der Verweis gestattet war, so hat weder die Mutter noch das Kind einen Anspruch auf Alimente usw. — C. B. 7. Antrag auf gerichtliche Entscheidung wäre nutzlos, da Sie die Vollstreckung übertritten haben. Die Kosten (mit Zeugnengebühren) mögen etwa 10 M. betragen.

Witterungsüberblick vom 7. November 1905, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer-stand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C | Stationen | Barometer-stand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C |
|-----------------|--------------------|--------------|------------|----------|------------|------------|--------------------|--------------|------------|---------|------------|
| Stettin | 759 | E | 1 | Nebel | 3 | Dabrunn | 764 | E | 2 | bedeckt | 0 |
| Damberg | 759 | DEO | 1 | moßig | 3 | Petersburg | 770 | DEO | 3 | bedeckt | -3 |
| Berlin | 759 | ENE | 1 | wolfsen | 3 | Schiff | 753 | DEO | 1 | heiter | 8 |
| Frankfurt a. M. | 759 | D | 1 | Nebel | 2 | Worms | 743 | ES | 4 | moßig | 8 |
| Wien | 759 | NEO | 3 | halb hb. | -1 | Paris | 756 | DEO | 2 | bedeckt | 6 |
| Röten | 759 | NEO | 1 | halb hb. | 8 | | | | | | |

<

Heute Mittwoch, abends 9 Uhr: 13 Volks-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

1. Kommunal-Wahlbezirk bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35.
3. " " " " im Bürgergarten, Lindenstr. 105.
6. " " " " bei Zühlke, Dennystr. 13.
7. " " " " bei Gohmann, Kreuzbergstr. 48.
15. " " " " im Lokal „Südost“, Waldemarstr. 75.
16. u. 19. " " " " im Dresdener Kasino, Dresdenerstr. 96.
20. u. 21. " " " " in Andreas-Festhale, Andreasstr. 21.
26. " " " " im Elysium, Landsberger Allee 40/41.
27. " " " " in Schul' Festhale, Belforterstr. 15.
30. " " " " in Borussia-Festhale, Ackerstr. 6/7.
33. " " " " in Berolina-Festhale, Schönhauser Allee 28.
38. " " " " im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42.
40. u. 46. " " " " in Milbrodts Gesellschaftshaus, Müllerstr. 7.

Tages-Ordnung:

Verkündung des Wahlergebnisses.

Zahlreichen Besuch erwarten

209/15*

Die Einberufer.

zum Sonnabend, den 18. November sowie Sonnabend und Sonntag im Dezember noch freilich. Kommandantenstr. 72.

Zahnärztl. Institut **Münzstr. 18.** Künstliche Zähne u. 2. 30., Zahnziehen 1. 20., Plomb. v. 1.50 ab., Zeitgebühr

Dr. Simmel, Prinzstr. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Kufeke's Kindermehl

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung. Hervorragend bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.

I. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 7. November 1905, vormittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

128 186 [500] 323 400 52 677 796 812 78 904 [500] 53
78 1082 124 50 91 263 82 [500] 373 467 382 95 704 81
829 966 2021 23 269 [500] 333 [500] 591 3159 318
416 [1000] 603 67 819 40 780 867 921 4053 96 265 290
400 59 700 9 831 75 [1000] 904 5113 [500] 34 84 463
[500] 79 572 82 825 6084 120 70 364 562 783 853 7035
117 511 70 730 65 967 [500] 80823 221 384 484 501 32
783 831 74 9005 [500] 50 [1000] 204 19 380 680 87 727
832 80
10085 98 138 243 440 651 [3000] 769 890 956 96
11246 [500] 81 461 631 914 84 93 [3000] 12230 [3000]
930 62 13021 75 119 240 545 691 99 728 50 14000
6 12 142 342 439 635 908 [3000] 34 52 15378 427 48
54 940 16056 212 [3000] 378 613 94 679 786 [3000] 69
802 987 17040 [3000] 48 104 472 91 831 87 763 96 925
67 86 18083 89 163 87 270 653 823 52 19064 122 34
597 [1000] 803
20013 38 [1000] 352 [500] 554 822 919 [500] 21088
305 6 24 274 461 525 65 676 22080 172 412 39 523 77
633 [3000] 88 704 800 [1000] 10 950 86 23066 305 10
461 571 820 23 38 983 24036 [60 000] 171 211 556
676 747 847 [500] 25084 99 112 19 230 446 726 26136
250 360 844 [3000] 57 994 27039 448 698 822 28071
246 347 72 501 7008 [1000] 823 679 22912 99 308 84 351
586 603 56 819 67 916
30004 71 295 72 418 617 809 31244 365 64 77 482
621 40 52 614 65 842 32227 47 464 512 58 89 [1000]
617 44 87 577 [3000] 824 34392 [500] 335 34288
420 504 29 613 861 959 35100 68 969 [3000] 620 40 50
[500] 776 849 36030 96 [500] 202 440 79 37432 00
77 88 603 870 83 38001 69 143 287 436 79 505 [1000]
613 77 39014 126 236 321 46 [1000] 582
40068 68 106 214 68 407 28 95 637 783 85 861 943
41054 164 345 643 710 808 57 80 42008 111 228 315 93
421 39 525 [3000] 609 825 42 43219 663 835 44115 [1000]
382 [1000] 474 504 64 621 884 45006 379 451 629 34 757
533 81 98 [1000] 46045 131 381 733 850 47109 229
301 314 73 300 [3000] 34 65 761 897 776 45137 51 95
210 [1000] 518 [3000] 570 644 765 800 3 900 49181
71 206 12 38 305 14 34 420 719 [1000] 79 838 43
913 [3000]
50004 386 476 620 51890 124 310 848 912 [1000]
52017 258 90 350 474 651 86 53681 105 23 388 554 669
82 845 80 900 73 54334 786 66 72 [1000] 857 678
55055 113 76 89 241 314 540 615 46 53 746 897 41 929
56183 99 325 70 [1000] 74 636 [500] 912 57065 [3000]
100 267 560 79 822 23 636 761 77 966 58124 289 414
400 631 960 59325 85 421 82 505 93 689 [3000] 883 971
60032 44 292 98 497 599 635 865 61423 696
62077 127 286 346 [1000] 904 63024 200 [3000] 36
391 469 614 864 [500] 850 64243 646 889 934 65 81
65345 60 87 499 576 832 89 66028 179 278 432 735
51 [3000] 83 99 834 70 67198 276 414 584 610 68107
225 346 81 [1000] 83 490 502 701 [1000] 95 823 [3000]
68 [500] 922 79 69088 248 354 [500] 78 [3000] 535
691 [1000] 727 28 45 83 76 80 939
70192 301 54 [500] 429 598 79 602 65 [500] 71078
90 229 67 428 858 72097 [1000] 640 55 88 362 550 859
73029 116 384 81 854 74241 455 [3000] 614 [3000] 28
[500] 1000] 18 43 889 75034 471 84 609 901 14 76045
255 81 [500] 300 57 444 645 69 [500] 81 940 77512
[1000] 740 62 95 [1000] 845 680 78170 [500] 95 402
29 517 963 79016 32 44 270 328 50 410 51 [500] 96
[500] 720 818 63
80209 91 517 [500] 63 81008 512 73 633 571 919
30 [1000] 62257 373 829 62 978 85 83904 11 [3000]
177 361 665 53 710 71 [3000] 888 678 89 84146 80 92
302 38 443 512 730 911 23 85216 340 51 360 [3000]
882 84036 448 672 979 [1000] 87310 111 295 387 838
[500] 762 88666 619 49 89151 282 921 54 95 605 30
767 849 85 902
90391 616 612 811 40 50 910 91235 [3000] 392
483 515 21 769 [3000] 99 92008 146 65 307 [500] 438
866 93075 173 272 365 742 82 812 50 56 347 73 [1000]
94065 86 754 823 97 925 62 94 95010 276 [1000] 339
475 751 65 974 96178 574 841 [500] 41 906 97065
328 475 [500] 673 93 835 748 98046 119 294 526 33 765
942 67 80 90019 82 193 223 [500] 59 494 715 849 914 42
100028 56 230 [3000] 52 882 [500] 95 101019 14
172 266 [500] 643 61 703 87 857 868 102474 664 679
710 910 103142 78 360 457 81 592 48 733 [500] 50 858
104071 192 304 [500] 21 87 442 96 [500] 632 80 77 799
[1000] 105006 103 [1000] 41 247 368 58 418 [500] 51
947 106085 65 794 808 950 107680 106 56 365 405
[1000] 91 853 [500] 906 37 108031 189 [500] 96 212 13
423 864 812 64 939 109014 223 500 11 97 647 [1000]
750 874
110017 261 637 721 823 967 111019 102 90 29
304 26 334 926 616 927 55 [500] 58 112383 668
831 [500] 988 113069 100 33 [1000] 306 480 602 79 751
114610 [500] 21 122 45 94 [500] 462 [1000] 886 815 97
115215 25 54 324 42 83 367 116216 [1000] 65 821 55
922 91 117029 48 57 582 796 18 817 118331 433 513
119 63 791 908 119009 190 296 817
120222 32 320 82 855 627 787 801 943 121240
314 54 91 439 572 747 820 46 64 908 38 122173 238 360
75 473 628 123181 208 420 124197 298 310 [500] 45
29 433 646 [500] 767 814 980 125001 182 691 25 45

L. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 7. November 1905, nachmittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

128 428 75 557 928 30 41 02 [500] 1150 [5000]
02 201 21 [500] 307 438 508 96 2001 57 122 292 335
481 [500] 592 608 705 910 3000 129 [500] 69 [3000]
340 [500] 583 546 53 79 4028 75 170 97 344 478 537
604 17 740 76 5143 [1000] 88 254 6017 78 [3000]
81 175 381 69 767 818 [1000] 7002 298 13 54 608
853 70 8338 321 808 9079 172 286 323 410 88
[1000] 515 83 609 79 [1000]
10065 313 492 548 615 [1000] 49 723 883 909
[3000] 11088 128 66 [500] 224 35 494 537 661 630
12159 317 42 554 55 665 790 65 77 815 962 13041
48 [500] 400 14002 55 64 72 242 445 685 758 15328
39 48 111 204 495 508 808 38 47 69 16127 76 285
435 36 504 41 626 53 74 17005 26 254 86 314 97 [1000]
88 532 [3000] 822 82 18043 116 41 606 [1000] 708
85 82 846 922 24 19320 96 439 519 612 [500] 730 998
20048 319 58 66 400 [500] 761 21062 993 97
22142 257 374 537 641 50 68 [3000] 830 54 965 23003
65 144 63 448 65 592 58 665 783 24376 990 25162
222 303 [500] 437 585 [3000] 869 983 26338 80 83
540 41 72 661 700 866 27048 59 97 228 309 67 644
[500] 587 961 28033 229 71 370 519 [3000] 69 769
29065 115 208 20 311 16 800 29 723 854 75
30079 [500] 353 67 91 96 493 588 780 829 919
31196 [1000] 76 [1000] 96 368 420 [1000] 49 305 [3000]
627 99 32131 36 76 447 [500] 639 802 925 33001
167 380 [500] 626 732 34037 117 714 46 89 35067
199 270 302 15 476 372 [1000] 694 32 [500] 35028
212 507 49 682 596 37017 210 821 28 48 633 967
358 881 537 79 771 97 872 963 93238 66 353 609
769 884
40000 41 59 80 83 511 663 41068 437 580 618
706 834 42230 87 [500] 428 600 [500] 712 58 [1000]
71 553 43048 90 125 86 414 86 524 699 54064 821
37 70 451 516 46 56 746 817 942 45108 [500] 14 38
265 [1000] 490 90 526 660 74 712 79 [500] 910 40003
64 [3000] 99 261 704 820 29 75 889 47180 256 447
92 518 46 806 56 981 48156 88 273 477 606 76 49000
132 74 220 60 595 682 903
50230 81 415 87 [1000] 802 921 51051 83 1026
40 367 417 28 [500] 48 72 540 [500] 44 782 52126
292 439 57 579 584 823 81 53007 732 [500] 37
54184 636 704 827 56030 [3000] 312 18 23 [1000]
60 [1000] 412 21 629 58 69 724 [500] 56012 62 [3000]
115 16 465 589 630 60 730 849 919 22 57027 62 92
196 243 377 [3000] 410 330 [500] 848 58296 318
[500] 50 462 588 670 876 902 59000 250 97 346 496
[1000] 823 30 [500] 83 [500]
60522 702 38 61056 [1000] 149 262 72 364 24
529 34 654 77 805 835 62227 322 56 686 764 87 842
58 79 830 63244 301 325 [500] 85 [3000] 792 893
64282 366 69 400 673 764 914 65655 60 [500] 84
182 [1000] 89 301 89 359 415 734 892 904 66014 65
214 [1000] 66 384 [1000] 85 568 9 67033 323 319 504
19 61 925 66014 68 161 [1000] 84 98 292 425 849 942
[500] 50 65 69178 209 83 337 841 851 79 907
70065 71 93 367 77 443 69 562 [500] 736 92 829
60 71137 565 14 47 50 624 787 96 726314 51 302
[3000] 425 536 57 822 23 73153 [1000] 263 [500]
357 74031 339 42 456 768 966 17 85 75321 67 112
25 217 383 488 506 390 76055 170 73 328 [500] 40
442 581 695 710 814 77066 [500] 242 75 303 663 976
[3000] 78186 209 307 661 79065 43 483 512 [1000]
13 23 72
80085 [500] 227 407 539 87 868 908 61008 32 56
167 574 615 53 723 890 82506 60 280 291 483 634
90 997 83037 304 439 554 724 47 68 [1000] 72 87 945
84023 136 373 [500] 422 534 733 531 926 85056 178
966 [500] 60 306 410 16 42 [500] 56 810 20 611 34 715
206 [500] 60 306 410 16 42 [500] 56 810 20 611 34 715
96 86290 354 67 473 [500] 571 75 785 87909 180 292
374 458 67 661 88341 89224 608 304 45 83
90046 [1000] 289 583 826 [500] 91022 192 403
82 829 638 894 941 61 [3000] 92006 [500] 39 100 330
67 417 [1000] 21 63 71 589 775 830 911 93106 440 80
837 58 622 94043 92 114 63 [500] 225 406 43 [500]
684 646 [500] 782 95131 274 78 [1000] 512 [500] 901
43 94 96036 149 371 507 660 44 719 899 86 92909
186 282 313 [500] 587 619 88 715 99 [3000] 93 923
98010 [500] 87 432 532 98 617 760 843 63 951 90037
58 227 663 908 67
100116 272 93 319 468 [500] 854 965 101655
[1000] 139 302 82 581 785 890 102941 43 [500] 45 119
60 433 42 43 54 53 64 21 97 800 60 990 103010
266 602 728 94 996 104422 956 720 [500] 105167
315 38 62 425 501 [500] 65 647 593 [1000] 975 83
[1000] 106157 [500] 44 71 208 319 490 560 731 [3000]
846 68 96 946 45 107173 207 80 226 633 59 878 97
108217 35 377 712 800 34 [1000] 932 82 109122
475 959
110068 322 645 78 111024 74 307 348 417 [500]
601 919 112004 12 148 87 96 320 [3000] 84 70 403
[500] 32 62 740 986 91 977 113051 77 149 50 247
331 412 38 62 565 646 [500] 114028 [3000] 402 70
670 115026 104 260 332 434 56 581 730 805 633
116149 62 226 78 94 382 70 456 832 67 587 117012
45 139 436 786 806 931 61 118019 71 314 465 38
999 110146 66 421 44 58 821 [3000] 59 [500] 929
120067 161 580 [1000] 121256 418 57 607 708
122618 721 83 588 [500] 586 511 123309 138 88
225 89 382 478 515 98 722 907 63 71 913 124389
425 686 [1000] 735 60 [3000] 885 907 [15 000] 125018
28 465 14 823 65 26 704 126008 17 [500] 76 184

Prinzstr. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Sonntag, den 19. November 1905, vormittags präzise 10 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Ordentl. Generalversammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern für die Jahre 1906-1908 (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer).
 2. Wahl des Rechnungsausschusses für das Jahr 1905.
 3. Abänderung des Kassenstatuts.
 4. Verschiedenes.
- Der Vorstand:
Johannes Blenz, Otto Wonitzki,
Vorsitzender, Schriftführer.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Sonntag, den 19. November 1905, mittags 1 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Außerordentliche Generalversammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Antrag des Vorstandes auf Streichung des letzten Absatzes des § 51 des Kassenstatuts.
 2. Verschiedenes.
- Der Vorstand:
Johannes Blenz, Otto Wonitzki,
Vorsitzender, Schriftführer. 276/18

Worgen, Donnerstag, u. Freitag, 10. Nov., ab 8 1/2 Uhr, Alexanderstr. 27c, Engl. Gart.: u. Rannaustr. 27, Graumann:

+ Männer-Vortrag +

Neu: physiologische sexuelle Streifzüge aus dem Gebiete der geh. Männerleiden vom prof. Naturheilkundigen Grundmann.
Der Vortrag ist für Männer sehr wichtig!
Eintritt 20 Pf.
Berliner Naturheilk. Reform.
Kurort Rügenstr. 72. Naturd. Sprechst. 1-2, 6-8. Sonnt. 10-12.

Im Gewinnsatz verbleiben: 1. Primie a. 300 000 M., 1 Gewinn a. 500 000, 1 a. 200 000, 1 a. 150 000, 2 a. 100 000, 1 a. 75 000, 1 a. 60 000, 2 a. 50 000, 2 a. 40 000, 12 a. 30 000, 24 a. 15 000, 60 a. 10 000, 120 a. 5000, 1665 a. 3000, 2728 a. 2000, 4531 a. 500.

Im Gewinnsatz verbleiben: 1. Primie a. 300 000 M., 1 Gewinn a. 500 000, 1 a. 200 000, 1 a. 150 000, 2 a. 100 000, 2 a. 75 000, 1 a. 60 000, 2 a. 50 000, 12 a. 40 000, 24 a. 30 000, 25 a. 15 000, 59 a. 10 000, 117 a. 5000, 1005 a. 3000, 2889 a. 1000, 4713 a. 500.

Horror

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Nr. 262. Mittwoch, den 8. November 1905.

Inserate Sechsgelaltene Kolonelle 20 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Redaktion und Expedition: Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1983.

Der Ausfall der Charlottenburger Stadtverordnetenwahlen

nötigt uns noch zu einigen Bemerkungen. Zunächst eine Uebersicht über das Stimmenverhältnis der letzten Jahre:

| | 1901 | | | 1903 | | | 1905 | | |
|-----------|------|------|--------|------|------|--------|------|------|--------|
| | Soz. | Lib. | Misch- | Soz. | Lib. | Misch- | Soz. | Lib. | Misch- |
| I. Bezirk | 679 | 321 | 417 | 672 | 215 | 867 | 728 | 657 | 830 |
| II. " | 679 | 459 | 760 | 190 | 262 | 1293 | 1162 | 229 | |
| III. " | 750 | 181 | 908 | 744 | 179 | 122 | 1059 | 321 | 234 |
| IV. " | 718 | 291 | 290 | 829 | 864 | | 1018 | 446 | 278 |
| V. " | 981 | 989 | 318 | 557 | 211 | 296 | 992 | 400 | 179 |
| VI. " | 523 | 345 | 280 | 558 | 331 | 217 | 608 | 628 | 118 |
| VII. " | 481 | 389 | 224 | 411 | 412 | | 531 | 492 | 124 |
| VIII. " | 125 | 405 | 405 | 202 | 387 | 401 | 227 | 638 | 84 |
| Summa | 4786 | 2298 | 2701 | 5033 | 2289 | 1005 | 6451 | 4742 | 1676 |

Es ergibt sich hieraus, daß die Sozialdemokratie in allen Bezirken Fortschritte gemacht hat. Aber weit größer als der Fortschritt der Sozialdemokratie ist der der vereinigten Liberalen, die in diesem Jahre mit Hochdruck gearbeitet haben. Es wäre eine Selbsttäuschung, wollten wir nicht offen eingestehen, daß das Resultat des diesmaligen Wahlkampfes trotz unseres Stimmengewinnes für uns eine Niederlage bedeutet, denn vor zwei Jahren haben wir im ersten Ansturm sechs Mandate erobert, in diesem Jahre haben wir nur drei davon behauptet, in vier Wahlbezirken stehen wir in Stichwahl. Wir sind eben nicht im gleichen Verhältnis gewachsen wie unsere Gegner. Zwar haben wir überall, wo Stichwahlen stattfinden, einen Vorsprung vor den Liberalen, aber mit Rücksicht darauf, daß erfahrungsgemäß die Liberalen noch über zahlreiche Reserven verfügen und daß in der Stichwahl alle Gegner sich gegen uns vereint, ist in den nächsten Tagen eine ganz ungewöhnliche Agitationsarbeit nötig, wenn wir in den Stichwahlen siegen wollen.

Neben einer regen Agitationsstätigkeit haben die Liberalen ihre Erfolge dem Indifferentismus einer großen Zahl von Arbeitern zu verdanken, die trotz aller Ermahnungen nicht zu Bewegungen waren, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Von 38 861 eingeschriebenen Wählern erschienen nur 13 476, also nur etwa 35 Proz. am Wahltag, und in einigen Bezirken blieb die Beteiligung sogar noch erheblich hinter diesem Durchschnitt zurück. Geschlossen traten nur die Beamten zur Wahl an, sie stimmten fast ausschließlich liberal, und es unterliegt für den, der die Vorgänge bei der Wahl beobachtet hat, gar keinem Zweifel, daß sie einfach abkommandiert waren. Von einer Reihe von Arbeitern in Staatsbetrieben können wir das positiv behaupten, man sah es diesen Lohnsklaven an, wie sauer es ihnen wurde, für die liberalen Arbeiterfeinde und Volksverräter zu stimmen, aber sie mußten es, aus Furcht, sonst um Brot und Lohn zu kommen.

Vor keinem Mittel sind die Liberalen zurückgeschreckt. Vor uns liegt ein Flugblatt, das sich „an die Herren Magistratsbeamten Charlottenburgs“ wendet und an diese das dringende Ersuchen richtet, „sich ihrerseits auch ihrer Bürgerpflichten bewusst zu sein und unter keinen Umständen durch Stimmenthaltung die Erfolge der Sozialdemokratie zu unterstützen“. An und für sich ist natürlich gegen dies Wahlflugblatt nichts zu sagen, zu tadeln ist nur, daß es von nicht weniger als zehn liberalen Stadtverordneten unterschrieben ist, die sich nicht scheuten, den Titel „Stadtverordneter“ unter ihren Namen zu setzen. Der Reichstag betrachtet es in ständiger Praxis als Wahlbeeinflussung, wenn Beamte in dieser ihrer Eigenschaft Wahlaufträge unterzeichnen. Wenn auch Stadtverordnete keine Beamten sind, so ist doch sachlich ein Unterschied zwischen einem Flugblatt, das die Unterschrift von Stadtverordneten trägt und sich an Magistratsbeamte wendet und einem Wahlauftrag eines Landrats nicht vorhanden. Ja, das Verhalten der Liberalen ist noch weit schärfer zu verurteilen, weil die Beamten, an die sie sich wenden, sich in einer gewissen Abhängigkeit von ihnen befinden. Es zeigt sich hier wieder, daß die liberale Sippschaft, wo sie zur Herrschaft gelangt ist, weit brutaler, rücksichtsloser und gewissenloser ist als die Konservativen in Reich und Staat.

Bei gelegener Zeit werden wir noch näher auf diese Wahlbeeinflussungsversuche eingehen. Vorläufig gilt es, alle Kräfte zu sammeln, um in den Stichwahlen zu siegen. Wohl haben die Liberalen die Mittelstandsparteiler aufs gemeinste beschimpft, wohl haben sie sie als eine Partei bezeichnet, die nicht mehr ernst zu nehmen ist, aber das wird die Wiederleuten nicht abhalten, sich nun hilflos diesen selben Leuten zu nahen und sie um ihre Stimmen anzubetteln. Und die Hilfe wird ihnen zuteil werden, denn in ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie weiß die Bourgeoisie sich eins.

Die Sozialdemokratie ist auf sich allein angewiesen, sie muß aus eigener Kraft die Mandate, in denen sie in Stichwahl ist, zu erringen suchen. Wenn jeder einzelne Klassenbewusste Arbeiter seine Pflicht tut, dann muß uns der Sieg am 23. November zuteil werden.

Partei-Angelegenheiten.

Der heutige Jahlabend für Berlin fällt aus und findet dafür über acht Tage statt.

Charlottenburg.

Auf zur Stichwahl!

Den Parteigenossen aller Bezirke wird es zur Pflicht gemacht, heute Abend Mann für Mann in ihrem Bezirkslokal zum Jahlabend

zur Stelle zu sein, besonders die Genossen vom 1., 2. 6. und 7. Bezirk, denn in diesen Bezirken ist Stichwahl.

Charlottenburg. Zu dem am heutigen Tage stattfindenden Jahlabend haben sämtliche Mitglieder in ihrem Bezirk zu erscheinen; gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß sämtliche Genossen, welche Wähler der zweiten oder der ersten Wählerklasse sind, ihre Stimme für den Genossen Paul Girsch abzugeben haben.

Lichtenberg. Heute Mittwoch Jahlabend in allen Bezirken. Der Vorstand.

Treptow-Baumfischweg. Der Wahlverein hält heute für den Ortsteil Baumfischweg in den Bezirkslokale seinen Jahlabend ab. 1. Bezirk bei Schäfer, Baumfischweg 7; 2. Bezirk bei Christ, Marienbaderstr. 18; 3. Bezirk bei Wische, Baumfischweg 84/85; 4. Bezirk bei Kleinschmager, Baumfischweg 67. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß nur dort Protokolle vom Jänner Parteitag zu dem ermäßigten Preise von 10 Pf. an Mitglieder zur Ausgabe gelangen, es wird deshalb erwartet, daß reger Gebrauch davon gemacht wird.

Wilmerdorf. Heute Abend 8 1/2 Uhr findet in Salomons Volksgarten, Berlinerstr. 40, eine Generalversammlung des Wahlvereins statt. In derselben wird der Vorstandsbericht gegeben werden, außerdem werden die Delegierten Bericht erstatten von der Kreis-Generalversammlung. Pünktliches Erscheinen ist der wichtigen Tagesordnung wegen dringend geboten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Pantow. Heute ist Jahlabend wie üblich bei Clemen, Wollankstr. 122; Wolf, Wollankstr. 33; Euge, Schulze, 28; Abendroth, Mühlentstr. 25, und Gröbel, Kaiser Friedrichstr. 15. Da am 29. d. M. die Generalversammlung des Wahlvereins ist, in der Beiträge nicht angenommen werden, ist der Besuch des Jahlabends für jedes Mitglied dringend geboten.

Schöneberg. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß die Bezirksitzungen (Jahlabende) dieses Monats erst am Mittwoch, den 15. November, stattfinden.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Als gewählt proklamiert wurde am Montagabend im dritten Bezirk der dritten Abteilung nicht unser Genosse Gabriel, der von 494 abgegebenen Stimmen 363 erhalten hatte, sondern sein Gegenkandidat, der Stadtv. Schneider, für den nur 128 Wähler ihre Stimme abgaben. Nachdem in emsiger Arbeit vor und nach dem Wahltag endlich festgestellt werden konnte, daß Gabriel nicht Besitzer eines Hauses ist, wurden die auf ihn entfallenen Stimmen für ungültig erklärt. Der Wahlvorstand stützt sich dabei auf eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts, wonach ihm das Recht zusteht, die Wahlfähigkeit der einzelnen Kandidaten zu prüfen. — Dem Stadtv. Schneider ist es somit gelungen, auf diese ganz eigenartige Weise zu einem Mandat für die weiteren sechs Jahre zu kommen. Sein bisher innegehabtes Mandat im zweiten Bezirk läuft in zwei Jahren ab und er wäre dort auf keinen Fall wiedergewählt worden. Eine besondere Ehre kann also der Stadtv. Schneider mit dem neuen Mandat nicht einlegen.

Ein langjähriges Verkehreshindernis wird in nächster Zeit verschwinden. Das den Petzoldischen Erben gehörige Grundstück an der Wlazi- und Hauptstrahlen-Ecke ist an ein Baugeschäft zum Preise von 850 000 Mark verkauft worden. Das Grundstück hat eine Frontlänge von 140 Meter und beträgt der Preis für die Quadratmeter 2200 Mark. Die alten Gebäude sollen verschwinden und an deren Stelle moderne Prachtbauten entstehen.

Röpenitz.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst einem Dringlichkeitsantrage des Magistrats, der die Ablösung der Fischereigerechtigkeit in der Krümmen-Lanke, die in der Oberförsterei Grünau-Dahme liegt und bisher zur Pacht von Teufelssee gehörte, erstrebt, zugestimmt. Die Ablösung, welche die Regierung zahlt, beträgt 2800 M.

Der Antrag, das Restaurant „Wendenschloß“ auf 10 Jahre für den Preis von 3700 M. pro Jahr an den Restaurateur Emil Friedrich in Berlin zu verpachten, fand nicht die Zustimmung der Versammlung. In den Kosten der Pacht- und Fortbildungsschule der Vorbereitung wurden auf Antrag 60 M. bewilligt. Dem Pachtgebot des Herrn Fritz Moier für das Lokal „Teufelssee“ für jährlich 3600 M., des Herrn Müller für das Lokal „Häbezahl“ jährlich 3500 M. und des Herrn Fiß für das Lokal „Schmetterlingshain“ jährlich 4100 M. wird die Zustimmung erteilt. Genehmigt wurde das neue Ortsstatut über die Anstellung und Verpflegung der Gemeindebeamten der Stadt Röpenitz. Danach beträgt das Gehalt für die in Klasse V eingereichten Bureau- und Kassen-Assistenten 1400 M., steigend in dreijährigen Perioden um 180 M. bis 2060 M. Pächtsbeitrag 150 M. In die Klasse VI sind die bisher gewährten Funktionszulagen. Die Nachtwächter beziehen jährlich 750 M., steigend in dreijährigen Perioden um 50 M. bis 1000 M. Pächtsbeitrag 110 M. Die Schuldiener erhalten jährlich neben freier Wohnung und Heizung 50 M. für jede Schulklasse. Das hierdurch ermittelte Grundgehalt steigt in fünf- bis dreijährigen Perioden um je 50 Mark. Die Konzipisten, welche zwei Jahre in hiesigen städtischen Bureauarbeiten beschäftigt sind und das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben, beziehen jährlich 1000 Mark, steigend in dreijährigen Perioden um 120 Mark bis 1600 Mark. Die Anträge unserer Genossen, welche eine gerechtere Verteilung der einzelnen Beamten in die vorgenannten Klassen sowie die Erhöhung der Befoldung und der Alterszulagen für die unteren Klassen erstrebten, wurden gegen die Stimmen unserer Genossen, denen sich noch vier bürgerliche Vertreter angeschlossen, mit 17 resp. 18 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Das Ortsstatut tritt am 1. April 1906 in Kraft.

Rigdorf.

Unter den Hufen der Pferde. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag in der Friedelstraße zu Rigdorf. Als der Kutscher Wag Lehmann, Stallknechtstr. 32 wohnhaft, mit einem Geschäftswagen der Kartonsfabrik Maehl, Köpenickerstr. 55, durch

die Friedelstraße fuhr, schlug eins der Pferde plötzlich nach hinten aus und traf den Kutscher so unglücklich gegen die Brust, daß er vom Bod herabstürzte und unter die Pferde fiel. Das wilde Tier schlug jetzt noch einmal aus und traf den Bedauernswerten ins Gesicht. Schwerverletzt wurde er unter den Pferdehufen hervorgezogen und nach dem Krankenhaus Wehmanien gebracht.

Lichtenberg.

Die Gemeindevertretung mußte in der letzten Sitzung wiederum dem „einnehmenden“ Wesen unserer „Hausbesitzer“ gehörig Rechnung tragen. 6168 M. wurden den Herren, deren Grund zum Teil schon in zweiter und dritter Hand sich befinden und doch gewiß immer verfallen sind unter Zugrundelegung der gehaltenen Unkosten plus gewachsener Bodenrente aus dem Steuerfadel bewilligt. Daß „Wesig“ und „Bildung“ im Gegensatz zu der Behauptung des Wortführers der „Liberalen“ nicht identisch sind, zeigte der Umstand, daß die Mitglieder der Gemeindevertretung, die zu den „Erhaltenden“ gehörten, erst „sanft“ angestochen werden mußten, ehe sie sich aus dem Sitzungssaal entfernten, trotzdem sie doch sicher sein konnten, daß die Majorität wie in früheren Fällen für sie eintreten würde. — Die Mittel für eine neue Assistentenstelle bei dem Gaswerke stellte die Vertretung zur Verfügung, nachdem nachgewiesen war, daß die Zunahme der Konsumenten beim Gas- und dem Elektrizitätswerke eine außerordentlich große ist. — Auch die Mittel zur Verlegung eines Gashauptrohrs in Hohen-Schönhausen und die Verstärkung des Rabelnetzes im Westen der Gemeinde Lichtenberg wurden nach kurzer Debatte bereit gestellt. — 6000 M. zur Errichtung einer Desinfektionsanstalt wurden mit der Motivierung gefordert, daß die Berliner Anstalt die bisher geübte Nachbarschaftshilfe mit Rücksicht auf den Umfang der eigenen Aufgabe nicht mehr gewähren kann. Die Bewilligung erfolgte einstimmig. Der Vorlage auf Erlass einer Gefährdungsordnung sowie einer Bau-Gefährdungsordnung stimmte die Versammlung zu. Auf Grund des nunmehr geltenden Ortsstatuts sollen die Besitzer der Grundstücke, deren Bürgersteige durch die Gemeinde reguliert wurden, zu 1/4 der Kosten herangezogen werden.

Weißensee.

Die Wahl des Gemeindevorstehers ist vollzogen und zwar hat der Stadtrat Dr. Woelck in Schöneberg von 28 abgegebenen Stimmen 27 erhalten, während 1 weißer Stimmzettel abgegeben wurde. Unsere Parteigenossen (7 an der Zahl) beteiligten sich ebenfalls an der Wahl, in der festen Voraussetzung, in der Person des Dr. Woelck denjenigen Mann gewählt zu haben, der imstande ist, das bisher bestehende Hausbesitzer-Regiment zu beherzigen und Sonderinteressen nicht aufkommen zu lassen. Sein bisheriger Ruf als Kommunalbeamter, auch bei den Schöneberger Genossen, bürgt dafür, daß die Interessen der Allgemeinheit mehr als bisher zur Geltung kommen werden.

Rummelsburg.

Ein roher Streich ist in der gestrigen Nacht in Rummelsburg verübt worden. Das jetzt fertig gestellte Haus Quedlinburgerstraße 20, dessen Räume zwar vermietet, aber noch nicht bezogen sind, enthält im Erdgeschoß mehrere Läden mit insgesamt sechs großen Schaufenstern. In der gestrigen Nacht wurden die sämtlichen Schaufenster von hübscher Hand total zertrümmert, so daß die Läden, die zum Teil bereits eingerichtet waren und in denen in dieser Woche die Geschäfte noch eröffnet werden sollten, nicht bezogen werden können. Der dem Hauswirt durch den Vandalenstreich zugefügten Schaden dürfte etwa 5000 M. betragen.

Tempelhof.

Die Tempelhofer Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung einstimmig, den Antrag der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn, mit ihr wegen Verlängerung des Vertrages in Verhandlungen zu treten, abzulehnen. Einem zweiten Antrage der Großen Berliner, auf Errichtung einer Straßenbahnlinie von der Tempelhofer Grenze bis zum Rigdorfer Begräbnisplatz, die den Mariendorfer Weg jenseits des Zeltkanals entlang führen soll, sieht die Gemeindevertretung nicht unympathisch gegenüber, wenn auch verschiedene Einzelheiten des Vorschlages erst der Klärung bedürfen. Mit dem Antrage der Berlin-Tempelhofer Tertium-Gesellschaft auf Ausbau der verlängerten Volkse- und Kaiser Wilhelmstraße erklärte sich die Gemeindevertretung einverstanden. Das Anschlagswesen für Tempelhof soll von dem dortigen Haus- und Grundbesitzerverein übernommen werden.

Eichwalde.

Die Kassensteuer nicht genehmigt. Die von der Gemeindevertretung von Eichwalde beschlossene, vielerörterte Einführung einer Kassensteuer ist von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt worden. Um jedoch die Singvögel vor den wildernden Raben zu schützen, beschloß der Eichwalder Grundbesitzerverein, von dem feinerzigt die Anregung zur Einführung einer Rabensteuer ausging, die Aufstellung von sogenannten Rabenfallen.

Treptow.

Von der städtischen Straßenbahn überfahren wurde gestern auf der Köpenicker Landstraße eine ältere Frau. Mit einer Bekannten im Gespräch begriffen und von derselben Abschied nehmend, näherte sich die Frau rückwärts gehend, dem Straßenbahngleise. Trotzdem der Wagenführer circa 20 Meter vorher bremste, geriet die Unachtsame unter den Räder und wurde von dem Rade eingeklemmt. Von dem nahen Bau eilten sofort hilfsbereite Arbeiter herzu und befreiten die Frau unter äußerster Kraftanstrengung. Die Ueberfahrere gab nur noch wenig Lebenszeichen von sich und wurde nach der Rettungswache gebracht. Als ein Uebelstand muß es bezeichnet werden, daß die Wagen nicht mit einer Hebevorrichtung ausgerüstet sind. Es wäre nicht zu viel verlangt, wenn nach dieser Richtung Vorkehrungen getroffen würde.

Spandau.

Das Resultat der Stadtverordnetenwahlen in Nr. 261 weist einige Irrtümer auf. Wir bringen daher nochmals das vollständige Ergebnis der stattgehabten Wahlen. 1. Bezirk: Genosse Sage 87, die Gegner 425 Stimmen; 4. Bezirk: Genosse Linz 225, Genosse Wöhe 221, die Gegner 800 und 357 Stimmen; 5. Bezirk: Genosse Pieper 179, die Gegner 390 Stimmen; 7. Bezirk: Genosse Pieper 302, die Gegner 304 Stimmen. — Der Bericht „Zwei öffentliche Versammlungen“ in derselben Nummer ist durch ein technisches Versehen unter Köpenitz geraten; er gehört unter Spandau.

Die Stadtverordneten-Wahlen in Berlin.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie

sind die folgenden:

1. Kommunal-Wahlbezirk: Paul Schulz, Gastwirt, Rammersstr. 11.
3. " " Johann Sassenbach, Geschäftsführer, Engel-Ufer 15.
6. " " Paul Röhring, Lithograph, Plan-Ufer 41.
7. " " Dr. Georg Herzfeld, Kaiserin Augusta-Str. 77.
15. " " Ludwig Tolsdorf, Stadtverordneter, Görlitzerstr. 58.
18. " " Dr. Ignaz Jadel, Dresdenerstr. 109.
19. " " Alexander Fröhlich, Kaufmann, Greifswalderstr. 26/27.
20. " " Walder Knauff, Schriftsteller, Friedenstraße 13.
21. " " Fritz Wille, Stadtverordneter, Brunnensstraße 188.
26. " " Hugo Heumann, Stadtverordneter, Ulmenstraße 8.
27. " " Adolf Hoffmann, Stadtverordneter, Blumenstr. 14.
30. " " Johann Sassenbach, Geschäftsführer, Engel-Ufer 15.
33. " " Karl Koblensky, Kassenbeamter, Sonnenburgerstr. 10.
38. " " Karl Mars, Zeitungspediteur, Lybenerstraße 123.
40. " " Dr. Leo Kronz, Brücken-Allee 3.
46. " " August Hinge, Kaufmann, Panstr. 31 b.

Die Wahl ist eine öffentliche.

Der Name des zu Wählenden muß öffentlich dem Wahlvorsteher genannt werden.

Bei der Stimmabgabe den Namen vom Zettel abzulesen, halten manche der freimüthigen Wahlvorsteher für unzulässig — da sollte möglichst kein Wähler diesen Herren Gelegenheit geben, ihren Eifer zu betätigen.

Unsere Wahlbüros,

in denen sich alle die Genossen, die am Tage helfen können, zur Wahlarbeit zur Verfügung stellen, befinden sich an folgenden Stellen:

1. Kommunal-Wahlbezirk: Weihnacht, Grünstr. 21 (Tel.: Amt 1, 1787).
2. Reichstags-Wahlkreis: Zentralbureau: Ref. S. H. Hornstr. 2 (Tel.: Amt 9, 9064).
3. Kom.-Wahlbez. Berger, Zimmerstr. 22; Gaußberg, Kochstr. 6; Strauß, Wilhelmstr. 119/120.
6. Bethle, Lühovstraße 7; Große, Tempelhofer Ufer 19; Prüfer, Möckernstr. 121.
7. " " S. H. Hornstr. 2; Werner, Hagelbergerstr. 2; Böhmchen, Kreuzbergstr. 12.
15. " " Parteipredigt Lützowplatz 14/15 (Tel.: Amt 4, 4855).
16. " " Lindemann, Moritzstr. 9.
19. " " Rieger, Köpenickerstr. 50, Ecke Michaelkirchstraße (Tel.: Amt 4, 1434).
20. " " Dstrowski, Schillingstr. 24.
21. " " Merlowski, Andreasstr. 26 (Tel.: Amt 7, 945).
26. " " Weiersdorf, Elbingerstr. 9 (Tel.: Amt 7a, 6349).
27. " " W. Spät, Weinstr. 28 (Tel.: Amt 7a, 8054).
30. " " Wittchow, Al. Hamburgerstr. 27, Ecke Elbingerstr. (Tel.: Amt 3, 8065).
- (Mödel, Sophienstr. 10; Maerker, Bergstr. 10).
33. " " Schüller, Oberbergerstr. 7 (Tel.: Amt 3, 7053).
38. " " Bergmann, Brunnensstr. 79 (Tel.: Amt 3, 2572).
40. " " Jahn, Rabenstr. 6 (Tel.: Amt 3, 2137).
46. " " Kröhn, Reinickendorferstr. 23 (Tel.: Amt 2, 1108).

Berliner Nachrichten.

Ja, das kommt davon! Ueber die Straßenabsperrungen, die am Montag beim Einzug des Königs von Spanien wieder in weitestem Umfange vorgenommen wurden, so daß vielen ihrer Arbeit nachgehenden Personen Umwege und Zeitverluste auferlegt wurden, wird auch in einigen bürgerlichen Blättern beklagt. In den Redaktionen dieser Blätter scheint man nicht begreifen zu können, daß die bürgerliche Presse selber mitschuldig ist. Warum müßt ihr denn über jeden Gelmbusch berichten, der an Euch vorbeischießt? Könntet ihr Euch das verneinen, so würde Euer Lesepublikum vielleicht doch mal von dem Glauben kuriert, daß es solchen Nichtigkeiten nachlaufen müsse. Aber der gesamten bürgerlichen Presse, auch den sich linksliberal gebenden Blättern, hat es von jeher als heilige Pflicht gegolten, ihren Lesern getreulich zu schildern, wie großartig es wieder einmal gewesen sei. „Born pidt sie, hinten nidt jiel!“ kann man von dieser „linksliberalen“ Presse sagen. Im politischen Teil wird auf die Regierung geschimpft, im lokalen Teil werden dynastische Feste in bengalischer Beleuchtung absonderlich.

Bei dieser Gelegenheit möge übrigens festgestellt werden, daß von den „sozial-fortschrittlichen“ Stadtverordneten, deren Presse jetzt am lautesten über die Absperrungen getost, kein einziger gegen die vom Magistrat beantragte Straßenausschmückung gestimmt hat. Soweit sie an der Sitzung teilgenommen hatten, waren sie alle vor der Verhandlung dieses Gegenstandes weggegangen. Warum? Ja, warum wohl! Vor einigen Jahren, als es sich um die Straßenausschmückung für den Oesterreicher handelte, hielten sie sich noch für verpflichtet, sich durch ihre Abstimmung direkt an diesem freimüthigen „Höflichkeitstakt“ zu beteiligen. In der Abstimmungsliste von damals begegnen wir ihren hervorragenden Persönlichkeiten unter den Jassagern, nur einer von ihnen sieht mit Reiz bei den Sozialdemokraten. Denken sie heute ebenso wie damals — oder anders? Angeht die Stadtverordneten-Wahlen wäre es doch gewiß für manchen Wähler ganz interessant gewesen, Klarheit hierüber zu erhalten. Herr Illstein, der wieder kandidiert, soll (nach einem Bericht des „B. Z.“) den Wählern erzählt haben, sein Eintritt in die neu entstandene „Sozial-fortschrittliche Gruppe“ bedeute keine Abspaltung, er sei seinen Grundrissen durchaus treu geblieben. Bezieht sich das auch auf jenen „Höflichkeitstakt“? Denn auch Herr Illstein paradiert unter den Jassagern von damals!

Die juristische Sprechstunde fällt heute abend aus.

Regeln für die Versendung von Massen-druck-sachen. Massen-druck-sachen werden in besonders großen Mengen in der Zeit vor Weihnachten zur Auflieferung gebracht. Es ist deshalb auf die Regeln hinzuweisen, die bei der Vorbereitung von Massen-druck-sachen für den Versand durch die Post zweckmäßig beobachtet werden. Die Freimarken sind gleichmäßig in die rechte obere Ecke der Auf-schriftseite zu kleben. Zur Verpackung der Druck-sachen sind keine dunkelfarbigen Umschläge, Streifenbänder usw., sondern solche aus weißem, hellgrauem oder gelbem Papier zu verwenden, die das Lesen der Aufschriften ohne Anstrengung gestatten. Die Umschläge müssen — namentlich in der Breite — tunklicht zur Einlage passen. Die Verschlußklappe ist nicht nach innen zu stecken. Bei Verwendung von Streifenbändern müssen diese fest umgelegt werden. Sollen größere Druck-sachen unter Band verschickt werden, so empfiehlt sich die Anlegung eines Kreuzbandes an Stelle des ein-fachen. Unter Umständen sind die Sendungen zu umschütten.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Die Aufschrift muß unbedingt deutlich sein. Der Bestimmungsort soll stets unten rechts stehen. Auf der Außenseite des Umschlages dürfen Angaben über Absender, Inhalt der Druck-sachen z. B. die Deutlichkeit der Aufschrift nicht beeinträchtigen. Der Bestimmungsort ist mit ausreichender Deutlichkeit zu bezeichnen. Hat er selbst eine Postansicht, so ist diese ebenfalls anzugeben. Gehört er nicht zu den allgemein bekannten Orten, so muß seine Lage näher bezeichnet werden, durch Angabe der Provinz, des Regierungsbezirk, der Landschaft, des Flusses z. B. Gleiche oder ähnlich lautende Postorte müssen genau unterschieden werden. Aufschriften auf Druck-sachen nach fremden Ländern sind lateinisch zu schreiben. Die Adresse ist in der fremden Sprache abzufassen. Es empfiehlt sich, die Massen-druck-sachen in zusammengepackten Bündeln aufzuliefern, welche die einzelnen Sendungen in einer für die Abstempelung der Freimarken erforderlichen gleichmäßigen Lage enthalten.

Armenessen für Beamte in städtischen Diensten. Ein im städtischen Obdach angestellter Hausdiener, der Frau und fünf Kinder zu ernähren hat und seit zehn Jahren in städtischen Diensten steht, erhält ein Gehalt von — 50 M. monatlich. Die seit Jahren von sozialdemokratischer Seite gestellten Anträge auf Erhöhung dieses absolut unzulänglichen Lohnes wurden regelmäßig abgelehnt. Der Stadtrat schied als Deputierter für das Obdach gestattet aber, daß dem Hausdiener — für sich und seine Familie das Gien aus der Küche des städtischen Obdachs geliefert würde. Diese etatswidrige Lieferung kam in der gestrigen Kuratoriums-sitzung zur Sprache. Ein bürgerlicher Stadtverordneter bezeichnete diese Art der „Armenunterstützung“, die er allerdings Entlohnung nannte, als: „Lolle zu stände“ und „der Stadt nicht würdig“. Genosse Adolf Hoffmann legte mit Entschiedenheit dar, daß es ein geradezu skandalöser Zustand sei, statt einer notwendigen Lohnerhöhung eine Art etatswidrige Armenunterstützung zu gewähren. Ein fündiger freimüthiger Wahlauflösungs-jurist konnte wohl darin eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln sehen und dem Mann das Wahlrecht entziehen. Etats-widriges Armenessen statt etatsmäßiger Lohnerhöhung — ein prächtiges Bild sozialer Fürsorge der Stadt für ihre Angestellten! Dieselben Liberalen spotten in Flugblättern über die „Zukunftliche der Sozialdemokratie“, „wo alles aus einem Kessel gefüttert wird“, bringen es aber fertig, einem zehn Jahre im Dienste der Stadt stehenden verheirateten Arbeiter einen Lohn zu zahlen, der es der Frau unmöglich macht, „ihren liebgewonnenen eigenen Kochtopf zu haben“, „nach ihrem Geschmade zu lochen“ und „so die deutsche Sitte und Häuslichkeit zu befestigen“. Der Wähler möge auch aus diesem Vorfalle sehen, wie notwendig es ist, gegen den Mangel sozialen Empfindens in der Stadtverwaltung durch sozialdemokratische Stimmabgabe aufzutreten.

Ueber Taktlichkeiten zwischen ausländigen und arbeitswilligen Maurern berichten bürgerliche Blätter. Wie immer in solchen Fällen werden dabei die Tatsachen entstellt und stark aufgebauscht. Danach soll es in einer Wirtshaus in der Prinzenallee zu Schlägereien gekommen sein, wobei Biergläser, Messer usw. eine starke Rolle gespielt haben und zahlreiche Verletzte, es wird von zwölf berichtet, sollen verletzt worden sein und mußten auf der Unfallstation in der Badstraße verbunden werden. Soweit wir in Erfahrung bringen konnten, handelt es sich um folgendes: In der Wollanstraße läßt der Hausmalermeister R. zurzeit einen Neubau aufführen. Ende voriger Woche verlangte er von den Arbeitern eine höhere Arbeitsleistung. Das wurde von den Maurern verweigert und die Folge davon war die Entlassung von 30 Mann. Die übrigen auf dem Bau beschäftigten Kollegen erklärten sich mit den Entlassenen solidarisch und gingen ebenfalls vom Bau. Am Montag traten aber schon Alfordmaler an deren Stelle. Auf den Hinweis, daß diese Handlungsweise eine unsozialistische sei, benahmen sich diese Leute schon am Morgen recht herausfordernd. Mittags ging dies aber noch weiter. In der Nähe des Neubaus befindet sich ein Schanklokal, in welchem eine Anzahl bisher auf dem Bau beschäftigter Maurer ihre Mittags-mahl einnahmen. In dieses Lokal kamen auch die Arbeitswilligen und es dauerte nicht lange, daß diese Leute zu Taktlichkeiten griffen. Dabei kam es allerdings zu einigen Verletzungen, wenn auch nicht in dem von bürgerlicher Seite gemeldeten Umfange. Die „Post“ nimmt diesen Vorfall zum Anlaß, einen härteren Sauch für Arbeits-willige zu fordern. In Wirklichkeit liegt die Sache umgekehrt. Weil die Arbeitswilligen wissen, daß sie als „nützliche Elemente“ nach jeder Richtung hin gebührend werden, glauben sie, sich den für eine menschenwürdige Existenz kämpfenden organisierten Arbeitern gegenüber alles erlauben zu dürfen.

Schwere Unfälle durch Ueberrfahren ereigneten sich Montagabend an der Ecke der Zimmer- und Friedrichstraße und der Invaliden- und Chausseestraße. Dort geriet das vier Jahre alte Lächterchen des Postboten Brunner aus der Zimmerstr. 18 unter einen Straßenbahnwagen, hier die Stütze der Hausfrau Frieda Wegold aus der Wilhelmshavenstr. 31 unter eine Droschke. Die Kleine erlitt einen Schädelbruch, Frieda Wegold schwere Quetschungen an der Brust und innere Verletzungen. Beide wurden nach der königl. Klinik gebracht und leben noch. Auch der Zustand des Kindes, das schon totgeburtig wurde, ist nicht hoffnungslos. Der Droschkenfahrer fuhr rücksichtslos davon und entkam unerkannt.

Einbrecher suchten Montagmorgens zwischen 5 und 6 Uhr den Gastwirt Friedrich Scherf heim, der in der Neuen Friedrichstr. 72 im zweiten Stock wohnt und zwei Häuser weiter, an der Ecke der Kaiser Wilhelmstraße, wo sich auch eine Revierwache befindet, sein Geschäft betreibt. Um 5 Uhr war in der Wohnung noch alles in Ordnung. Als eine Stunde später das Dienstmädchen hinging, um etwas zu holen, fand es alle Behältnisse in den mit Nachschlüssel geöffneten Kammern erbrochen, nur die Mädchenlampe war unberührt. Die Einbrecher hatten sogar Kleider der Frau Scherf, darunter vier seidene, und ihre ganze Wäsche mitgenommen; ferner fünf Anzüge Scherfs, zwei vom Hausdiener und die Bezüge und Kopskissen von drei Betten. Der Verstoßene setzt auf die Ermittlung der Einbrecher und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes eine hohe Belohnung aus.

Ein wüster Orgel, bei dem das Messer eine große Rolle spielte, schreute gestern in früher Morgenstunde die Bewohner der Rammersstraße aus dem Schlafe auf. Mehrere Burtschen hatten dort einem Schutzmann die Lebensscheibe zertrümmert und dies gab die Veranlassung zu einer blutigen Schlägerei. Die Messer wurden gezogen und blindlings stachen die Kämpfenden auf einander los. Keiner der Beteiligten war ohne Verletzung davongekommen. Als Schutzmannspatrouillen sichtbar wurden, ergriffen die Messerstecher die Flucht und die vielen Blutstropfen, die sich auf dem Bürgersteige hinzo-gen, bezeichneten den Weg, den die Erzdetenden genommen hatten. Dem 23-jährigen Hausdiener Paul Tornow aus der Grenadierstraße 17, der einen tiefen Stich in die Brust erhalten hatte, war es infolge des erlittenen starken Blutverlustes nicht mehr möglich gewesen, zu entkommen. Er wurde verhaftet und da er den Polizeibeamten Widerstand entgegensetzte, wurde er schließlich gefesselt nach der Unfallstation in der Badstraße gebracht.

In großer Lebensgefahr schwebten vier Personen bei einem Bootsunfall, der sich auf der Havel bei Conradsböhe ereignete. Ein großes Segelboot, in dem sich vier Jungs befanden, kam mitten im Strom zum Steuern und die vier Personen stürzten ins Wasser. Auf die Hülferufe der Gefährdeten eilte die Besatzung eines Schleppdampfers hinzu und es gelang ihr auch, die Gekenterten zu retten.

Nach Abneigung gegen die Großstadt hat sich die 34 Jahre alte Frau Agnes des Steuerassessors Hoffmann aus der Franckestr. 28 aus ihrer Wohnung entfernt und wahrscheinlich ein Versteck gefunden. Hoffmann war vorher in Woronow in Oberschlesien angestellt und wurde vor fünf Wochen von der Grenze hierher versetzt. Seine Frau hatte gar keine Lust nach Berlin zu gehen, und wurde hier ganz schwermerzig. Am Freitagmorgen brachte sie ihre beiden Söhne von 7 und 2 1/2 Jahren zu ihrer Schwiegerin, die in demselben Hause wohnt, und ging dann ohne Kopfbedeckung weg. Seitdem hat man nichts mehr von ihr gehört. Alle Nachforschungen und telegraphische Anfragen bei Verwandten in der Provinz blieben

ohne Erfolg. Die Vermisste hat blondes Haar und ist mittelgroß. Sie trägt ein schwarzes Jackett, einen blauen Rock und niedrige Spangenschuhe.

Auf frischer Tat ergriffen wurde ein schon oft vorbestrafter Taschendieb namens Karls, der beim Einzug des Königs von Spanien wieder sein Geschäft zu machen suchte. Er hatte auch schon mehrere lobnende Jüge gemacht, als er unmittelbar nach einem erfolgreichen Griff in eine Damentasche von einem Kriminalbeamten gepackt wurde.

Beim Fahrrad-diebstahl erwischt wurde ein Kutscher Karl Leopold in der Münzstraße. Er bestieg vor dem Hause Nr. 4 ein Rad, das ein Herr auf einen Augenblick ohne Aufsicht hatte stehen lassen, und fuhr davon. Der Herr sah das aber von dem Laden aus, den er eben betreten hatte, und verfolgte ihn. Da dem Diebe zufällig mehrere Wagen in die Quere kamen, so gelang es, ihn zu ergreifen und der Polizei zu übergeben.

Ein brennendes Automobil rief gestern in der Büchmannstraße großes Aufsehen hervor. Bei der dem Fuhrherrn Heinrich Bier, Büchmannstraße 45, gehörigen Automobilmaschine hatten sich im Kasten des Kutschersitzes infolge Ueberfüllung des Benzinhalters Gase angesammelt, die zur Explosion kamen. Beim Löschen der Flammen zog sich L. an den Händen Brandwunden zu.

Festgenommen wurden zwei Jüngerweiber, die seit einiger Zeit viele Geschäftsleute mit der Wechselkassette heimlich. Gestern versuchten sie ihren Schwindel bei einem Schenkwirt in der Immanuelkirchstraße. Weil der Wirt ein Nehmerstück, auf das es abgesehen war, vorichtig bei Seite gelegt hatte, so mußten sie sich mit einer Mark begnügen. Aber auch deren Verlust merkte der Wirt noch so zeitig, daß er die Schwindlerinnen verfolgen und festnehmen konnte. Vor der Kriminalpolizei nannte sich die ältere Jüngerin Frau Weiß geb. Steinbach, die jüngere Wöhmer. Beide behaupten, erst gestern nach Berlin gekommen zu sein. Ihre Truppe mit den Wagen siehe bei Beförderung. Wo aber Beförderung ungefähr liegt, wissen sie nicht zu sagen. Gegen eine Jüngerin Weiß geb. Steinbach liegen eine ganze Reihe von Strafanzeigen aus der Provinz vor. Diese Frau Weiß aber will die Verhaftete gar nicht kennen.

Gerichts-Zeitung.

Der Weichstuhl.

Wegen Verleibigung des Pfarrers Amelung zu Eppendamm in Lothringen hatten sich gestern vor dem Berliner Schöffengericht die Genossen Mahler und Kater zu verantworten. Der Sachverhalt ist folgender: Vom Lederarbeiter-Verband war in Eppendamm eine Zahlstelle gegründet worden, die durch einen Vertrauensmann aus dem benachbarten Pirmasens verwaltet wurde. Eines guten Tages erklärte nun die Eppendammer Mitglieder dem Vertrauensmann, sie könnten dem Verbands nicht länger angehören, denn ihr Ortspfarrer sei dagegen. In dem Gespräch wurde u. a. ein Bericht erwähnt, wonach der Pfarrer den Frauen der damaligen Verbandsmitglieder den geistlichen Rat erteilt haben sollte, ihren Männern so lange den Weichstuhl zu verweigern, bis diese aus dem Verbands ausgetreten seien. Obiges Gerücht wurde nun dem Genossen Mahler, der Hauptvorsitzender des Lederarbeiter-Verbandes und gleichzeitig Redakteur des Verbandsorgans, der „Lederarbeiter-Zeitung“ ist, von dem Vertrauensmann als Tatsache übermittelte, worauf Mahler die Geschichte unter einigen kritischen Bemerkungen in der „Lederarbeiter-Zeitung“ publizierte. Die betreffende Notiz ging auch in einige andere Blätter über, so u. a. in die „Einigkeit“, dem Organ der sozialorganisierten Gewerkschaften, aus dessen Redakteur Kater tätig ist. Gegen diese beiden Verantwortlichen hatte dann der Pfarrer in Eppendamm die Privatklage wegen Verleibigung erhoben. Es haben in der Sache kommissarische Zeugenvernehmungen stattgefunden, die für die Richtigkeit des Gerüchtes von dem empfohlenen Ehebettstreik jedoch keine Anhaltspunkte ergaben. Wohl aber wurde durch jene Zeugen erwiesen, daß der Eppen-brunner Pfarrer den Weichstuhl zur politischen Agitation gemißbraucht hat. Einen Jungen, der die „Häufige Post“ hielt, suchte der Pfarrer bei der Osterbeichte zu veranlassen, das sozialdemokratische Blatt abzubestellen. Als der Mann hierauf nicht eingehen wollte, schalt der Pfarrer ihn einen „dummen Kerl“ und verweigerte ihm die Absolution. Schließlich jagte er ihn aus dem Weichstuhl hinaus mit den Worten: „Dann fahre dahin!“

Der Rechtsanwält des kaiserlichen Pfarrers wollte in diesem Vorkommnis keinen Mißbrauch des geistlichen Einflusses erblicken, sondern er meinte, hierzu sei ein Geislicher als Seelsorger wie auch als Staatsbürger durchaus berechtigt. Im übrigen beantragte er als Vertreter des Pfarrers wegen der nichtverwirklichten Bettstreik-geschichte eine empfindliche Freiheitsstrafe — eine prächtige Anwendung der christlichen Mahnung „Liebet eure Feinde, segnet, die euch fluchen“. Rechtsanwält Heine, als Verteidiger Mahlers, plädierte für Anwendung des § 193. Wenn die in den fraglichen Artikeln enthaltenen Behauptungen auch nicht durch Zeugen erwiesen worden seien, so könne man doch auch andererseits nicht sagen, daß sie nicht wahr seien. Uebrigens sei das Verhalten des Pfarrers, soweit es die politische Beeinflussung im Weichstuhl anbelange, auch für gute Katholiken noch viel schlimmer, als wenn er den Frauen wirklich den Bettstreik empfohlen hätte. Denn ein guter gläubiger Katholik könne wohl allenfalls ohne Weichstuhl in den Himmel kommen, aber nicht ohne Absolution. — Rechtsanwält Freudenthal, der Verteidiger Katers, verwies auf Anzengrübners „Kreuzschreiber“, um darzutun, daß schon ganz andere Leute wie die beiden Angeklagten den geistlichen Rat betreffs der Weichstuhl-verweigerung für möglich hielten. Beide Verleibiger eruchten schließlich, von einer Freiheitsstrafe Abstand zu nehmen. Das Gericht billigte den Angeklagten den Sauch des § 193 zu, weil sie als Vertreter der Interessen ihrer Gewerkschaftsmitglieder in dem Pfarrer mit Recht einen Gegner ihrer Bestrebungen erblickten und auf Grund der ihnen gewordenen Mitteilungen auch jenes unbewiesene Gerücht von der Weichstuhlverweigerung für wahr halten konnten. Jedoch seien die kritischen Bemerkungen der Notiz in Form und Inhalt beleidigend, wenn auch nicht so schwer, daß zur Verhängung einer Gefängnisstrafe Anlaß gegeben wäre. Das Urteil lautete gegen Mahler auf 150 und gegen Kater auf 100 M. Geldstrafe.

Unschuldig verurteilt und doch nicht voll entschädigt. Am 24. Februar wurde vom Schwurgericht in Lüneburg der Viehhändler Adolf Kirchschein in Hagenow und der Mitangeklagte Wilhelm Scheuer, welche im Mai 1901 wegen Meineides zu fünf bezw. vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden waren, im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen. Sie hatten stets ihre Unschuld behauptet und haben vom Justizhaus aus die Wiederaufnahme des Verfahrens durchgesetzt. Nachdem sie den größten Teil der Strafe bereits verbüßt hatten, wurden sie endlich in Freiheit gesetzt. — Wegen des freisprechenden Urteils hatten sie Revision eingelegt. Sie beschwerten sich darüber, daß der Erlass ihrer notwendigen Auslagen nicht der Staatskasse auferlegt worden ist. Da ein derartiger Auspruch aber dem Ermeßen des Gerichtes überlassen ist, so mußte das Reichsgericht gestern auf Verwerfung der Revision erkennen. Wiederholt ist im Reichstag von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, wie dringend das Rechtsdenkmal für alle Fälle der Freisprechung von einer Anklage, die nicht etwa dolos vom Beschuldigten selbst herbeigeführt ist, Erlass der Auslagen heißt.